

**PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH !
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH !**

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

Nummer 34

September 1987

Preis DM 4.-

Zu den Ereignissen in Kreuzberg und beim Reagan-Besuch:

Der Staat schlägt zu !



**Rebellion gegen diesen
Unterdrückerstaat ist berechtigt !**

Seite 34

Die massive Polizeipräsenz in Westberlin ist zu einer schon gewohnten, alltäglichen Erscheinung geworden. Doch die Ereignisse der letzten Monate, besonders im Mai und Juni, führen deutlich vor Augen, wie hohl der "demokratische Rechtsstaat" ist, wenn grünvermummte Polizisten ihrer Funktion gerecht werden und ihren Auftrag erfüllen.

Als Reaktion auf den "Kreuzberger Aufruhr" und angesichts des Besuches des US-amerikanischen Präsidenten Reagan, schuf der Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus in Westberlin ein Klima des Terrors, der Gewalttätigkeit, der Einschüchterung und der Angst.

Das Demonstrationsrecht wurde zeitweise außer Kraft gesetzt, Demonstrationen waren verboten. Demonstranten wurden gejagt, verprügelt, mißhandelt und verhaftet. Wiederholt wurden Massenverhaftungen vorgenommen, allein 70 Festnahmen in der Nacht auf den 17. Mai. Mit harten Strafen und gemeinen Haftbedingungen terrorisiert der Staatsapparat die Verhafteten, aus Rache für den "Kreuzberger Aufruhr", wobei sich fast ausschließlich Leute dieser "Behandlung" ausgesetzt sahen, die am Rand der Ereignisse vom 1./2. und 16./17. Mai willkürlich aufgegriffen wurden. Der Gefangene Norbert Kubat ertrug diese feige staatliche Rache nicht und fiel ihr zum Opfer.

Während des Reagan-Besuchs kam es zum vorläufigen Höhepunkt polizeistaatlicher Maßnahmen und zur umfangreichsten Polizeiaktion in der Geschichte Westberlins. Sie wurde vorbereitet und begleitet durch eine geballte staatliche Hetzkampagne gegen "Chaoten" und "Gewalttäter".

Die Demonstration am Vorabend des Reagan-Auftritts, am 11.6.87, an der sich mehr

(*) Diese Demonstration war nicht nur ein Protest gegen die Politik des US-Imperialismus, sondern auch ein Aufbegehren gegen die wochenlang betriebene staatliche Hetze und ideologische Ausrüstung, gegen dauernde Polizeiaufmärsche und ständige Polizeiüberfälle.

Die Demonstration war bestimmt von revisionistischen, opportunistischen und reformistischen Gruppen, die den US-Imperialismus fälschlicherweise zum Hauptfeind machen und damit zugleich den "eigenen", den westdeutschen Imperialismus aus der Schußlinie nehmen.

An der Demonstration nahmen Kräfte teil, die den sowjetischen Sozialimperialismus entweder direkt

als 50 000 Menschen beteiligten (*), wurde während der Schlußkundgebung gezielt auseinandergeknüppelt, wobei massives, provozierend auftretendes Polizeiaufgebot und Provokationen von Faschisten gegen den Demonstrationszug den geplanten Vorwand lieferten.

Während Diepgen, Kohl und Reagan vor einem Haufen handverlesener "Jubelberliner" revanchistische, kriegstreiberische Reden schwangen und Phrasen über die "Freiheit" droschen, galt diese in der Stadt nur noch für die Polizeiknüppel.

Über die Innenstadt wurde ein totales Demonstrationsverbot verhängt. Eine trotz des Verbots versuchte Demonstration wurde stundenlang im strömenden Regen eingekesselt, und die Sonderkommandos der Polizei tobten sich aus. Es wurde Jagd gemacht auf Beteiligte wie Unbeteiligte, auf Presseleute wie auf einfache Passanten, Menschen wurden von hinten mit dem Knüppel niedergestreckt und am Boden liegende wurden mit Schlägen und Tritten mißhandelt.

In Kreuzberg 36 veranstalteten grünvermummte Horden regelrechte Menschenjagden, stürmten Hinterhöfe und Wohnungen und verprügeln mit sadistischem Eifer jeden, der nicht schnell genug entkommen konnte.

10 000 Polizisten, unter Einbeziehung der "freiwilligen Polizeireserve" und einer tausendköpfigen Verstärkung aus Westdeutschland, waren im Einsatz. Die Bezirke Tempelhof und Tiergarten waren fast völlig abgeriegelt. Am Auftrittsort im Tiergarten wurde weitläufig Nato-Draht ausgerollt. Scharfschützen waren auf allen in Frage kommenden Dächern postiert. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sämtlicher Betriebe in der Nähe der Fahrstrecke wurden sicher-

unterstützen, wie die SEW-Revisionisten oder die "Antiimperialisten", oder ihn tolerieren, wie ein großer Teil der "Autonomen".

Zwar richteten "Antiimperialisten" und "Autonomie" ihre Parolen auch gegen den westdeutschen Imperialismus bzw. gegen seine Staatsgewalt, aber durch ihre Hauptlösung "USA - internationale Völkermordzentrale" zeigten sie, daß sie den US-Imperialismus als das zentrale Übel betrachten. Nicht nur in dieser Hinsicht ist der moderne Revisionismus ihre ideologisch-politische Heimat, weshalb sie auch gemeinsame Aktionen mit jenen machen, die den völkermörderischen Krieg des sowjetischen Sozialimperialismus in Afghanistan verteidigen.

heitsüberprüft.

Die allgemeine "Sicherheitslage" war für den Polizeiapparat willkommener Anlaß, an den Bewohnern von Kreuzberg 36 Revanche zu nehmen für die Nacht vom 1. Mai. Der ganze Stadtteil wurde für Stunden abgeriegelt und faktisch der Ausnahmezustand verhängt. Es war dies der Gipfel eines alltäglichen Terrors, der wochenlang in Kreuzberg herrschte. Besonders in den Abend- und Nachtstunden tobte sich ein großes Polizeiaufgebot an allen aus, die es noch wagten, sich auf der Straße zu zeigen. Es herrschte der Belagerungszustand!

Das Vorgehen der Polizei war planmäßig und von langer Hand vorbereitet und wurde von Senatssprecher Fest als "exzellente

Arbeit" (TAZ, 18.6.97) gepriesen. Es gibt einen Vorgeschmack von dem, was der westdeutsche Imperialismus zum "Weltwirtschaftsgipfel 1988" in Westberlin plant.

Doch damit nicht genug, die weitere Ausrüstung der Polizei wird schon jetzt gefordert. Die Anschaffung von Distanzwaffen wird auf die Tagesordnung gesetzt, ebenso wie die verschärzte Anwendung des "Vermummungsverbots", das mit Massenverhaftungen anlässlich einer Demonstration gegen die faschistische Mun-Sekte bereits praktisch durchgesetzt wurde.

- All diese Ereignisse der letzten Monate sind ein Lehrstück darüber, was der "demokratische Rechtsstaat" ist, was sich hinter dem Schein von "Demokratie" und "Freiheit" verbirgt.

Polizei- und Justizterror gehören zum bürgerlichen Staat wie die Wolke zum Regen

Die Brutalität und Willkür der Polizei, die Unverfrorenheit der Justiz, der Zynismus des Senats, überhaupt das ganze Arsenal von staatlichem Terror und demagogischer Hetze, sind auf Empörung und Wut gestoßen. Es drängt sich die Frage auf, wie die Maßnahmen und Aktionen von Senat, Polizei und Justiz politisch zu werten sind. Ja mehr noch, mit was für einem Staat haben wir es überhaupt zu tun, derart gegen seine Bürger vorgeht, wie es seit dem 1. Mai und besonders in den Tagen um den Reagan-Besuch täglich zu beobachten war.

Diese Fragen weiter zu verfolgen, sie schärfer zu stellen, ist nicht nur unabdingbar, um die nötigen Lehren aus den Ereignissen der vergangenen Monate zu ziehen, sondern auch um Ratlosigkeit, illusionäre Hoffnungen und politische

Fehlschlüsse zu vermeiden.

- Handelt es sich bei den Polizeistaatspraktiken nur um "Auswüchse", um "Exzesse" eines ansonsten funktionierenden "demokratischen Rechtsstaates" oder entspringen diese gerade dem Wesen des bürgerlichen Staates und der bürgerlichen Demokratie ?
- Ist die Beachtung der eigenen Gesetzmäßigkeit durch den Staat ein Garant der Demokratie oder zeichnet sich die bürgerliche Demokratie gerade dadurch aus, daß jedes demokratische Recht ganz "rechtmäßig" und "rechtsstaatlich" außer Kraft gesetzt werden kann ?
- Für wen garantiert dieser Staat Demokratie, wenn auf der einen Seite Versammlungs- und Meinungsfreiheit mit Polizeiknüppeln beseitigt werden und auf der



anderen Seite diese mit immensen materiellen und personellen staatlichen Mitteln für eine Minderheit von Politikern und ihren jubelnden Anhang garantiert werden?

"RECHTSSTAAT" ODER UNTER-DRÜCKUNGSMASCHINERIE

Nach der Einkesselung der Demonstranten auf dem Kudamm erschien ein "Polizei-stadt-Info" in großer Auflage, das die Ereignisse im Mai und Juni dokumentiert und allein schon durch die Fülle der in ihm aufgelisteten Attacken der Polizei und zahlreiche Beispiele ihrer Brutalität eine beeindruckende Bilanz dieser Ereignisse zieht.

Dennoch gelangen die Autoren zu einer nicht selten anzutreffenden politischen Bewertung, die Illusionen in den imperialistischen Staatsapparat fördert, da sie dem Schein des "demokratischen Rechtsstaates" verhaftet bleibt, diesen als Maßstab akzeptiert und die Vorgänge der letzten Monate lediglich als Abweichung von ihm kritisiert.

Dies kommt in folgender Einschätzung zum Ausdruck:

"Die Handlungen von Polizei und Senat gingen weit über das hinaus, was sich noch als demokratisch und rechtsstaatlich bezeichnen ließe. (...) Die Praktiken der Polizei standen in keinem Verhältnis zu den Vorgängen." (Polizei-Stadt-Info, S. 1)

Angesichts des massiven Einsatzes der Staatsgewalt wachsen die Zweifel in diesen Staat, entstehen Fragen, was dieser mit "Recht" und "Demokratie" zu tun hat. Doch diese Zweifel müssen vorwärtsgetrieben werden, zur Erkenntnis der wahren Rolle des Staates, seiner Funktion, die sich hinter dem Schein von "Demokratie" und "Rechtsstaat" verbirgt.

Die Empörung über polizeiliche Gewalttaten in "rechtsstaatliche Bedenken" umzubiegen oder gar den bürgerlichen Gerichten zur Entscheidung zu überlassen, ob dieser oder jener Polizeieinsatz mit den Normen der bürgerlichen Rechtsauffassung und des "Rechtsstaates" übereinstimme, ist staatserhaltender Reformismus.

Die Kritik an polizeistaatlichen Praktiken auf der Grundlage der "Verhältnismäßigkeit der Mittel" bleibt im Rahmen des herrschenden "Rechtsstaates" und befestigt letztlich die herrschenden Ver-

CHRONIK DER EREIGNISSE

2./3. April

Die westdeutschen Innenminister beraten mit dem westberliner Polizeisektor über den möglichen, dem Status Westberlins widersprechenden Einsatz westdeutscher Polizeieinheiten beim Reagan-Besuch in Westberlin.

1./2. Mai

Durchsuchung des VOBO-Buros im Mehringhof. Polizeiüberfall auf das 1.Mai-Fest am Lautsitzer Platz. Im Verlauf der darauffolgenden Kampfe gelingt es der Polizei erst in den frühen Morgenstunden den Stadtteil wieder unter ihre Kontrolle zu bekommen. Zuvor hatten die Bewohner entschlossen die Polizei aus ihrem Viertel vertrieben. Am Morgen und den ganzen folgenden Tag kommt es zu Schlagstockeinsätzen und willkürlichen Verhaftungen. Ca. 1 000 Polizisten sind im Einsatz. 23 Personen werden verhaftet.

9. Mai

Mehrere Hundertschaften Polizei versuchen eine Protestaktion gegen die Volkszählung auf dem Ku'damm zu verhindern. 26 Personen werden festgenommen und wegen der Vernichtung von Volkszählungsbogen mit der Anklage wegen Sachbeschädigung und Brandstiftung verfolgt.

14. Mai

Eine Demonstration gegen die KWU und die Deutsche Bank wird verboten. Ein spontaner Zug von 7000 Demonstranten wird zeitweilig eingekesselt.

16. Mai

Mehr als 12 000 Menschen demonstrieren gegen die Volkszählung. Am Abend geht die Polizei nach einem Punk-Konzert massiv gegen alle sich in diesem Bereich befindlichen Personen vor, stürmt mehrere Lokale und Diskotheken, jagt und verprügelt einzelne Personen in Seitenstraßen. Das Ziel ist, möglichst viele Verhaftungen zu machen. Bilanz dieser Nacht: 70 Festnahmen. Aus einem Mitschnitt des Polizeifunks geht eindeutig hervor, daß die Auseinandersetzungen bewußt provoziert wurden.

26. Mai

Norbert Kubat, einer der Verhafteten des "Kreuzberger Aufmarsches" wird erhängt in seiner Zelle aufgefunden. Er ist das Opfer feiger staatlicher Rache für den "Kreuzberger Aufmarsch".

28. Mai

An einem Trauermarsch für Norbert Kubat beteiligen sich 1 500 Menschen, die für die Freilassung der Verhafteten demonstrieren. Die Demonstration wird von einem Polizeikordon eingeschlossen. Drei Personen werden festgenommen.

30. Mai

Die Mauer wird mit Volkszählungsbogen tapeziert. Es kommt zu zwei Festnahmen.

2. Juni

Gedenkveranstaltung zum 20. Todestag von Benno Ohnesorg. 2 000 Menschen formieren sich zu einer spontanen Demonstration in der City. Die Polizei versucht den Demonstrationszug aufzulösen, läßt aber angesichts der Anwesenheit tausender Passanten davon ab.

hältnisse, die wesentlich solche der Gewalt und keine des Rechts sind. Diejenigen, die ihre demokratischen Rechte, wie das auf Versammlungsfreiheit, praktisch ausüben, sind der geballten Staatsmacht ausgesetzt, einer bestausgerüsteten Polizeimaschinerie, die von der "Wanne" bis zum Wasserwerfer, vom Schlagstock bis zu leichten und schweren Feuerwaffen über alle erdenklichen Einsatzmittel verfügt.

Über den Einsatz dieser Maschinerie ent-



Kreuzberg unter Belagerungszustand

5. Juni

Die ersten Polizeieinheiten aus Westdeutschland treffen ein. Die "freiwillige Polizeireserve" wird mobilisiert. An den Grenzübergängen werden scharfe Kontrollen durchgeführt.

7./8. Juni

Über die erhöhte Polizeipräsenz im Kreuzberger Südosten hinaus, erscheinen in dieser Nacht schwere Räumfahrzeuge und der Heinrichplatz wird abgeriegelt.

11. Juni

Über 50 000 Menschen beteiligen sich an einer Demonstration. Im Vorfeld hatte der Staatsapparat für eine breit angelegte Hetze gesorgt. Die Abschiebehälfte Kruppstraße war geräumt worden, um Platz für massenhaft Verhaftete zu schaffen. Die Polizei hatte Flugblätter an die Anwohner der Demonstrationsstrecke verteilt, in denen sie ein rigoroseres Eingreifen gegen "Straftäter" ankündigte. Es kommt zu massiven Polizeieinsätzen gegen die Teilnehmer. Die Polizei setzt Tränengas ein, prügelt wahllos in die Menge. Es gibt Festnahmen.

11./12. Juni

In Kreuzberg 36 fahren am Abend starke Polizeieinheiten auf. Es gibt vereinzelt Versuche, Barriaden zu errichten. Die Straßen rings um den Heinrichplatz werden abriegelt. Einsatz von Tränengas. Häuser werden mit starken Scheinwerfern abgeleuchtet, Treppenhäuser, Wohnungen und Kneipen gestürmt. Die Polizei beschließt eine Kneipe in der Oranienstraße mit Tränengas. In dieser Nacht kommt es zu etwa 100 Festnahmen.

scheiden die Herrschenden nach Kriterien der Erhaltung und Festigung der Macht und nicht nach "demokratischen Regeln". Kommen diese "Mittel" zum Einsatz, bei allen Unterschieden des Grades der Gewaltausübung, dann agiert die bürgerliche Staatsgewalt nicht "demokratisch", sondern als Unterdrückungsinstrument, diktatorisch.

Leider wissen dies die Herrschenden oft genug noch besser, als diejenigen, die die Staatsgewalt am eigenen Leib verspüren.

Wie lächerlich das Mäntelchen des "demokratischen Rechtsstaates" ist, und wie wenig die Herrschenden selbst daran glauben, macht eine Äußerung des Innensenators Kewenig deutlich. Er verteidigt den Einsatz der Staatsgewalt wie folgt:

- Dieser sei "absolut notwendig gewesen und würde in vergleichbaren Situationen wiederholt", auch wenn dieser "besser in Diktaturen" passe. (Tsp., 16.6. 87)

Sieht man einmal von dem fadenscheinigen Versuch ab, den polizeilichen Terror als Ausnahmeerscheinung der bürgerlichen Demokratie zu verkaufen, so bringt der Innensenator unumwunden zum Ausdruck,

12. Juni

Während des fünfständigen Reagan-Aufenthalts wird der U-Bahn-Verkehr in Kreuzberg 36 eingestellt. Die von der BVG angekündigten Ersatzbusse verkehren nicht. Wer Kreuzberg verlassen will, ob im Wagen oder zu Fuß, muß sich einer Kontrolle durch die Polizei unterziehen.

Im mit Stacheldraht abgesperrten Bezirk Tiergarten hält Reagan vor 20 000 handverlesenen Zuhörern und 3 000 Zivilbeamten seine Rede. Drei in der City angekündigten Kundgebungen werden verboten. Mindestens 500 Menschen bilden trotzdem einen spontanen Demonstrationszug, der von der Polizei schließlich umstellt und über fünf Stunden im strömenden Regen festgehalten wird. Erst nach Leibesvisitation und Personalienkontrolle können die Eingekesselten abziehen.

12./13. Juni

In Kreuzberg 36 tobten sich wieder Polizeieinheiten aus. Die Oranienstraße wird gesperrt. Tränengas und Knüppel werden eingesetzt. Es kommt wieder zu regelrechten Menschenjagden. Die Bewohner trauen sich kaum noch aus den Häusern.

13./14. Juni

Auch in dieser Nacht marschieren in Kreuzberg 36 wieder die Polizeikommandos auf. Wieder werden Menschen verprügelt und festgenommen. Ein Haus wird gestürmt, Wohnungstüren werden eingetreten. An diesem Wochenende kommt es zu insgesamt 366 Festnahmen und unzähligen Verletzten, von denen viele Verletzungen am Hinterkopf aufweisen.

daß der Einsatz der bürgerlichen Staatsmaschinerie eine Frage der Diktatur, der Unterdrückung und keine der Demokratie ist.

In der Tat besteht das Wesen der bürgerlichen Demokratie darin, daß der bürgerliche Staat kein Instrument der Freiheit, sondern ein Instrument der Unterdrückung ist, ein Instrument der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie, um die Ausgebeuteten und Unterdrückten, vor allem die Arbeiterklasse, niederzuhalten. Der bürgerliche Staat ist dem Wesen nach Diktatur der Bourgeoisie. Als eine Hauptkomponente des bürgerlichen Staates hat die Polizei die Funktion, die Klassendiktatur der Kapitalisten auszuüben, und genau diese ist am Werk, wenn der Staat gegen diejenigen, die ihre demokratischen Rechte wahrnehmen und sich gegen seine Maßnahmen zur Wehr setzen, zuschlägt.

Lenin sagt,

"daß jeder Staat, in dem das Privat-eigentum am Grund und Boden und an den Produktionsmitteln besteht, in dem das Kapital herrscht, wie demo-kratisch er auch sein mag, ein ka-pitalistischer Staat ist, eine Maschi-ne in den Händen der Kapitalisten, um die Arbeiterklasse und die arme Bauernschaft in Botmäßigkeit zu hält-en." (Lenin, Über den Staat, 1919, LW 29, S. 476)

Brutalität, Willkür und Terror der Staats-gewalt, von Polizei und Justiz, entspringen ihrer Aufgabe, den Schutz des Privat-eigentums an Produktionsmitteln zu gewähr-leisten und die Herrschaft derjenigen, die über sie verfügen, die Klasse der Bourgeoisie, aufrechtzuerhalten. Diese Funktion muß sich objektiv und zwangsläufig gegen jene richten, die nichts anderes besitzen, als ihre Arbeitskraft. Von diesem grund-legenden Klassengegensatz ausgehend, ist klar, daß Polizei und Justiz nur der Bourgeoisie dienen, daß dieser bürger-liche Staat seinem Wesen nach Unterdrük-kungsorgan der Bourgeoisie gegen das Pro-Tetariat ist.

UNTERDRÜCKUNG NACH "RECHT" UND "GESETZ"

Ihre Herrschaft übt die Bourgeoisie völ-lig "rechtmäßig" und gemäß ihrem "Rechts-staat" aus. Denn die Gesetze, mit deren

 "Der Staat entstand auf der Grund-lage der Spaltung der Gesellschaft in feindliche Klassen, er entstand, um die ausgebeutete Mehrheit im Interesse der ausbeutenden Minder-heit im Zaume zu halten. Die Macht-mittel des Staates konzentrieren sich hauptsächlich in der Armee, in den Straforganen, im Polizeiappa-rat, in den Gefängnissen. Zwei Hauptfunktionen kennzeichnen die Tätigkeit des Staates: die innere (die hauptsächliche) - die ausgebeu-tete Mehrheit im Zaume zu halten, und die äußere (die nicht haupt-sächliche) - das Territorium seiner herrschenden Klasse auf Kosten des Territoriums der anderen Staaten zu erweitern oder das Territorium seines Staates gegen überfälle an-derer Staaten zu verteidigen. So lagen die Dinge in der Sklaven-haltergesellschaft und unter dem Feudalismus. So liegen die Dinge unter dem Kapitalismus." (Stalin, "Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag der KPdSU(B)", 1939, SW 14, S. 227)

Hilfe sie ihre Machtausübung legitimiert, hat sie selbst geschaffen. Für jedes de-mokratische Recht, das sie sich formell anzuerkennen verpflichtet, hat sie, für den Fall seiner Inanspruchnahme durch die Werktätigen gegen die Interessen der Besitzenden, immer ein Gesetz parat, das die "verfassungsmäßigen" Rechte auf-hebt.

"Es gibt keinen einzigen Staat und sei es auch der demokratischste, wo es in der Verfassung nicht Hintertürchen oder Klauseln gäbe, die der Bourgeoisie die Möglichkeit sichern, 'bei Ver-stößen gegen die Ruhe und Ordnung' - in Wirklichkeit aber, wenn die ausgebeutete Klasse gegen ihr Sklavenda-sein 'verstößt' und versucht, sich nicht mehr wie ein Sklave zu verhal-ten - Militär gegen die Arbeiter ein-zusetzen, den Belagerungszustand zu verhängen u.a.m." (Lenin, Die prole-tarische Revolution und der Renegat Kautsky, 1918, S. 243)

Dieser Zug der bürgerlichen Demokratie trat gerade in der Zeit um den Reagan-Besuch deutlich hervor.

DEM POLIZEITERROR FOLGT DER JUSTIZTERROR

Seit dem 1./2. Mai wurden etwa 1000 Ermittlungsverfahren gegen Demonstranten eingeleitet (TAZ v. 26.8.1987). Dabei wurden mehr als 20 der Festgenommenen bis zu neun Wochen wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt" oder angeblichen Werfens von ein bis drei Steinen in Untersuchungshaft gehalten. Einzelhaft wegen sog. "Verdunklungsgefahr" war für die rachewütige Justiz obligatorisch. Zynische Drohungen mit den zu erwartenden langen Haftstrafen und andere Gemeinheiten waren für die Gefangenen an der Tagesordnung.

- * Der demonstrativen Härte der westberliner Justiz fiel am 26. Mai
- * der Gefangene NORBERT KUBAT zum Opfer, der nach 26 Tagen Einzelhaft in den "Selbst"mord getrieben wurde.



Die Begründungen für die notorische Anordnung der Untersuchungshaft offenbaren die Geisteshaltung und das Wertgefüge der Klassenjustiz: Da beantragen Staatsanwälte und beschließen Richter die Fortdauer der Untersuchungshaft, weil der Beschuldigte weder eine Eigentumswohnung noch ein eigenes Haus als "Sicherheitsgarantie" für einen festen Wohnsitz vorweisen konnte (TAZ v. 26.8.1987). Es ist dieselbe Justiz, die einen wegen Mordes angeklagten Faschisten aus der Untersuchungshaft entließ, weil "keine akute Flucht- und Verdunklungsgefahr" bestünde (Morgenpost v. 26.8.1987). Wer Besitz und Eigentum hat und die "rechte" Gesinnung vorweisen kann, wird frei gelassen, wer nichts besitzt und diesem Staat nicht wohlgesonnen ist, muß in Haft bleiben - das ist die Logik der Klassenjustiz, die gnadenlos auf die Unterdrückten einschlägt, wenn diese sich nicht botmäßig verhalten.

Die Blindwütigkeit, mit der die Justiz dabei um sich schlägt, zeigen die folgenden Beispiele:

- * Ein 18jähriger Schüler aus Westdeutschland wurde sieben Wochen ohne jeden Beweis für die Anklage in Einzelhaft gehalten. Der Vorwurf des "schweren Landfriedensbruchs" durch angebliche Stein-

würfe war so absurd, daß selbst der Staatsanwalt auf Freispruch plädierte. (TAZ v. 7.8.1987)

- * Ein an den Ereignissen des Kreuzberger Aufruhrs am 1. Mai völlig Unbeteiligter wurde zwei Monate lang bis zum Prozeßtermin in Einzelhaft gesperrt, weil er von seinen Nachbarn wegen persönlicher Streitigkeiten als angeblicher "Steinewerfer" denunziert worden war. (TAZ v. 4.7.1987)

Einer der Staatsanwälte hat in einem der ersten Prozesse offen verkündet, auf welche Linie die westberliner Justiz eingeschworen wurde: Es müßten nunmehr "Fanale" zur Abschreckung für die "97 Prozent" geschaffen werden, die nach den "Krawallen wieder nach Hause gehen und sich freuen, was sie da wieder abgezogen haben" (TAZ v. 26.8.1987). Und ein Richter, der für die Entwendung eines Tesa-Rollers (!) aus einem zerstörten Geschäft das haarsträubende Urteil von 2000 DM Geldstrafe verhängte, ließ in seine Urteilsbegründung einfließen, die "Tat" könne man nicht "wie einen Warenhausdiebstahl abtun", denn schließlich würden "in bestimmten Notwehrsituaten des Staates Plünderer erschossen" (TAZ v. 26.8.1987).

Es ist der Geist faschistischer Strafsanktionen, der hier gepflegt wird. Da man der Massen, die am Kreuzberger Aufruhr nicht beteiligt waren, nicht habhaft werden konnte, werden einzelne, die der Polizei in die Falle gingen, in Geiselhaft genommen.

Die ersten Urteile, die inzwischen nach Schnellverfahren verkündet wurden, sind entsprechend drakonisch ausgefallen:

- * 6 Monate für einen Angeklagten, bei dem nach der Festnahme 2,8 Promille Blutalkohol festgestellt wurden. Seine völlig glaubhafte Beteuerung, sich an nichts mehr erinnern zu können, nützte ihm nichts, obwohl sich auch das Gedächtnis der Polizeizeugen als merkwürdig lückenhaft erwies: Wann und wo wieviele Steine der Angeklagte geworfen haben soll, das wußten sie präzise, wann und wie er n a c h seiner Festnahme zu zwei zugeschwollenen Augen, einer eingeschlagenen Nase und verschiedenen Blutergüssen am ganzen Körper kam, dazu reichte ihr Erinnerungsvermögen wiederum nicht aus ... (TAZ v. 6.6.1987)
- * 1 Jahr und 3 Monate für zwei angebliche Steinwürfe, wobei der Richter die uniformierten Zeugen trotz eklatanter offenkundiger Widersprüchlichkeiten in ihren Darstellungen als "sehr glaubwürdig" einstuften. (TAZ v. 7.7.1987)
- * 1 Jahr und 9 Monate für einen Angeklagten, der bei seiner Festnahme volltrunken war, aber drei Steine geworfen haben soll. (TAZ v. 20.5.1987)
- * 1 Jahr und 10 Monate sowie 5000 DM Geldstrafe für zwei von der Polizei bezeugte Steinwürfe. (TAZ v. 25.6.1987)
- * 1 Jahr und 2 Monate für einen angeblichen Steinwurf. (TAZ v. 23.7.1987)
- * 2 Jahre und 10 Monate ohne Bewährung für vermeintliche Steinwürfe. (TAZ v. 26.8.1987)

Die Justiz bereitet sich auf eine noch härtere Gangart vor. Zwar haben Polizei und Staatsanwalt sichtlich Mühe, einen sog. "Rädelsführer" zu präsentieren - da, wie sie selbst zugaben, die Festgenommenen dem "Rande des Geschehens" zuzuordnen seien -, aber dem kann Abhilfe geschaffen werden: Es wird einfach einer ihrer Geiseltäler, der bei seiner Festnahme ein Gesichtstuch und ein Flugblatt bei sich trug, zum "Anführer" erklärt, wofür der Besitz dieser Gegenstände nach herrschender Rechtsauffassung neuerdings schon auszureichen scheint. Die Justiz hat bereits entschieden, daß der bevorstehende Prozeß wegen eines vermeintlichen Steinwurfs gleich vor dem Landgericht eröffnet wird, da das Amtsgericht ja nur drei Jahr Höchststrafe verhängen kann. (TAZ v. 26.8. 1987)

Der Stachel des Kreuzberger Aufruhrs sitzt tief bei den Herrschenden, deshalb schlagen ihre Büttel in schwarzer Robe unnachsichtig zu. Für wirkliche oder vermeintliche Steinwürfe, die, wenn sie ihr Ziel überhaupt trafen, bei den gepanzerten und schildbewehrten Polizisten weit weniger Schaden anrichteten, als diese hinterher behaupteten, werden "abschreckende" Terrorurteile verhängt. Dem "Pöbel" muß schließlich drastisch vorgeführt werden, daß er zu kuschen hat! Die Justiz des westdeutschen Imperialismus verfolgt die Widerstandsaktionen gegen den Polizeiterror und die vielfältige tagtägliche Unterdrückung und Ausbeutung "mit aller Härte des Gesetzes", gerade auch mit dem Ziel einzuschüchtern und so zu verhindern, daß der Widerstand sich ausweitet und stärker wird.

Der Kontrast dieser Art von "Rechtssprechung" zu den Betrugs- und Korruptionsprozessen gegen Garski, Antes und andere könnte größer kaum sein. Sie alle kamen für Millionenschwindel und notorische Bestechlichkeit mit einem blauen Auge davon, aber hier ging es ja nur darum, daß die eine oder andere kapitalistische Hyäne etwas zu gierig war. Eine Gefährdung des imperialistischen Herrschaftssystems geht davon allemal nicht aus, daher ist die besondere Nachsicht der Richter leicht zu erklären.

Diese Justiz ist eine Klassenjustiz, sie ist ein Knüppel in der Hand des westdeutschen Imperialismus zur Niederkunft der unterdrückten Massen, der in Aktion tritt, wenn die Schlagstöcke der Polizei ihre Arbeit getan haben. Wie anders wäre es denn zu erklären, daß gegen den westberliner Senat, der laut aktenkundigem Urteil eben dieser Justiz eine kriminelle Vereinigung genannt werden darf - was nur der Wahrheit entspricht -, bislang selbstredend keine Ermittlungen eingeleitet wurden, während die Staatsanwälte und Untersuchungsrichter gegen andere sog. "kriminelle Vereinigungen", welche ihrer Meinung nach das herrschende System gefährden, das ganze Instrumentarium des Unterdrückerstaates in Bewegung setzen?

Gegen den Rachezug des Staatsapparates ist Solidarität mit denjenigen, die vor die Schranken der Klassenjustiz gezerrt werden, unbedingte Pflicht für alle Antifaschisten und Antiimperialisten. Die Angeklagten stehen dort stellvertretend für alle, die dieses Unterdrücker- und Ausbeuterystem bekämpfen.

Die Verstärkung der politischen und materiellen Unterstützung ist angesichts der zahlreichen noch bevorstehenden Prozesse dringend notwendig!

Ging es darum, nach welcher Rechtsgrundlage das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit durch Demonstrationsverbote außer Kraft gesetzt wurde, war die Antwort: "Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz, ASOG".

Stürmten Polizisten Wohnungen und traten damit das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung mit Füßen, war die Antwort: "ASOG".

Knüppelte Polizei jeden, der im Wege war, nieder, ungeachtet des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Person, war die Antwort: "ASOG".

Wurden Verhaftungen vorgenommen, nicht einmal mit dem Anschein eines "Straftatbestandes" versehen, war die Antwort: "Gefahr im Verzug", "ASOG" usw., usf.



Dabei sind diese "Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetze" keineswegs das einzige "Rechtsmittel", um demokratische Rechte mit Füßen zu treten. Aber sie reichten angesichts der Schwäche der Protestbewegung aus. Die Bourgeoisie verfügt in ihrem Gesetzesfundus durchaus über weitergehende Möglichkeiten, etwa die "Notstandsgesetze", um "rechtmäßig" den Ausnahmezustand über die ganze Stadt zu verhängen und nicht nur einen Stadtteil abzuriegeln, wie Kreuzberg anlässlich des Reagan-Besuchs. Außerdem stehen immer noch die westlichen Alliierten zur Ver-

fügung, die hier "legal" das Kriegsrecht ausrufen können.

Wenn die Herrschenden, wenn die Bourgeoisie jedes demokratische Recht, das die Ausgebeuteten und Unterdrückten für ihren Kampf nutzen können, nach ihren eigenen Gesetzen "rechtmäßig" außer Kraft setzen können, und dies auch auf Schritt und Tritt tun, dann ist die Frage:

WESSEN DEMOKRATIE UND FÜR WEN DEMOKRATIE?

Man braucht sich hierzu nur die Situation anlässlich des Reagan-Besuchs vor Augen zu führen.

Auf der einen Seite sichern 10 000 Polizisten mit der gesamten Maschinerie des Unterdrückungsapparates, mit NATO-Draht und Panzerwagen, mit Knüppeleinsatz und Massenverhaftungen, die Versammlungsfreiheit von Reagan, Kohl und Diepgen samt ihrem Jubelanhang. Durch Extraauflagen der BZ, die in ztausenden von Exemplaren mit der Losung "Welcome Mr. President" kostenlos verteilt wurden, mit Sonderberichterstattung in Fernsehen, Funk und Presse, findet die Meinungsfreiheit ihre "demokratische" Verwirklichung.

Wenn die Herrschenden für ihre "Freiheit" demonstrieren, stehen ihnen alle Mittel des Staates und des Besitzes zur Verfügung: die "Demokratie" funktioniert!

Auf der anderen Seite wird mit eben diesem Unterdrückungsapparat jenen, die nahezu keine anderen Mittel zur Verfügung haben, ihre Meinung zu äußern, als z.B. durch eine Protestdemonstration, bei Bedarf das demokratische Recht auf Versammlung entzogen.

Es ist so, wie Lenin schreibt:

"Die bürgerliche Demokratie, die im Vergleich zum Mittelalter ein gewaltiger historischer Fortschritt ist, bleibt stets - und im Kapitalismus kann es gar nicht anders sein - eng, beschränkt, falsch und verlogen, ein Paradies für die Reichen, eine Falle und Betrug für die Ausgebeuteten, die Armen." (Lenin, ebd. S. 241)

Diese bürgerliche Demokratie ist Demokratie für die Geldsäcke, ihre Politiker und ihre Lieblingssklaven. Sie ist eine Demokratie für die Ausbeuter, in der die Masse der Ausgebeuteten und Unter-

drückten nichts zu sagen hat und ihre Interessen nicht demokratisch vertreten kann.

Die Bourgeoisie verfügt über die Staatsmacht, über die personellen und materiellen Mittel ihrer Machtausübung. Deshalb kann es auch keine Gleichheit, keine Demokratie, gleichermaßen für die Unterdrückter wie die Unterdrückten, für die Ausbeuter wie die Ausgebeuteten geben.

- Die Wirklichkeit der bürgerlichen Demokratie ist für die Ausgebeuteten und Unterdrückten stets verlogen.

Sie ist, wie Lenin sagt, gekennzeichnet von dem

"schreienden Widerspruch zwischen der von der 'Demokratie' der Kapitalisten verkündeten formale Gleichheit und den Tausenden tatsächlichen Begrenzungen und Manipulationen, durch die die Proletarier zu Lohnsklaven gemacht werden." (Lenin, ebd., S.245)

Die allseitige Entlarvung der bürgerlichen Demokratie anhand der eigenen Erfahrungen der werktätigen Massen, das unabdingte Aufdecken des Gegensatzes von

Schein und Sein, von Anspruch und Realität, die Zerstörung jeder Illusion in den "demokratischen Rechtsstaat", gehört zu den wesentlichen Aufgaben der Kommunisten, gerade auch im Kampf gegen jene, die mit der Vertuschung dieses Gegensatzes die Ausgebeuteten und Unterdrückten an den Kapitalismus und an den bürgerlichen Staat binden.

Für sie, für die überwiegende Mehrheit, bleibt die Gleichheit solange formal und Demokratie eine Phrase der Herrschenden, wie die Fabriken und Ländereien, die Banken und Versicherungen, die Presse wie die Medien überhaupt, sich in den Händen der Kapitalisten befinden und der Staat der Bourgeoisie besteht, der diktatorisch die Demokratie für die Minderheit der Ausbeuter sichert.

Um wirkliche Gleichheit und wirkliche Demokratie für die Mehrheit, für die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen zu erobern, muß den Ausbeutern, der Minderheit, die Möglichkeit genommen werden, den Staatsapparat gegen die arbeitende Mehrheit einzusetzen. Doch dazu muß dieser bürgerliche Staat von Grund auf im bewaffneten Kampf der Massen zerschlagen, müssen die Ausbeuter gestürzt, die Kapitalisten enteignet und ihr Widerstand unterdrückt werden.

Die voranschreitende Faschisierung ist offenkundig

Die ganzen Vorgänge der letzten Monate in Westberlin sind untrügliche Zeichen der vor allem vom Staatsapparat ausgehenden Faschisierung. Sie sind unübersehbare Indizien, daß sich die bürgerliche Demokratie unter den Bedingungen des Imperialismus im Prozeß der Faschisierung befindet.

Die ganze Selbstverständlichkeit, mit der demokratische Grundrechte mit Polizeiknöppeln hinweggefegt werden, wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit etc. im Interesse der Machtdemonstrationen der Herrschenden außer Kraft gesetzt werden, ohne daß es dazu besonderer Rechtferigung bedarf; die ohne größeren Eklat über die Bühne gehende faktische Verhängung des Belagerungszustands über einen ganzen Stadtteil; all dies macht deutlich, wie weit die Faschisierung bereits fortgeschritten ist, welchen Grad die innere Vorbereitung auf eine offen faschistische Diktatur erreicht hat, für die heute schon trainiert wird.



Die gezielte Absicht des Staatsapparats war es, das faschistische Potential der Polizei mit "Rigorosität und Härte" (Polizei-Stadt-Info, S. 1), wie sich Kewenig ausdrückte, gegen alle demokratischen Regungen und antiimperialistischen Proteste deutlich zur Geltung zu bringen.

Phasen einer raschen Eskalierung der Faschisierung, die oft unter Ausnutzung konkreter Ereignisse, wie z.B. des "Kreuzberger Aufruhrs" oder der Proteste zum Reagan-Besuch, werden abgelöst von Phasen scheinbarer Ruhe, in denen diese mehr im Stillen und unmerklich vorstatten geht.



Polizei "kessel" auf der Tauentzienstraße am 12.6.87

Die Faschisierung zeigt sich wesentlich im Ausbau und in der Perfektion des staatlichen Unterdrückungsapparates, die planmäßig vorangetrieben wird.

Kennzeichnend für die Faschisierung des westdeutschen imperialistischen Staatsapparats sind über hundert Tote im Verlauf gezielter Fahndungsmaßnahmen, sind unter anderem das KPD-Verbot, die Notstandsge-setze, die Berufsverbote, die "Selbst"ermordungen in Stammheim, Staatsschutzpara-graphen, das Verbot ausländischer demo-kratischer Organisationen, der juristisch abgesicherte Todesschuß, Rasterfahndung, neue Sicherheitsgesetze, Datenvernetzung, maschinenlesbarer Personalausweis, Er-schwernis von Demonstrationen durch "Ver-mummungsverbot" usw.

Die Faschisierung in Westberlin äußert sich ideologisch auch in der zunehmenden Schürung von Chauvinismus und Rassismus

und in einer entsprechenden Politik gegenüber den ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern und gegen Flüchtlinge.

Die Faschisierung ist allerdings keine rein innenpolitische Frage. Sie steht im Zusammenhang mit verstärkten Kriegsvorberleitungen des westdeutschen Imperialismus, als einer Großmacht mit weltweiten Aktivitäten und Ambitionen. Die westdeutsche Bourgeoisie treibt die Faschisierung gerade auch voran zur Aufrechterhaltung von "Ruhe und Ordnung", zur Stärkung ihres "Hinterlandes", in das sie faktisch auch Westberlin einverleibt hat, und das für eines der erklärten revanchistischen Ziele, die Wiederherstellung des "großdeutschen Reiches", von besonderer Bedeutung als "Vorposten" ist.

Die imperialistische Bourgeoisie, und erst recht die westdeutsche, betreibt die Faschisierung in vergleichsweise ruhigen Zeiten als präventive Konterrevolution auch, um eine revolutionäre Bewegung der

Fortsetzung auf S. 14

... Eine bürgerliche Demokratie von jenem Typus, wie er für die Ära der bürgerlichen Revolutionen des vergangenen Jahrhunderts charakteristisch war, besteht heute nirgends. In Wirklichkeit haben wir bürgerlich-demokratische Formen der kapitalistischen Diktatur der Epoche des Imperialismus und der allgemeinen Krise des Kapitalismus, das heißt sich faschisierende bürgerliche Demokratien.

Die Gesamtheit der modernen kapitalistischen Staaten ist ein buntes Konglomerat faschistischer Länder (...) und sich mit Elementen des Faschismus verquikender bürgerlicher Demokratien, die auf verschiedenen Stufen ihrer Faschierung stehen." (Manuilski, "Die Kommunistische Partei und die Krise des Kapitalismus", Bericht vor dem 11. Plenum des EKKI, Hamburg 1931, S. 41/42)



Erschreckende Bilanz:

Nach Angaben des Ermittlungsausschusses (EA) wurden von Donnerstag (11.6.) bis Freitag/Samstag (12./13.6.) 366 Menschen festgenommen. Die Zahl der Festnahmen von Samstag auf Sonntag war noch nicht bekannt. Donnerstag erfolgten 148 Festnahmen; 51 nach dem "Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz" (ASOG), § 53 der Strafprozeß-

ordnung (StPO), von dem Rest ist nichts bekannt. Gestern sollten 21 Menschen dem Haftrichter vorgeführt werden, 13 von ihnen soll versuchter Todesschlag vorgeworfen werden. Bei Redaktionsschluß war bei 18 Leuten noch keine Vorführung erfolgt. Zu diesem Zeitpunkt waren dem EA von den vergangenen vier Tagen 19 Haftbefehle ohne Haftverschonung und 5 Haftbefehle mit Verschonung gegen Meldeauflagen bekannt.

Die Zahl der Verletzten konnte nicht erfaßt werden, es waren soviel wie nie zuvor. Dem EA sind über 30 Kopfverletzungen, von zahlreichen Platzwunden bis zum Verdacht auf Schädelblutung (Symptom Ohrenbluten) bekannt. Eine Person wurde mit Gehirnblutung ins Krankenhaus eingeliefert. Zahlreiche Menschen erlitten Arm-, Hand- und Schulterbrüche. (TAZ, 15.6.87)

Arbeiterklasse möglichst schon im Keim oder vor einem ernsthaften Erstarken zu ersticken, um die terroristische Abrechnung mit den revolutionären Kräften des Proletariats schon vorausschauend zu organisieren.

Denn die westdeutsche Bourgeoisie verfügt über genügend konterrevolutionäre Herrschaftserfahrungen, um absehen zu können, daß ihre Politik der Abwälzung der Krise auf die Schultern der Werktätigen, ihre Politik der immer schärferen Auspressung und Vereilung der arbeitenden Massen, über kurz oder lang Empörung, Widerstand und Kampf hervorrufen wird.

So gut wie wir als Marxisten-Leninisten weiß auch die Bourgeoisie, daß es auf Dauer nicht so bleiben wird und nicht so bleiben kann, daß die Arbeiterbewegung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, noch weitgehend an der Leine der proimperialistischen DGB-Führung gefesselt ist. Es wird auch nicht so bleiben, daß antifaschistische, antiimperialistische Demonstrationen nicht in den Betrieben verwurzelt sind und nicht von Arbeitern getragen werden.

Es ist ganz und gar kein die Faschisierung bremsender Faktor, daß heute in Westberlin praktisch noch keine kämpferische Klassenbewegung des Proletariats existiert, sondern erleichtert es der Bourgeoisie sogar, die bürgerliche Demokratie, ihren Staat und die gesamte Gesellschaft weiter zu faschisieren.

Was der Staatsapparat in Westberlin während der Zeit des Reagan-Besuchs an Terror offenbarte, ist, obgleich dies bis heute kein Vorbild in der Geschichte Westberlins hat, allenfalls ein Vorgeschmack auf die ungeheuren Steigerungsmöglichkeiten des Terrors einer offen faschistischen Diktatur.

Für die Erhaltung der Macht der Bourgeoisie ist es heute weder nötig noch vorteilhaft, die bürgerlichen Freiheiten bereits vollständig zu vernichten und ein offen terroristische Regime ihrer

Diktatur zu errichten. Die Bourgeoisie braucht gegenwärtig nicht zu befürchten, daß noch vorhandene bürgerlich-demokratische Freiheiten ihr einen "bösen Streich" spielen könnten, weil die Arbeiterklasse drauf und dran sei, diese Freiheiten für die Entfaltung ihres Kampfes um die Revolution auszunutzen, so daß das Bestehen dieser Freiheiten der Bourgeoisie mehr schadet als nutzt, wie das z.B. 1933 der Fall war.



Die Polizei schützt steinerne Verhältnisse.

Somit ist die Hülle der bürgerlichen Demokratie für die herrschende Bourgeoisie unter den gegebenen Verhältnissen nicht nur das günstigste Mittel, um die arbeitenden Massen mit demokratischen Illusionen an den Kapitalismus zu binden, sondern auch ein bequemer Deckmantel für die systematische Faschisierung ihrer Herrschaft.

CDU, FDP, SPD: Streit um den optimalen Polizeieinsatz

Den brutalen Polizeiüberfällen, der Einkesselung der Demonstration in der Innenstadt, der Errichtung eines faktischen Ausnahmezustandes über Kreuzberg, dem Auf-

treten polizeilicher Sonderkommandos in Landsknechtsmanier, folgte wie üblich das "politische Nachspiel".

Fortsetzung auf S. 16

BÜRGERLICHE DEMOKRATIE UND FASCHISMUS SIND KEINE UNVERSÖHNLICHEN GEGENSÄTZE

Die westdeutschen Imperialisten und ihre Vertreter haben - wie alle Imperialisten - ein Interesse daran, eine Art "chinesische Mauer" aufzurichten zwischen der bürgerlichen "Demokratie" mit ihren verschiedenen "demokratischen" Einrichtungen wie Parlament, "Mehrparteiensystem" usw. einerseits und der faschistischen Diktatur andererseits. Das erleichtert es ihnen, die Befreiung vom Hitlerfaschismus im Jahre 1945 flugs zur Befreiung ü b e r - h a u p t , zur "Freiheit" und "Demokratie" an sich umzulügen, gerade so, als ob der "sozialpartnerschaftliche" Kapitalismus in Westberlin eigentlich schon keiner mehr sei und heute schon Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung, die Freiheit von den Übeln, Lasten und Konsequenzen des kapitalistischen Systems herbeigeführt habe oder zumindest drauf und dran sei, auf dem Weg dahin sei, dergleichen ideale Zustände herbeizuführen.

Auf dem Boden dieser verlogenen Propaganda von der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" erscheint denn auch der Faschismus als ein unbegreifliches "Unglück", als zufällige historische Panne und kann dementsprechend im wesentlichen als ein für allemal erledigter "Seitensprung" der Geschichte abgetan werden, damit die Werktätigen ja nicht erkennen, daß der Nährboden des Faschismus, die kapitalistische Ausbeuterordnung nach wie vor besteht!

Mit einer solchen Heuchelei fällt es dann auch nicht schwer, die heutigen Aktivitäten der Neonazis als ohnehin zum Absterben verurteilte Überreste einer längst vergangenen Zeit abzutun, die Faschisten als "Ewiggestrige" oder gar als "weltfremde Spinner" hinzustellen, die lediglich einem "Ungeist" anhängen, der schon deshalb nicht gefährlich werden könne, weil ihm heute angeblich dazu die Grundlage entzogen sei.

Wie gefährlich eine solche "Beruhigungspille" ist, welche die Menschen in einer einschläfernden - in der Realität ganz und gar nicht bestehenden - "Sicherheit" wiegen soll, zeigt schon die Tatsache, daß die Hauptgefahr des Faschismus vom bürgerlichen Staat selbst ausgeht, von der Faschisierung seines Staatsapparates, der Polizei, der Justiz usw. Dies zeigt auch die Tatsache, daß in der sich verschärfenden kapitalistischen Krise der Boden für die staatlich betriebene, geförderte und gedeckte faschistische Hetze, rassistisch-chauvinistische Propaganda usw. immer fruchtbarer wird.

So wichtig und wesentlich auch die vielen Brücken sind, die den "alten" mit dem "neuen" Faschismus verbinden - der entscheidende Nährboden des Faschismus liegt nicht in der Vergangenheit, sondern in der G e g e n w a r t , in den h e u t e gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen und Zuständen!

Der Faschismus bricht nicht von "außen" als ein Unheil über die bürgerliche Demokratie herein, sondern wächst aus der bürgerlichen Demokratie selbst hervor.

Das kann nur mit Kenntnis der Charakteristika unserer Epoche, der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, richtig verstanden werden. Lenin sagte über die politischen Konsequenzen der Entwicklung des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum monopolistischen Kapitalismus:

"Der politische Überbau über der neuen Ökonomik, über dem monopolistischen Kapitalismus (Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus) ist die Wendung v o n der Demokratie z u r politischen Reaktion. Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion." (Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus, 1916, LW 23, S. 34, Hervorhebungen im Original)

Imperialismus bedeutet Reaktion auf der ganzen Linie!

CDU, FDP und SPD lieferten sich, entsprechend ihrer parlamentarischen oppositionellen oder regierenden Rolle, wortreiche Gefechte über das Für und Wider dieser oder jener polizeilichen Maßnahme.

Nach der Errichtung des faktischen Ausnahmezustandes in Kreuzberg - SO 36 entfuhr der FDP-Senatorin Schmalz-Jakobsen in der ersten Erregung der Satz: "Den A u n a h m e z u s t a n d über einen ganzen Bezirk zu verhängen..." (TAZ, 18.6. 87). Diese Charakterisierung jener Absperrungsmaßnahme entsprach dem, was sie war. Doch die Senatorin wurde sofort vom Senatssprecher zurückgepfiffen: "...es hat keinen Ausnahmezustand gegeben. Man darf in manchen Situationen bestimmte Begriffe nicht gebrauchen." (ebd.).

Der Senatssprecher handelt nach der Devise, man nenne nur die Tatsachen nicht beim Namen und betreibe genug Sprachverwirrung, so wird auch Verwirrung in die Sache getragen und die tatsächliche Unterdrückung und deren Verschärfung verschleiert und wird nicht als das wahrgenommen, was sie ist: Ausnahmezustand. Von der Senatorin war daraufhin nichts mehr zu vernehmen.

Das ganze Geplänkel drehte sich ausschließlich darum, ob diese oder jene polizeiliche Maßnahme "angemessen" sei, um den erwünschten Erfolg zu garantieren. Dabei handelte es sich um untergeordnete taktische Differenzen, welche die grundsätzliche politische Gemeinsamkeit nicht leugnen, sondern bestätigen.

DIE SPD IST NICHT DAS "KLEINERE ÜBEL" - DER BETRUG VOM "KLEINEREN ÜBEL" DIENT DER FASCHISIERUNG

Der Betrug vom "kleineren Übel" ist einer der stärksten Trümpfe in den Händen der herrschenden Bourgeoisie, damit die Massen das Gift schlucken, das ihnen verabreicht werden soll.

Eine Hauptspielart dieser "Theorie" besteht darin, die arbeitenden Massen mit der Drohung der "faschistischen Gefahr" zu schrecken, sie mit der "Gefahr von rechts" in Schach zu halten, das Gespenst des "Faschismus" an die Wand zu malen, um der Arbeiterklasse und den Werktäglichen die real betriebene reaktionäre Politik als das "kleinere Übel" aufzuzwingen. Das sind Manöver, mit deren Hilfe die Bourgeoisie und ihre Lakaien die Schrauben immer fester anziehen können, weil es ja immer noch das "größere Übel" gibt.

Die Aufgabe der revolutionären Arbeiterbewegung und jedes fortschrittlichen, vorwärtsdrängenden Menschen kann es niemals sein, unter diversen Übeln das "unterstützungswürdigste" herauszufinden, sondern gegen alle Übel zu kämpfen! Die Politik der Begünstigung der "kleineren Übel" hat noch allemal schnurstracks zu den größten Übeln geführt. Wer mit "besser SPD als CDU" beginnt, wird bald mit "besser CDU als NPD" fortsetzen und am Ende nach dem "besseren Faschismus" fragen - es ist eben der Weg in die faschistische Hölle, der mit solchen "Argumenten" gepflastert ist. Erst wenn die Massen das erkennen - das heißt, wenn es ihnen klar gemacht wurde -, erst dann werden sie den Kopf und beide Hände frei haben für die entscheidende Auseinandersetzung mit dem vor unseren Augen verfaulenden kapitalistischen System und allen seinen Stützen!



CDU, FDP, SPD als Parteien des Monopolkapitals, sprachen selbstredend der "Einsatzbereitschaft" der Polizei ihr Lob aus: Diepgen bescheinigt der Polizei und seinem Innensenator "vorzüglich mit der Situation fertig geworden" (Volksblatt, 17.6.87) zu sein; die FDP-Abgeordneten hatten "Verständnis für die harte Arbeit der Polizei" (ebd.) und die SPD sprach der Polizei "ausdrücklich ihre Anerkennung für angemessenes Handeln aus" (TAZ, 16.6.1987).

Stellte der CDU-Generalsekretär die Demonstrationen und jeden Widerstand gegen die massiven Polizeiattacken gleich als das "Werk von Verbrechern" (Bild, 13.6.87) hin, so sekundierte die SPD damit, daß auch ihrer Meinung nach von den Demonstranten "ein Klima der Gewalt" (Volksblatt, 17.6.87) ausgehe. Entsprechend ihrer Rolle im parlamentarischen Spektrum als Partei der sozialen Demagogie, forderte die SPD, daß der Polizeiknüppel durch den Dialog zu ergänzen und nicht "ganz einseitig auf eine Politik der Entschlossenheit und Härte" (Momper, TAZ, 16.6.87) zu setzen sei, nach der Devise: erst wird geknüpft und dann kann man miteinander reden.

- Dieses ganze Theater, bei grundlegender Einmütigkeit, entspricht einer faktisch wohl organisierten Arbeitsteilung und ist lediglich ein Streit darum, wem es ideologisch am besten gelingt, die Faschisierung am erfolgreichsten zu verkaufen und am effektivsten möglichst widerstandslos durchzusetzen.

Ohne Widersprüche und Rivalitäten zwischen CDU, FDP und SPD zu leugnen, muß unbedingt herausgestellt werden: In Wirklichkeit gibt es zwischen diesen Parteien keine scharfen Trennungslinien, sondern fließende Übergänge, zahlreiche Berührungspunkte und mannigfaltige Querverbindungen.

Dies wird auch deutlich an der Begründung für die Forderung nach Entlassung des Innensenators seitens der SPD. Momper argumentierte, der Innensenator sei nicht in der Lage, "die öffentliche Ordnung angemessen aufrechtzuerhalten" (TAZ, 16.6.87) und beklagte, daß "durch den undifferenzierten politischen Belagerungszustand in Kreuzberg Solidarisierungsprozesse einzutreten (drohen), die es zu verhindern gelte" (ebd.). Im Ziel der Fa-

schisierung weiß sich die SPD mit der CDU also einig, nur um die Art und Weise ihrer Durchführung gibt es Meinungsverschiedenheiten. Wie gering diese allerdings sind, macht die Stellungnahme des



Innensenators nach dem "Kreuzberger Aufruhr" deutlich: Er kundigte an, daß "die Polizei in den nächsten Monaten die notwendige Beweglichkeit und Härte zeigen, sich aber andererseits jeder unnötigen Demonstration polizeilicher Macht enthalten" (müsste), damit keine Solidarisierungsprozesse freigesetzt würden" (Tsp., 8.5.87). Also wie man sieht, viel Lärm um nichts, die Herren sind sich einig.

Dieses Spiel mit verteilten Rollen ist heute zweifellos eines der wirkungsvollsten Mittel, den durch und durch reaktionären Charakter der gesamten Politik des westdeutschen Imperialismus zu vertuschen und von der allseitig und systematisch betriebenen Faschisierung abzulenken, um diese der arbeitenden Bevölkerung nicht im vollen Umfang bewußt werden zu lassen und somit einen energischen Widerstand dagegen bereits an der Wurzel auszuschalten.

Lüge und Hetze - Begleitmusik des staatlichen Terrors

Die Bourgeoisie herrscht mit Gewalt, ihre Diktatur bedeutet für die Massen der Werktätigen politische Unterdrückung. Aber neben der Gewalt bildet die Demagogie einen notwendigen, wenn auch nicht den wichtigsten Teil dieser Herrschaft. Der politischen Versklavung wird die Verdummung, der Betrug, die Hetze, die Schmeichelei beigemischt, um die Unterdrückten in geistiger Botmäßigkeit gegenüber dem Regime der Bourgeoisie zu halten.

Dies war auch charakteristisch für die Hetzkampagne der Herrschenden gegen alle, die anlässlich des Reagan-Besuchs ihr demokratisches Recht wahrnehmen wollten, auf der Straße zu demonstrieren. Der Polizeiseñator beschimpfte sie als "erklärte Feinde des Alltags, der Arbeit und der Ordnung" (TAZ, 6.6.87), der SFB wünschte den Westberlinern "in den zu erwartenden Tagen ... gute Nerven" (ebd.).

Am Tag nach der Demonstration und nach der ersten Nacht, in der sich polizeiliche Sonderkommandos in Kreuzberg 36 austobten, ergoß sich diese Hetze kübelweise besonders über die kämpferischen Demonstranten.

■ Diepgen zeigte sich "entsetzt über die Brutalität der Chaoten" (Bild, 13.6.87), Kremendahl (SPD) beklagte sich über die "Exzesse der gewalttätigen Vermummten". Beide meinten natürlich nicht die in Landsknechtsmanier wütenden grün-vermummten Polizeieinheiten, sondern deren Opfer. Der Dieb ruft, hältet den Dieb.

Der brutale Polizeieinsatz war von langer Hand vorbereitet und schon nach der Kreuzberger Mainacht angekündigt worden.

Den ganzen Popanz von den angeblichen Gewalttätern, die stets und überall, wo sie auftauchen, dafür sorgen, daß der 'Teufel los' sei, haben die Herrschenden und ihre Medien in Wirklichkeit nur für ihre eigenen reaktionären Zwecke aufgebaut. Es ist eine Lüge, daß militante Antifaschisten, Revolutionäre und Marxisten-Leninisten immer und überall "Gewalt um jeden Preis" wollen. Daß sich

die Marxisten-Leninisten zur Notwendigkeit der Erziehung der Volksmassen zum revolutionären Kampf, zur Anwendung revolutionärer Gewalt bekennen, heißt natürlich nicht, daß sie für die Anwendung aller Formen der Gewalt, einschließlich der bewaffneten Gewalt als ihrer höchsten Form, zu jeder Zeit, unabhängig von den konkreten Bedingungen und Voraussetzungen sind.

Die Herrschenden brauchen für den brutalen Einsatz ihrer Machtmittel keine "gewalttätigen Anlässe". Als die Polizei am 12.6. mehrere Hundert Demonstranten Stundenlang einkesselte, ließ der Polizeiapparat entgegen den Tatsachen behaupten: Der Kessel sei notwendig gewesen, denn die Leute seien verummt gewesen und es habe Steinwürfe gegeben (Tsp., 16.6.87, Morgenpost, 13.6.87). Quasi als Beweis veröffentlichte die "Morgenpost" ein Foto von den Eingekesselten - aber nicht ein einziger Vermummter war zu sehen. Es mußte dem Redakteur wohl aufgefallen sein, daß das Foto genau das Gegenteil von dem belegte, wofür es herangezogen werden sollte. Und der Lumpenjournalist fand das "Ei des Kolumbus" - eine "Beweisführung", die ihm noch die Dankbarkeit vieler Richter und Staatsanwälte einbringen wird: Unter den Demonstranten waren Vermummte, die ihre Masken verstekten" (ebd.)!

■ Der staatliche Terror und seine Demagogie zielen nicht nur auf die militänen Demonstranten, sondern auf alle, die es wagten, ihren Protest auf die Straße zu tragen. Sie werden als "klammheimliche Mittäter" (Rasch, FDP in Bild, 13.6.87) eingestuft. Terror und Demagogie verfolgen das Ziel, kämpferische Demonstranten zu isolieren. "Jeder, der in diesen Tagen in einer von Radikalen aufgeheizten Stimmung zur Demonstration in der City aufruft, muß wissen, daß er den harten Chaotenkern einlädt", (Senatssprecher Fest, Bild, ebd.). Und eine solche "Einladung" haben die Demonstrations-Veranstalter nach der Logik des Senats ausgesprochen und "durch Duldung eines geschlossenen Blocks von Vermummten und teilweise bewaffneten

Chaoten die Ausschreitungen in gewisser Weise billigend in Kauf genommen" (Rasch, FDP, ebd.).

Die Bourgeoisie versteht ihr Geschäft, die Tatsachen zu verdrehen: Daß überhaupt zu einer Demonstration aufgerufen wurde, habe den Schlagstockeinsatz der Polizei erst heraufbeschworen!

Mit diesem Manöver setzt die Bourgeoisie auf die Spaltung der Demonstranten. Nach ihrem Willen sollen die Veranstalter auf die Rolle von Hilfspolizisten verpflichtet werden, indem sie angebliche "Gewalttäter" herausfischen, aussondern, und am besten gleich den staatlichen Greiftrupps zutreiben. Es läuft darauf hinaus, daß zukünftig nur noch Demonstrationen und Kundgebungen als "rechtmäßig" geduldet werden sollen, die dem Geschmack der Polizei und ihrer Dirigenten entsprechen.

■ Die Ereignisse beim Reagan-Besuch zeigten, daß es keines Anlasses bedurfte, um von der Polizei verprügelt zu werden. "Die Straße frei, die Polizei marschiert". In der Manier eines SA-Sturms hauste sie in den Straßen Kreuzbergs und schlug auf alles ein, was nicht rechtzeitig das Feld räumte.



Straße frei - Polizei marschiert ...

Und wie damals wurden Menschen sogar aus den Häusern und Wohnungen gezerrt. Eine Augenzeugin berichtete vom Heinrichplatz: "Freitag nacht (12./12.Juni) hing gegenüber eine Frau aus dem Fenster und schreit immer wieder, daß die Wannen endlich abziehen sollen. Die Polizisten stürmen daraufhin ihre Wohnung und

schleifen sie mit. Ich versuche ihren Namen zu erfahren, ein Polizist antwortet: 'Wenn Sie nicht sofort das Maul halten, kommen wir auch zu Ihnen'" (Kreuzberger Stachel, Nr. 7/87, S. 4).

Die Predigt der Bourgeoisie, man müsse sich nur friedlich verhalten, um von der Polizeigewalt nicht behelligt zu werden, ist eine bewußte Lüge. Es reichte schon, in Kreuzberg zu wohnen, des Abends mit zwei Freunden die Straße entlang zu gehen, um als "Kleindemonstration" Opfer eines rüden Polizeieinsatzes zu werden; oder von der Arbeit zu kommen, wie jener ältere Mann, auf den mehr als zehn "Odnungsdienner" einschlugen, und der in Todesangst immer wieder schrie: 'Laßt mich leben, ich bin Familienvater!' (Radio 100, 12.6.87)

■ Der westberliner Senat ließ verkünden, die massive Polizeipräsenz in Kreuzberg würde solange fortbestehen, "wie der Schutz der Bürger nicht anders garantiert werden kann" (Volksblatt, 17.6.87) und "solange die Polizei zum Schutz der Kinder gebraucht" (TAZ, 17.6.87) werde. Da werden Passanten wie Hasen über den Damm gejagt und finden sich mir nichts dir nichts in der Grünen Minna wieder; da wird faktisch eine Ausgangssperre für die Bewohner ganzer Straßenzüge verhängt, bei Strafe einer Platzwunde am Hinterkopf oder gar Schlimmerem ... und alles, alles zu ihrem eigenen "Schutz"!

Die Behauptung vom "Schutz der Bürger" erweist sich zum einen als Hetze gegen diejenigen, die sich gegen diesen Staat zur Wehr setzen und zum anderen als reine Demagogie. Denn in Wahrheit sind es eben die Reichen und ihre Politiker nebst ihren sonstigen Lakeien, die es zu schützen gilt.

Die Hetztiraden, das Gerede von "Freiheit" und "Demokratie", vom "Schutz der Bürger" ist Demagogie der Bourgeoisie, die der geistigen Versklavung der Massen dient. Die Wahrheit ist, und das gehört zu den Dingen, die man aus diesen Tagen des staatlichen Terrors lernen muß, daß jeder, der dem Polizeistaat im Wege steht, sei es als kämpferischer Demonstrant, als Augenzeuge oder auch nur als unbeteiligter Passant, unter die Räder und Knüppel geraten kann.

Die Staatsgewalt verlangt Unterstützung, Komplizenschaft nach dem Motto: Und willst du nicht mein Freund und Helfer sein, dann schlag ich dir den Schädel ein. Die Herrschenden üben ihren Terror mit den Mitteln aus, die ihnen angezeigt

scheinen, um dem Widerstand Herr zu werden. "Friedfertigkeit" von Demonstranten bildet nicht die geringste Gewähr dafür, daß die Repressionsgewalt nicht mit großer Brutalität eingesetzt wird.

DIE HETZE GEGEN "GEWALTTÄTER MIT MASKEN" BEKÄMPFEN

Der Hetze gegen "Vermummte" und "Maskierte" muß unbedingt entgegengetreten werden. Diese dient Polizei und Staatsschutz als Vorwand, um gegen Demonstranten vorzugehen, da "Vermummung" von vornherein anzeigen, daß "Rechtsbrüche" und "Gewalttaten" beabsichtigt seien. Damit soll von der Tatsache abgelenkt werden, daß Polizei und Staatsschutz schon seit langem Teilnehmer von Demonstrationen systematisch filmen, mal versteckt, mal offen provokativ.

Die "Durchsetzung des Vermummungsverbotes" war auch der Vorwand für die Einkesselung von 140 Teilnehmern einer Demonstration gegen die faschistische Mun-Sekte am 14.7.87. Ihnen wurde unter der Bedingung, sich einzeln filzen und photographieren zu lassen, ein Ausweg aus dem Kessel "angeboten".

Warum werden eigentlich die Teilnehmer von Demonstrationen und Kundgebungen regelmäßig gefilmt, wo sie doch lediglich ein angeblich unantastbares demokratisches Grundrecht ausüben?

Es ist hinreichend bekannt, daß auf einer Demonstration "Identifizierte" einige Zeit später Strafanzeigen zugeschickt bekommen. Krasses Beispiel für die Kriminalisierung von Demonstranten war doch wohl Brokdorf.

Darüber hinaus hat dieses systematische Observieren und Erfassen einen weiterreichenden konterrevolutionären Zweck. Es sollen so viele Informationen wie möglich über fortschrittliche und revolutionäre Menschen gesammelt, sowie "Strukturen" und "Verbindungen" herausgefunden werden. Dies geschieht nicht zum "Wohl aller Bürger", sondern ist die gezielte Vorbereitung darauf, in Zukunft, wenn die Herrschenden dies für nötig halten, großangelegte Massenverhaftungen durchzuführen, um einer fortschrittlichen und revolutionären Bewegung Schläge zu versetzen oder sie überhaupt zu zerschlagen.

Sich dagegen in geeigneter Form zu schützen, um dem Staatsschutz und der Polizei die Arbeit nicht noch zu erleichtern, ist absolut richtig und notwendig. Das hat überhaupt nichts damit zu tun, wie manchmal zu hören ist, nicht offen dafür einzustehen, wofür man demonstriert. Im Gegenteil, wer dieses Problem bagatellisiert oder leichtfertig beiseite schiebt, ist entweder äußerst naiv oder nimmt sein eigenes Engagement nicht sehr ernst. Und wer gar in den reaktionären Chor gegen "Maskierte" und "Vermummte" einstimmt, unterstützt faktisch die Arbeit der Polizei.

Wer nicht kämpft, hat schon verloren

Für diesen Staat, für seine Polizei und seine Justiz gelten grundsätzlich, daß sie immer frecher und provokativer werden, wenn sie nicht auf harte, konsequente Gegenmaßnahmen der Antifaschisten, bzw. der kämpfenden Massen treffen. Was die Polizei sich alles leisten kann und leisten wird, hängt nicht nur von der Polizei ab, sondern gerade auch vom Grad der Kampfkraft der Demonstranten. Eben deshalb wird ja auch nichts unversucht gelassen, militante Demonstranten zu diffamieren und zu isolieren. Pazifistisch jammernde Kräfte sind ganz sicher keine Gefahr, mit ihnen wird dieser Staat, falls es nötig sein sollte, leicht fertig.

- Jedem fortschrittlichen Menschen muß klar sein, daß angesichts dieser Entwicklung jede Leisetreterei, jede opportunistische Anpassung oder irgend eine Distanzierung von revolutionärer Gewalt, jede besondere Bravheit die Sache nur verschlimmert. Brav ist nach der Logik des Kapitals sowieso nur, wer sich sklavisch unter den Schlägen duckt.

Das gewaltige Aufgebot staatlicher Machtmittel, der brutale Terror der in diesen Tagen in Westberlin vorgeführt wurde, bezog sich nicht nur auf den Wunsch, das chauvinistische Spektakel "750-Jahrfeier" reibungslos über die Bühne zu bringen. Es war nicht nur die zweifelhafte Popularität, die der US-amerikanische Präsident in Westberlin genießt und auch nicht nur die Tatsache, daß sein Besuch auf den Tag fünf Jahre nach dem letzten erfolgte, als es trotz massiver Polizeieinsätze und Massenverhaftungen auf Grund kämpferischer Gegenwehr den Herrschenden nicht gelang, ihre Ruhe und Ordnung zu erzwingen. Es ist überhaupt so, daß die Zeiten härter werden, viel härter.

Das Kapital und sein Staat führen den Kurs der verschärften "Sanierung", der kapitalistischen Rationalisierung durch. Das bedeutet für die Arbeiter und anderen Werktätigen drastische Verschlechterung der Lebenslage, Lohn- und Sozialabbau, Massenentlassungen und Massenarbeitslosigkeit, begleitet von Erscheinungsformen zunehmender absoluter Verelendung aller Art. Dieser Kurs läßt sich auf Dauer mit aller Konsequenz nur durchsetzen, wenn er

einhergeht mit der gleichzeitigen Verschärfung der politischen Unterdrückung. Und genau das führen die Herrschenden durch, denn sie wissen sehr wohl, daß sich die Arbeiterschaft das auf Dauer nicht gefallen lassen kann. Die Sachwalter des Kapitals wissen in welche Richtung sich die Zukunft entwickeln wird, sie wissen es heute leider noch besser als die meisten der Betroffenen.

Außerdem hatte die Bourgeoisie noch eine "offene Rechnung" für den "Kreuzberger Aufruhr" zu begleichen, was sich unschwer an folgendem Stimmungsbild aus dem Polizeicorps ablesen läßt: "Der Krankenstand der Polizei ist um die Hälfte niedriger gewesen als bei anderen Gelegenheiten der 80er Jahre. Viele Polizisten sind der Meinung, wegen der Ausschreitungen in Kreuzberg vom 1. Mai eine offene Rechnung noch begleichen zu müssen" (FR, 16.6.87). Der Staatsapparat hatte zum Gegenschlag ausgeholt und bereitet sich auf die früher oder später unvermeidlich kommenden Klassenschlachten vor. Und dazu gehört entscheidend auch, die Ketten der Unterdrückung so anzuziehen, daß ein wirklich wirksamer Widerstand maximal erschwert wird.

Der Aufmarsch eines solch massiven Polizeiaufgebots, die Härte des Einsatzes, die hohe Zahl an Verletzten, die Massenverhaftungen und die Terrorurteile sollen auch einschüchtern, Ohnmacht und Resignation angesichts der "Allmacht des Staates" sollen geschürt werden, damit jeder weiß, wer am längeren Hebel sitzt.

Diejenigen, die trotz des Verbotes am 12. Juni eine Demonstration durchsetzten und versuchten, sich die Straße zu erkämpfen; diejenigen, die gegen die faschistische Mu-Sekte und deren Unterstützung durch den Senat demonstrierten und dabei eingekesselt wurden; diejenigen, die angesichts der erneuten Einkesselung ein Transparent aus dem Fenster gehängt haben, mit der Aufschrift: "Deutsche Polizisten, Mörder und Faschisten!"; sie alle haben begriffen: man muß kämpfen und darf sich von der Straße nicht vertreiben lassen.

Gewiß, die einschüchternde Wirkung, die der Staatsterror zum Teil nach sich zog darf nicht unterschätzt werden, aber man

muß sich klar machen, daß diesen Staat zwei Seiten charakterisieren und die Mao Tsetung einmal treffend mit dem Bild vom "Papiertiger" beschrieben hat.

Dieser Staat ist einerseits ein wirklicher Tiger mit Zähnen und Klauen, Polizei und Armee, mit Rasterfahndung und Hochsicherheitstrakten, mit staatstreuem Fernsehen, Rundfunk und Presse, was den Kampf gegen diesen Staat wirklich und wahrhaftig zu einem persönlichen Risiko macht.

Doch es gibt keinen gefahrlosen und sicheren Kampf gegen diesen Tiger ohne Opfer, auch wenn man alles erdenkliche tun muß, um die Opfer so gering wie möglich zu halten.

Andererseits aber ist dieser Staat auch ein Papiertiger, der sich mächtig auf-

bläst, jedem einzelnen Ohnmacht suggerieren will, damit vergessen wird, daß das gemeinsame Handeln der breiten Masse der Werkätigen für diesen Staat eine ernsthafte Bedrohung darstellt.



Demonstration gegen die Volkszählung am 9. Mai 87

Dem Geschrei von der "Sicherung von Ruhe und Ordnung" das Ziel des Kommunismus entgegenstellen!

Wenn die Bourgeoisie mit Abscheu und Entsetzen den "direkten Angriff auf den Staat" (Morgenpost, 13.6.87) beklagt, so sagen wir ohne Zögern: Ja, i h r e Ruhe und Ordnung wollen wir nicht. Wir kämpfen nicht dafür, das imperialistische Ausbeutersystem etwas "demokratischer" zu gestalten.

Dieses verrottete, durch und durch korrupte kapitalistische System hat keine Zukunft. Es hat sich überlebt. Das Herumdoktern an seinen Pest- und Eiterbeulen ist nur dazu geeignet, Elend, Not und Unterdrückung zu verlängern.

Unser Ziel ist und bleibt die Zerstörung dieses gesamten Systems, die Zerschaltung des Staatsapparates des Finanzkapitals, der Sturz der Diktatur der Bourgeoisie, in welcher Form sie auch ausgeübt wird, die vollständige Enteignung der Monopolbourgeoisie und der Bourgeoisie überhaupt, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, der Aufbau des Sozialismus auf dem Weg hin zum Kommunismus.

Kommunismus bedeutet:

■ Statt privater Besitztümer an Fabriken, Grund und Boden und überhaupt an Produktionsmitteln im Interesse des Pro-

fits: GESELLSCHAFTLICHER BESITZ ALLER PRODUKTIONSMITTEL!

■ Statt mörderischer Konkurrenzkampf und Anarchie der Produktion: PLANUNG und DURCHSICHTIGKEIT DER WIRTSCHAFT DURCH UND FÜR DIE ARBEITENDEN!

■ Statt Arbeit als Fluch, als Mittel zur Ausbeutung: Die Arbeit als ERSTES LEBENSBEDÜRFNIS DER MENSCHEN, IM INTERESSE DER BEDÜRFNISBEFRIEDIGUNG DER PRODUZIERENDEN GESTALTET!

■ Staat Spaltung der Gesellschaft in Klassen, in Ausgebeutete und Ausbeuter, in Stadt und Land, in Männer und Frauen, statt Spaltung in geistige und körperliche Arbeit: FREIE ASSOZIATION DER SCHAFFENDEN IN VOLLER GLEICHBERECHTIGUNG UND FREIHEIT!

■ Statt Kriegen zwischen den Völkern, nationalem Haß und Rassenhaß: VÖLLIG FREIWILLIGE VERBINDUNG DER VÖLKER UND NATIONEN ZUR MENSCHHEIT IM WELTKOMMUNISMUS!

Aber bevor die Arbeiterklasse zu ihrem Endziel, dem Kommunismus, schreiten kann, muß sie zuerst i h r e n e i g e n e n S t a a t errichten, der seinem Wesen nach nur die revolutionäre Diktatur des

Proletariats sein kann. Dieser Staat ist einerseits die notwendige scharfe Waffe, um die gestürzten Ausbeuter und alle Reaktionäre mit eiserner Faust niederzuhalten. Andererseits wird die revolutionäre Macht der Arbeiter der werktätigen Mehrheit zum erstenmal eine wirkliche Demokratie bringen. Diese neu erkämpfte proletarische Demokratie wird durch die Diktatur des Proletariats garantiert. Sie dient der Verwirklichung des Sozialismus, als Übergangsstufe zum Kommunismus. Der Aufbau eines neuen Staatsapparats, der Diktatur des Proletariats, nach den Grundsätzen der proletarischen Demokratie, ihre immer stärkere Entfaltung, ist eine gewaltige Waffe in der Hand der ehemals ausgebeuteten und unterdrückten

Mehrheit der Volksmassen gegen ihre alten und neuen Feinde.

Die Arbeiterklasse steht auch gerade nach der Zerschlagung des alten Staatsapparats, gerade auch nach der Enteignung der Monopole, ja sogar nach der ökonomischen Vernichtung des Kapitalismus weiterhin im Klassenkampf. Es ist ein sich verschärfender, gigantischer Klassenkampf mit den Kräften der alten Ordnung auf allen gesellschaftlichen Gebieten. Ohne diese Weiterführung des Klassenkampfes zur restlosen Vernichtung aller alten und neuen Feinde, aller Überreste des Kapitalismus, ist an die Erreichung des großartigen Ziels, des Kommunismus, nicht zu denken.

Die westberliner Arbeiterklasse braucht vor allen Dingen ihren revolutionären Kampfstab

Es ist nicht bloß eine marxistisch-leninistische "Theorie", sondern von der Geschichte immer bestätigte Wahrheit unserer Epoche:

- Nur eine revolutionäre marxistisch-leninistische Partei kann gewährleisten, daß sich die Arbeiterklasse vom Einfluß der Bourgeoisie und ihrer Kreaturen auf die Dauer befreit bzw. ihre kämpferische Massenbewegungen nach einigen Teilerfolgen nicht wieder ganz "unter die Fittiche der Bourgeoisie" geraten. Nur unter ideologischer und politischer Führung einer Partei von Lenin-Stalinschem Typus kann die Arbeiterklasse im harten Klassenkampf gegen alle bürgerlichen Einflüsse ihr eigenes proletarisches Banner aufpflanzen. Nur eine solche Partei, bewaffnet mit der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus, kann der Arbeiterklasse ihre historische Mission bewußt machen und sie zu ihrer Erfüllung befähigen.

Eine solche Führung fehlt heute in Westberlin. Das gilt auch für die allermeisten Länder der Welt. Vor den revolutionären Arbeitern Westberlins steht heute deshalb als entscheidende Aufgabe, im Kampf gegen den modernen Revisionismus ihre marxistisch-leninistische Partei aufzubauen, unter deren Führung allein das Proletariat in der Lage sein wird, das ganze verrottete Ausbeutersystem in der proletarischen Revolution in Stücke zu

schlagen, die Diktatur des Proletariats zu erkämpfen, um den wirklichen Sozialismus und Kommunismus gemäß den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin aufzubauen.

Eine solche revolutionäre Partei wird den breiten Massen anhand der Tatsachen und ihrer tagtäglichen Erfahrungen bewußt machen, daß für das Elend, die Teuerung und die Arbeitslosigkeit, für die staatliche Unterdrückung und den Polizei-terror, nicht einige korrupte Politiker die Ursache sind, sondern die Wurzeln dafür im imperialistischen System liegen. Eine solche revolutionäre Partei wird zeigen, daß nicht das Flickwerk einiger Reformen mit Ausbeutung und Unterdrückung Schluß machen kann, sondern nur die proletarische Revolution!

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

"Manifest der Kommunistischen Partei"

AL: FEUERWEHR IM DIENST DER HERRSCHENDEN

Auch die AL, der die Auseinandersetzungen seit dem 1. Mai eher ungelegen kamen, sah sich natürlich genötigt, Stellung zu beziehen und sich als "alternative" politische Kraft zu profilieren.

Hierbei demonstrierte sie ihre grundsätzliche Treue gegenüber diesem Staat, gegenüber seinen Gesetzen, dem "geltenden Recht" und den "demokratischen Spielregeln". Dies äußerte sich insbesondere in der durchgängigen Ablehnung aller Kampfformen, die sich nicht an den "Rahmen des geltenden Rechts" halten, wie der militärischen Gegenwehr gegenüber den bruta-

talen Knüppeleinsätzen der Polizei.

Daneben ließ sich die AL mit wortreichen Kritiken über "sozialpolitische Versäumnisse" aus, prangerte den einen oder anderen tatsächlichen "Mißstand" der kapitalistischen Gesellschaftsordnung an und beteiligte sich auch an verschiedenen Protesten auf der Straße. So versuchte sie, den "Kontakt zur Basis" nicht abreißen zu lassen und gleichzeitig diese Proteste in friedliche parlamentarische Bahnen zu lenken, um einer weiteren Radikalisierung entgegenzuwirken.

Grundsätzliches Einverständnis der AL mit massivem Polizeiterror, wenn alles "im gesetzlichen Rahmen" bleibt!

- Zu der am Morgen des 2. Mai einsetzenden faktischen polizeilichen Belagerung in Kreuzberg SO 36 erklärte die AL
- (*) ihre grundsätzliche Zustimmung. So antwortete der AL-Fraktionsvorsitzende in der Kreuzberger Bezirksverordneten-Versammlung, Volker Härtig, in einem Interview auf die Frage "Wie stehst du zu dem augenblicklich sehr starken Polizeiaufgebot in Kreuzberg?":

"Daß am Samstagabend hier mal ganz intensiv Polizei präsent war, finde ich nicht so verheerend. Plünderungen werden auch von uns verurteilt, und wenn eine Wanne vor einem Laden steht, damit sowas nicht vorkommt, dann hat das ganz sicher unsere Unterstützung."

(TAZ v. 4.5.1987)

Härtig plappert hier nach, was Senat und Polizei tagtäglich versucht haben einzuhämmern: Der Polizeiaufmarsch in Kreuzberg richte sich nicht gegen die dort lebenden Menschen, sondern diene nur dazu, "Plünderungen zu verhindern", überhaupt die "Bürger rund um die Uhr zu schützen". Ständige Anwesenheit von mehreren Hundertschaften im Stadtteil, Wannen an jeder Kreuzung, Greiftrupps in den Straßen, willkürliche Prügelorgien und Festnahmen, all dies stört den Kreuzberger AL-Fraktionsvorsitzenden offenbar nicht weiter. Wenn Härtig sich sogar dazu versteigt, den polizeilichen Maßnahmen seine "Unterstützung" auszusprechen, wird damit dokumentiert, daß die AL eben nicht auf der Seite der Kämpfenden steht.

(*) Wenn hier im weiteren verallgemeinernd von "der AL" die Rede ist, so geschieht dies, obwohl wir wissen, daß in der AL durchaus auseinandergehende Ansichten in verschiedenen Fragen existieren und daß es auch Mitglieder gibt, die bei einzelnen Aktionen, z.B. gegen die Abschiebung von Flüchtlingen, eine positive Rolle gespielt haben.

Auch in der Haltung zum Polizeiterror der letzten Monate gehen die Auffassungen innerhalb der AL auseinander. Dennoch müssen die hier zitiert-

ten Stellungnahmen der AL als politischer Organisation insgesamt zugeschrieben werden, weil sie von führenden Leuten aus den Parlamentsfraktionen der AL stammen, die allemal, wie bei den bürgerlichen Parteien, die faktisch den Weg bestimmenden und die politische Macht ausübenden Kräfte in dieser Organisation sind. Die angeführten Äußerungen haben auch tatsächlich das Erscheinungsbild der AL bestimmt, wobei in den uns bekannten Veröffentlichungen der AL keine Distanzierungen oder Korrekturen erfolgt sind.

Die zahlreichen Kreuzberger, die am 1./2. Mai ihrer Empörung gegen den staatlichen Terror und die soziale Verelendung handfesten Ausdruck verliehen haben, können von der AL außer besänftigenden Reden und Vertröstung auf Reförmchen nichts erwarten. Wenn denjenigen, die sich nicht mehr alles gefallen ließen und aufbegeht haben, jetzt die geballte Wut der aufgeputschten uniformierten Knüppelgarden gilt, dann hätten sie sich das schließlich selbst zuzuschreiben, so die AL, denn "Plünderungen" und gar erst militanter Kampf seien nun mal zu "verurteilen". Wer mit dem Feuer spielt, verbrennt sich die Finger, ist die spiegel-zynische Botschaft der AL, der habe keinen Grund sich zu beklagen, wenn die Polizei ihre "Pflicht" tut.

- Das ganze Gerede von der "Gewaltfreiheit", die die AL bei jeder Gelegenheit propagiert, läuft nur auf folgendes hinaus: "Unbedingt gewaltfrei" sollen nur die Demonstranten bleiben! Wer nicht bereit ist, sich bei Protestaktionen gegen die Verbrechen der Imperialisten an diese Maßregel zu halten, und wer die Bereitschaft zeigt, auf Polizeiprovokationen in geeigneter Weise militant zu antworten, gegen den hält die AL gemäß der Devise:

"Die hören nicht auf uns (zum Glück, AdV), das sind nicht unsere Aktionsformen." (Wolfgang Wieland, AL-Fraktionsvorsitzender im westberliner Abgeordnetenhaus, TAZ v. 11.6.1987)

polizeiliche Gewaltanwendung für gerechtfertigt, wenn sie im "gesetzlichen Rahmen" erfolgt.

Wer nicht "einsichtig" ist, dem verordnet die AL nicht weniger zynisch als die Propagandisten der Herrschenden Verhaftung und Knast als Therapie:

"Wenn die Leute immer unbedingt wollen, dann sollen sie halt einfahren. Wir können dann nur noch für guten Rechtsbeistand sorgen." (Frank Kapek, AL-Abgeordneter, TAZ v. 11.6.1987)

Eine besondere Infamie ist im übrigen die Einlassung von Kapek, die militärischen Gegner dieses bürgerlichen Staates würden "immer unbedingt" die gewaltsame Konfrontation "wollen". Der AL-Schulmeister lügt hier ganz einfach, das bekannte Propagandaschrei der Herrschenden

wiederkäuend, denn die Antifaschisten und Kommunisten sind keineswegs unter allen Bedingungen für eine militante Auseinandersetzung mit der Polizei, auch wenn sie sich grundsätzlich dazu bekennen, daß der imperialistische Staatsapparat, der die Gewalt sowieso auf die Tagesordnung setzt, auch gewaltsam bekämpft und zerschlagen werden muß.

Das Gefängnis als "Schule" für muster-gültiges staatsbürgerliches Verhalten, das ist die Sprache derer, die längst mit der Diktatur der Bourgeoisie ausgesöhnt sind, in ihr ein gutes Auskommen haben und hämisch auf den Zorn der Unterdrückten hinabschauen!

- Der Grad der politischen Verkommenheit der AL wurde von W. Wieland weiterhin in seiner Erklärung einen Tag vor der Anti-Reagan-Demonstration am 11. Juni dokumentiert, als er meinte:

"Von der 'Randale-Szene' könne sich die AL jedenfalls nicht das Demonstrationsrecht nehmen lassen." (TAZ v. 11.6.1987)

Die Wirklichkeit ist auf den Kopf gestellt: Nicht die imperialistische Staatsmacht beschneidet im Zuge der zunehmenden Faschisierung willkürlich das Demonstrationsrecht, nein, die Gegengewalt gegen den Terror der Staatsgewalt ist für die Einschränkungen des Demonstrationsrechts verantwortlich! Die AL stimmt lauthals in den Chor der bourgeois Hetze ein, der Staatsapparat müsse quasi in Notwehr gegenüber den "gewaltsauf Demonstanten" die Faschisierung betreiben. So werden Ziele und Opfer der Faschisierung zu deren Verursachern erklärt. Die berechtigte Wut gegenüber den Faschisierungsmaßnahmen soll nicht auf den imperialistischen Staatsapparat, sondern auf dessen entschiedene Gegner gelenkt werden.

Zumindest ideologisch hat sich die AL bereits auf die Rolle des Hilfspolizisten einschwören lassen, der z.B. bei Demonstrationen für einen "störungsfreien" Ablauf zu sorgen hat. Die Ereignisse um den Kreuzberger Kinderbauernhof, als von Seiten einiger AL-Abgeordneter in der BVV keine Einwände gegen eine Räumung erhoben wurden, zeigen, daß die AL die ersten Schritte für die praktische Übernahme dieser schändlichen Rolle längst getan hat.

Die Proteste der AL verbleiben im Rahmen des "Rechtsstaats"

Betrachten wir die wortgewaltigen Proteste der AL näher, die sie gelegentlich äußert, stellt sich alsbald heraus, daß es sich dabei meist nur um einen Sturm im Wasserglas der herrschenden "Rechtsordnung" handelt.

- So erschien Christian Ströbele, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der AL, am "Kessel" auf der Tautenzienstraße, den die Polizei dort um 300 Demonstranten am Tag des Reagan-Auftritts gebildet hatte, und verkündete per Megaphon an die Eingeschlossenen:

"Was hier stattfindet, ist Freiheitsberaubung und Körperverletzung."

Was empfahl er gegen derartiges Unrecht? Man höre:

"Kommt morgen um 15 Uhr in das Basisbüro der AL und erteilt uns Vollmachten für Prozesse vor dem Verwaltungsgericht. Ein kleiner Trost für euch bei dem Regen: Für den Hamburger Kessel am 8. Juni 1986 gab's bei Sonne pro Person 200 DM Schmerzensgeld - hier bei Regen gibt's ein bißchen mehr." (Welt am Sonntag v. 14.6.1987, siehe auch TAZ v. 13.6.1987)

Diejenigen, die auf der anderen Seite der Polizeiketten ihrer Freiheit beraubt wurden, können die Reden des gelernten Rechtsanwalts nur als Hohn empfunden ha-

ben, wenn er ihnen für eben diese Freiheitsberaubung ein paar Mark "Schmerzensgeld" in Aussicht stellt. Alles nach dem Motto: Wenn die Staatsgewalt ein Strafdelikt begeht, dann muß eben auf dem "Rechtsweg" eine angemessene Entschädigung eingefordert werden - Recht und Gesetz gelten in unserem "Rechtsstaat" schließlich auch für die Polizei ... Der eigentliche Zweck von Ströbeles Plädy war letztlich, den Gedanken an tatsächlichen Widerstand bei den Eingekesselten und den Unterstützern gar nicht erst aufkommen zu lassen.

- W. Wieland stellte zu dieser Polizeiaktion fest,

"daß es am Freitag bei den Kundgebungen am Ku'damm keine Gewalttätigkeiten gegeben habe. Der Kessel entbehrt daher jeder Rechtsgrundlage." (TAZ v. 16.6.1987)

Als Wahrer der "Rechtsordnung" beschränkt Wieland sich selbstredend darauf, dem staatlichen Unterdrückungsapparat die Verletzung seiner eigenen Gesetze vorzuhalten. Die Frage muß erlaubt sein, wenn es auf der Tautenzienstraße "Gewalttätigkeiten" gegeben hätte, wenn sich die Demonstranten gegen die Polizei zur Wehr gesetzt hätten, dann wäre die Einkesselung wohl "rechtes" gewesen, Herr Wieland?

Ziel der AL: "Die Verhältnisse stabilisieren" und Proteste in den parlamentarischen Sumpf einbinden!

Die eigentliche Sorge, die die AL bei ihren Kritiken an den "Übergriffen" der Polizei treibt, wurde deutlich, als der Kreuzberger AL-Baustadtrat Orlowsky beklagte,

"daß durch den ständigen Polizeieinsatz (in Kreuzberg) alle Bemühungen der vergangenen Jahre, 'die Verhältnisse zu stabilisieren', zunicht gemacht würden." (TAZ v. 16.6.1987)

Vor dem Hintergrund der AL-Selbst einschätzung:



"Wir können jedoch auch als Teil der Bezirksverwaltung nur Mangel verwalten und hier und da kleinere Korrekturen bewirken." (Kreuzberger Stachel, Sonderausgabe Mai 1987)

tritt hier offen zutage, daß es der AL darum geht, die Ausgebeuteten und Unterdrückten durch minimale Reformen an diesen Unterdrucker- und Ausbeuterstaat zu binden, um so diesen Staat und damit auch das von ihm tagtäglich produzierte Elend "zu stabilisieren".

Die "Bundes-Grunen", als deren "Landesverband" die AL in Westberlin firmiert (), vervollständigen das Bild, wenn sie angesichts der westberliner Ereignisse betonen:

"Aufgabe der Grunen sei es, einer abzusehenden weiteren Eskalation entgegenzuwirken, indem die Isolation von Teilen der Bewegung verhindert werde, denn 'sonst wird auch der Widerstand nachrosten'. Das alternative Spektrum muß dazu das Bündnis mit den Autonomen suchen." (R. Bott, E. Olms, A. Beer und V. Krieger, Bundestagsabgeordnete der Grunen, bei einem Presseinterview in Bonn, TAZ v. 16.6.1987)

Was damit gemeint ist, druckte Urs Müller-Plantenberg, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der AL, noch klarer aus:

"Zur Diskussion mit Gruppen, die aus ihrer Enttauschung über diesen Staat keinen Hehl machen, muß immer aufgerufen werden. Es ist ja gerade die Ausgrenzung, die standige Distanzierung, die dazu treibt, mit niemandem mehr etwas zu tun haben zu wollen. Wenn man sie dazu bringen will, daß sie davon

(*) Diese Eingliederung Westberlins in den Organisationsbereich der westdeutschen Grunen geht geflissentlich darüber hinweg, daß Westberlin kein Bestandteil der Bundesrepublik ist. Sie ist Widerspiegelung der von AL und Grunen sogar als positiv eingeschätzten Tatsache, daß sich der westdeutsche Imperialismus Westberlin faktisch einverleibt hat. Die AL-Forderung nach "Erhalt der Bindungen Berlins an den Bund" unterstützt die Einverleibungspolitik auch direkt.

lassen, 'Feuer und Flamme für diesen Staat' zu schreien, dann kann es nur dadurch sein, daß alle bereit sind, mit ihnen zu reden. Und wir können uns da in keiner Weise von den Sozialdemokraten überholen lassen, wie jetzt der Versuch von Herrn Momper gemacht wird." (Schoneberger Stichel, Nr. 34, Juli/August 1987)

Erklärtes Ziel der AL wie der Grunen ist es also, einer weiteren "Ausgrenzung" und "Isolierung" von Gruppen entgegenzuwirken, die das Vertrauen in den "parlamentarischen Weg" und in diesen burgerlichen Staat verloren haben. Die Aufrechterhaltung des "Dialogs" soll diese Kräfte in den Kampf um Reformen bzw. das, was AL und Grüne darunter verstehen, einbinden und zum Glauben an die Reformierbarkeit des imperialistischen Systems bekehren.

Es geht darum, die berechtigten Proteste gegen die gewalttätige Unterdrückung durch den Staatsapparat und die Ausbeuterverhältnisse zu entscharfen und in den parlamentarischen, "gewaltfreien" Rahmen zu integrieren.

Diese staatstragenden Stellungnahmen und Zielvorstellungen der AL wie der westdeutschen Grunen dokumentieren die zwangsläufige unaufhaltsame Entwicklung einer Partei, die im Sumpf des burgerlichen Parlamentarismus verfangen und versunken ist. Auf der für sie maßgeblichen Jagd nach Wahlerstimmen hat sich die AL konsequent nach "rechts" entwickelt, in der Hoffnung, aus den negativen Schlagzeilen der Massenmedien der Bourgeoisie herauszukommen und so vielleicht noch ein oder zwei Prozent mehr Stimmen zu ergattern. Die ihr zugewiesene Rolle ist, alle auch nur in Ansätzen revolutionären Bestrebungen auf "alternative" Weise zu bekämpfen. "Parlamentarisches Überleben" ist die oberste Devise von AL und Grunen, die den Topf der Monopolbourgeoisie, aus dem Millionen an Wahlkampfstattungsgeldern, Abgeordnetenbezügen, Stadtratsgehaltern etc. freigiebig ausgeschüttet werden, natürlich nicht zerstossen möchten. "Wes Brot ich eß, des Lied ich sing!"

Westdeutsche Polizei in Westberlin:

Luftbrücke und Knüppeltransit

Zum ersten Mal in der Geschichte Westberlins wurde anlässlich des Reagan-Auftritts westdeutsche Polizei eingesetzt. 10 Hundertschaf-ten aus verschiedenen Bundesländern wurden eingeflogen, Ausrüstung, Einsatzfahrzeuge und verschiedene Einsatzgeräte wurden über die Transitwege durch die DDR herangeführt.

Deren "Einsatzerfahrung" wurde direkt genutzt, etwa die der Hamburger Polizei, die an der Einkesselung der Demonstranten auf dem Ku'damm nach der Methode "Hamburger Kessel" unmittelbar beteiligt war.

Vordergründig ging es um die personelle und logistische Verstärkung der 10 000 westberliner Polizisten, die ohnehin schon eingesetzt wurden. Doch die westberliner Polizei ist eine der, wenn nicht die stärkste der Welt, im Verhältnis zur Größe der Bevölkerung. Sie hat praktisch auch Aufgaben der Armee zu übernehmen, denn der westdeutsche Imperialismus verfügt in Westberlin nicht über die Bundeswehr.

- Der eigentliche politische Zweck der "Luftbrücke", mit der westdeutsche Polizei eingeflogen wurde, liegt in der Demonstration der faktischen Einverleibung Westberlins durch den westdeutschen Imperialismus.

Der westdeutsche Imperialismus nutzte die Situation des von ihm verhängten Belagerungszustandes, um Westberlin wie selbstverständlich als sein "Hoheitsgebiet" zu behandeln, um mit der Verschiebung von Polizeihundertschaf-ten, quasi wie von einem Bundesland in das andere, einen weiteren Schritt in der Einverleibung Westberlins zu vollziehen.

Bei der Verfolgung dieses Ziels wird der westdeutsche Imperialismus von den "westlichen Alliierten", den französischen, englischen und US-amerikanischen Imperialisten unterstützt, solange dies nicht mit ihren eigenen Interessen kollidiert, die sie auch mit ihren in Westberlin stationierten Truppen verfolgen.

Formell wurde der Einsatz westdeutscher Polizei in Westberlin mit dem Schein vorhandener "allierter Rechte und Vorbehalte" versehen, wenn von Senatsseite betont wurde, daß Polizeifahrzeuge aus westdeutschen Bundesländern, aus Hessen, Bayern, Niedersachsen usw. nicht mit ihren Hoheitszeichen zum Einsatz kommen, sondern diese mit dem "Berliner Bären" überklebt wurden, ebenso die Abzeichen an den Uniformen.

Doch dieser Etikettenschwindel kann nicht verbergen, daß die "westlichen Alliierten" längst kein Recht mehr haben, als Folge des 2. Weltkrieges in Westberlin ihre Truppen zu stationieren. Sie haben die Beschlüsse der Anti-Hitler-Koalition, insbesondere das Potsdamer Abkommen, schon Ende der vierziger Jahre gebrochen, und damit die damalige politische Zielsetzung, ein wirklich demokratisches Deutschland zu schaffen, ins Gegenteil verkehrt. Durch wurden die gerechten Grundlagen der "alliierten Besatzungsmächte" verlassen. Sie haben seitdem jegliche Berechtigung verloren und keinerlei Rechtfertigung mehr, weiterhin als "Besatzungsmächte" samt ihren Truppen in Westberlin präsent zu sein.

Der Austausch der Embleme kann auch nicht darüber hinwegtäu-

schen, daß Westberlin faktisch als 11. Bundesland behandelt wurde. Dies wird auch dadurch unterstrichen, daß ausgerechnet die "Bundesinnenministerkonferenz", also jenes Organ der westdeutschen Staatsmacht, welches die Repression in den einzelnen Ländern koordiniert, am 2. und 3. April ihre Tagung in Westberlin abhielt und auf eben dieser Tagung den Einsatz westdeutscher Polizei zum Reagan-Auftritt vereinbarte.

Das Auswechseln der Hoheitszeichen dient heute noch dazu, den Anschein berechtigter "allierter Rechte" aufrechtzuerhalten, um unter diesem Deckmantel davon abzulenken, daß Westberlin, inmitten der DDR und auf ihrem Territorium, kein Bestandteil des Staatsgebiets der Bundesrepublik und erst recht kein 11. Bundesland ist und niemals zur Bundesrepublik gehört.

SED: Grenzen dicht für Asylbewerber, freie Fahrt für westdeutsche Polizei

Die westdeutschen Imperialisten konnten diesen weiteren Schritt der Einverleibung Westberlins nur mit stillschweigender Unterstützung der DDR vollziehen. Denn wie sonst hätten die Einsatzfahrzeuge von Westdeutschland durch die DDR nach Westberlin gelangen können, wenn die DDR ihnen nicht freie Fahrt gewährt hätte.

Tatsächlich schweigt sich die revisionistische Presse über diesen Umstand beharrlich aus.

Dabei berichtet etwa das "Neue Deutschland", das Zentralorgan der SED-Revisionisten, ausführlichst und auf Seite eins in empörtem Ton über den Polizeiterror in Westberlin. Eine heuchlerische Empörung, die auch davon abzuwenden suchte, daß nur kurze Zeit zuvor der DDR-Polizeistaat den sich anlässlich eines westberliner Rockkonzertes entwickelnden Protest, vor allem von Jugendlichen, mit der Gewalt von Polizei und Staatssicherheitsdienst niedermachte.

Die SED-Revisionisten wiesen in der Pose der Entrüstung auf das "riesige Polizeiaufgebot" (ND, 12.6.1987) in Westberlin hin, unterschlugen aber wohlweislich die ganze Wahrheit, daß dieses mit ihrer eigenen Hilfe um 10 Hundert-

schaften aus Westdeutschland aufgestockt wurde. Lediglich ein im "Neuen Deutschland" nachgedruckter Prawda-Artikel läßt verschämt einmal fallen, daß diese Angelegenheit "rechtswidrig" (ND, 15.6.1987) sei. Offenkundig stellt sich dabei die Frage, warum diese "Rechtswidrigkeit" nicht nur hingenommen, sondern mit der Transit-Erlaubnis für westdeutsche Polizeigeräte in Wirklichkeit von der DDR sanktioniert wurde.

Doch warum sollten die DDR-Revisionisten nicht gemeinsame Sache mit dem westdeutschen Imperialismus machen bei der Bereitstellung zusätzlicher Polizeitruppen zur Niederknüppelung und Einkesselung von Demonstranten, wenn sie keine Skrupel haben, bei der Aussperrung von Flüchtlingen aus Westberlin zusammenzuwirken. Denn im Hintergrund winkt sicher der eine oder andere Kredit. Und Devisen in DM-West sind für die DDR-Revisionisten allemal härter als Prinzipien.

Dieser Vorgang zeugt einmal mehr davon, trotz geheuchelter Empörung über den massiven Polizeieinsatz in Westberlin, daß der Internationalismus, die Unterstützung des Kampfes gegen Imperialismus und Kriegsgefahr längst verlogene Maske ist. Das wahre Gesicht der neuen Bourgeoisie

der DDR ist die konterrevolutionäre Zusammenarbeit mit den westdeutschen Imperialisten zur Niederschlagung eines solchen Kampfes.

Der Verrat der modernen Revisionisten in der DDR Mitte der 50er Jahre führte zum Verlust der sozialistischen Perspektive in der DDR und zum Machtantritt einer neuen Bourgeoisie, zur Restauration des Kapitalismus. Eine Folge war die Duldung und Saktionierung der faktischen Einverleibung Westberlins durch den westdeutschen Imperialismus (zudem vertraglich abgesichert durch die Zustimmung zum sogenannten "Vier-Mächte-Abkommen" von 1971).

Dies war nicht immer so! Als die DDR noch das bessere Deutschland repräsentierte, hervorgegangen aus der antifaschistischen Umwälzung, die Arbeiterklasse die

Führung innehatte und der Revisionismus ihre Partei noch nicht zerfressen hatte, wußte es die DDR entschieden zu verhindern, daß westdeutsche Polizeiverbände durch ihr Territorium fahren, um den Polizeiapparat in Westberlin zu verstärken und die Einverleibung Westberlins voranzutreiben.

Im Sommer 1951 verhinderte die DDR an der Grenze von Helmstedt, daß westdeutsche Polizisten herangeführt werden, um in Westberlin gegen die Teilnehmer der 3. Weltfestspiele der Jugend eingesetzt zu werden, indem sie die Grenze bewaffnet sperrte.

Wenn damals den westdeutschen Imperialisten verwehrt wurde, was sie heute mühelos betreiben können, so belegt dies einmal mehr:

ES GIBT LÄNGST KEIN BESSERES DEUTSCHLAND MEHR ! IN DER DDR HERRSCHT DIE NEUE BOURGEOISIE !



DIE LAGE UND DIE AUFGABEN DER REVOLUTION IN WESTBERLIN

Nachdruck aus: "Über die Lage und die Aufgaben der Revolution in der Türkei, in Österreich, in Westdeutschland und in Westberlin", WBK Nr.14, April 1980

Die heutige Lage Westberlins und die daraus resultierenden Aufgaben der proletarischen Revolution stellen ein kompliziertes Problem dar. Dies hängt mit der Entwicklung der Deutschlandfrage - und als Teil von ihr der Westberlinfrage - zusammen.

Die erfolgreiche Lösung dieser Frage im Sinne der proletarischen Revolution kann nur erreicht werden, wenn insbesondere die von Lenin und Stalin

formulierten Prinzipien zur Frage von Staat und Revolution sowie zum Verhältnis der proletarischen Revolution zu nationalen Problemen konsequent verteidigt, zum Ausgangspunkt genommen und folgerichtig auf alle Fragen der proletarischen Revolution angewandt werden. Diese Lehren und Prinzipien des Marxismus-Leninismus sind der Schlüssel für die Erarbeitung einer prinfesten ideologischen und politischen Linie der prole-

tarischen Revolution in Westberlin und der Linie zum Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins.

- * Der "Westberliner Kommunist" betrachtet es als unumgängliche Aufgabe, sowohl im internationalen Rahmen, in der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung, als auch hier in Westberlin unter den fortgeschrittensten Arbeitern und Revolutionären die Kernfragen des Kampfes für die proletarische Revolution in Westberlin bewußt zu machen und dabei für die Einsicht zu kämpfen, daß die Probleme der proletarischen Revolution in Westberlin nur durch eine marxistisch-leninistischen Partei Westberlins zu lösen sind, daß der Aufbau dieser Partei von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und der Lage Westberlins diktiert und gebieterisch auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Heute ist die Lage so, daß der wieder zur imperialistischen Großmacht erstarkte westdeutsche Imperialismus Westberlin faktisch einverleibt hat und zunehmend seine Macht in allen Bereichen ausübt. Nach wie vor aber verfügen die amerikanischen, englischen und und französischen Imperialisten in Westberlin über eine nicht zu übersehende Macht, vor allem durch ihre militärische Präsenz. Für die proletarische Revolution in Westberlin ist dies deshalb von grundlegender Bedeutung, weil der westdeutsche Imperialismus in Westberlin zwar über starke Polizeiverbände verfügt, nicht aber über die Armee. Denn diese wird von den drei westlichen Großmächten, dem amerikanischen, dem französischen und dem

englischen Imperialismus gestellt. Die Revolution in Westberlin richtet sich gegen alle diese Feinde.

Westberlin liegt wie eine Insel inmitten der DDR, und unter den heutigen Bedingungen - im Gegensatz zu früher - kann keine Vereinigung mit der DDR angestrebt werden. Denn infolge des Verrats der modernen Revisionisten der SED ist heute die DDR, die früher den Weg des Aufbaus des Sozialismus beschritten hatte, ein kapitalistisch-revisionistisches Land. Westberlin ist heute von einer DDR umgeben, in der die neue Bourgeoisie ihre Diktatur ausübt. Die kapitalistisch-revisionistische DDR ist Mitglied des heute konterrevolutionären, vom russischen Sozialimperialismus geführten RGW und des Warschauer Pakts. Aufgrund dieser Entwicklung und dieser Lage in der heutigen revisionistischen DDR hat sich für das Proletariat Westberlins der Weg seiner Revolution bedeutend erschwert.

So ist die Frage des Neuaufbaus der marxistisch-leninistischen Partei direkt mit dieser Lage Westberlins verknüpft.

Die marxistisch-leninistische Partei ist vor allem Instrument der proletarischen Revolution, der Erkämpfung und Festigung der Diktatur des Proletariats. Die Aufgaben der proletarischen Revolution in Westberlin, die Zerschlagung des von einer Fülle von Besonderheiten gekennzeichneten Staatsapparats in Westberlin sind ausschlaggebend dafür, warum das Proletariat Westberlins seine marxistisch-leninistische Partei braucht und es weder von der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands noch von der marxistisch-leninisti-

schen Partei der DDR zur proletarischen Revolution geführt werden kann. Denn den Staatsapparat in Westberlin kann nicht das Proletariat in Westdeutschland und nicht das Proletariat in der DDR zerschlagen.

Aufgrund der gesamten eigen-tümlichen Lage Westberlins ist die Perspektive der proletarischen Revolution - trotz der eigenständigen Aufgabe, den burgerlichen Staatsapparat in Westberlin, vor allem seine bewaffneten Formationen (die Polizei des westdeutschen Imperialismus und die Armeen der amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten) zu zerschlagen - eng verbunden mit der Diktatur des Proletariats in der DDR, die sicher vom revolutionären Proletariat der DDR wiedererrichtet werden wird.

★ Es ist eine entscheidende Aufgabe der Marxisten-Leninisten in Westberlin, dem Proletariat seine langfristigen Interessen bewußt zu machen, damit es erkennt, daß es zwar selbstständig den burgerlichen Staatsapparat in Westberlin zerschlagen muß und eventuell für eine gewisse Zeit die Diktatur des Proletariats errichten kann. Das grundlegende Problem der Revolution in Westberlin ist aber, daß Westberlin allein auf seine eigene ökonomische Grundlage gestützt, nicht wirklich eine solide sozialistische Wirtschaft aufbauen kann. Daher spielt für die Revolution in Westberlin der Sieg des Proletariats in der DDR und die Vereinigung mit einer sozialistischen DDR eine lebenswichtige Rolle.

Gerade diese Aufgabe und Perspektive der proletarischen

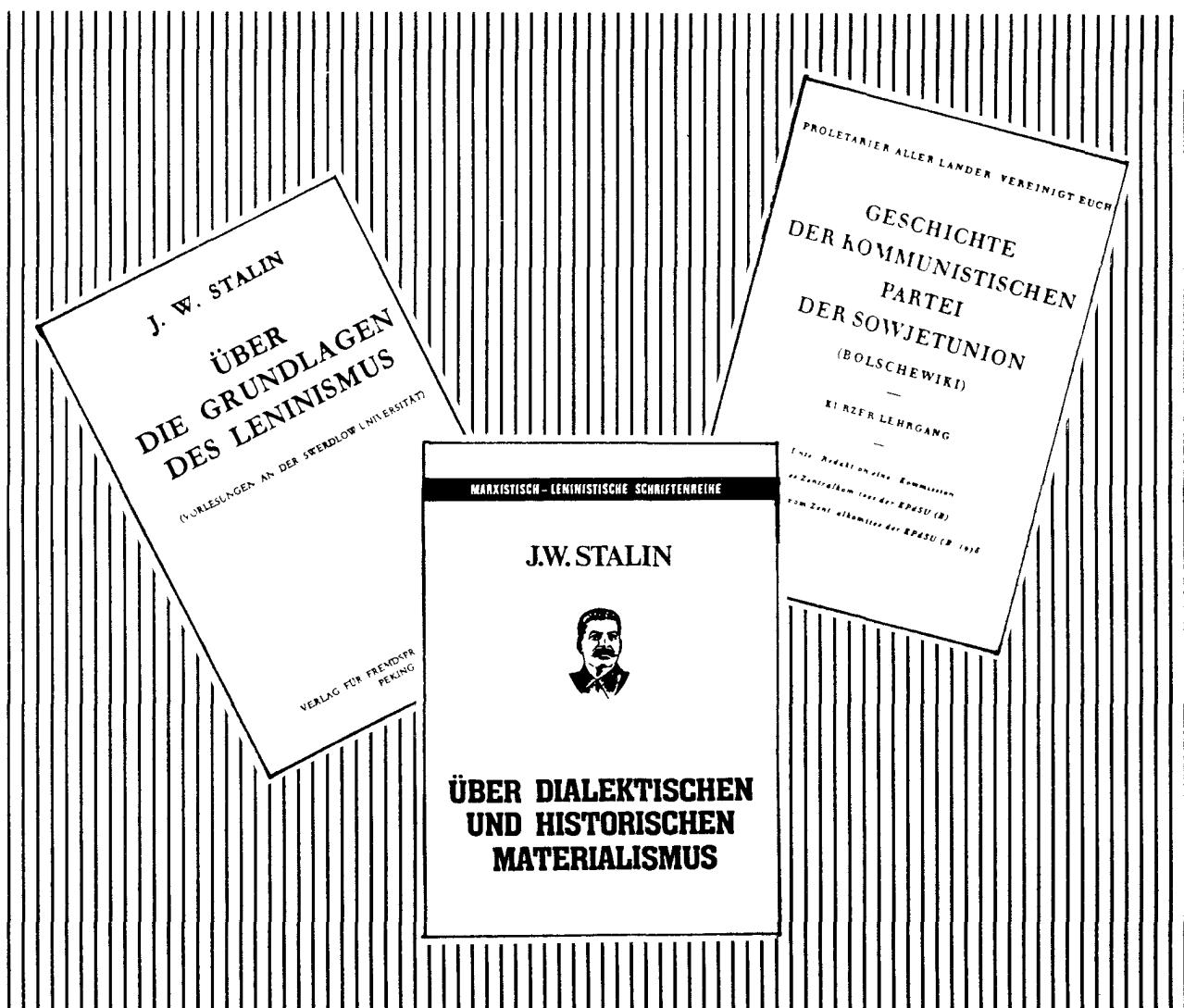
Revolution in Westberlin gilt es in die spontane Arbeiterbewegung hineinzutragen. Tatsächlich entwickeln sich aufgrund der faktischen Einverleibung Westberlins durch den westdeutschen Imperialismus, aufgrund der Ausbeutung und Unterdrückung auch des westberliner Proletariats durch diesen Imperialismus die tagtäglichen Kampfe des Proletariats Westberlins eng verbunden mit denen des Proletariats und der anderen Werktagen Westdeutschlands, mit denen proletarische Solidarität geschaffen werden muß. Aber aufgrund dieser Gegebenheiten drängt sich dem Proletariat in Westberlin auch ganz spontan überhaupt eine einseitige Orientierung auf den Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung in Westdeutschland auf. Diese einseitige Orientierung und Blickrichtung ist unvereinbar mit dem Kampf für die langfristigen Interessen des Proletariats Westberlins, die im Kampf für die proletarische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats die Herstellung des engsten Kampfbündnisses mit dem Proletariat der DDR erforderlich machen.

Das Proletariat Westberlins kann mit diesem Bewußtsein über die entscheidenden Erfordernisse seines siegreichen Kampfes für die Diktatur des Proletariats nur gewappnet werden, wenn es von seiner marxistisch-leninistischen Partei zum unversöhnlichen Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus und seine Ideologie und Politik, Westberlin immer noch massiver als aggressiven "Vorposten nach Osten" auszubauen und auch die Volksmassen für seine revanchistische Politik einzuspannen, konsequent erzogen wird. Diese Erzie-

hung muß verbunden werden mit dem Kampf gegen jegliche chauvinistische Propaganda gegen die unterdrückten Völker.

Dieser Kampf kann jedoch nur erfolgreich geführt werden, wenn er verbunden wird mit dem Kampf gegen die modernen Revisionisten und Opportunisten aller Schattierungen, die allesamt den Kampf für die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats sabotieren.

Die modernen Revisionisten in Westberlin, die SEW, haben mit der Bejubelung des imperialistischen Viermächteabkommens offen dokumentiert, daß sie nicht nur die faktische Einverleibung Westberlins durch den westdeutschen Imperialismus akzeptieren, sondern sie sabotieren überhaupt jeglichen Kampf gegen die Feinde des westberliner Proletariats. Mit dem Bekennnis zur imperialistischen Verfassung Westberlins haben sie dem Kampf für die proletarische Revolution offen die Absage erteilt.



Die Hetze gegen den Kreuzberger Aufruhr bekämpfen:



**REBELLION GEGEN
DIESEN UNTERDRÜCKERSTAAT
IST BERECHTIGT !**

Während der alljährliche Regierungsmai vor dem Reichstag ruhig, gesittet und fest in der Hand der arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsführung verlief - jene schlossen gerade erst ein dreijähriges Stillhalteabkommen mit den Metallkapitalisten - erlebte Kreuzberg einen heißen "Tanz

aus dem 1. Mai". Einen Tag, nachdem das herrschende Westberlin die "750 Jahrfeier" mit Nationalhymne, Freßgelage und Kinderchor eröffnet hatte, traten die unten auf den Plan und versetzten der Bourgeoisie einen Schlag mitten ins Gesicht: nach dem Polizeiüberfall auf das all-

jährliche Maifest am Lausitzer Platz tobten bis früh in den Morgen des 2. Mai heftige Straßenkämpfe, in deren Verlauf sich die Ordnungsmacht aus einer Reihe von Straßenzügen rund um den Görlitzer Bahnhof zurückziehen mußte. Erst bei Tagesanbruch war die Polizei wieder Herr der Lage.



Kaum hat sich der Rauch der brennenden Barrikaden verzogen, kaum sind die Trümmer aus dem Weg geräumt, holen die Herrschenden zum Gegen-schlag aus, schreien Zeter und Mordio über den Zusammen-bruch der Ordnung: "Hier hat sich der Straßenmob ausgetobt. Ein Clique von Anti-Berli-nern ..." lautete die erste Stellungnahme des Senats. Se-natssprecher Fest geiferte: "Eine Gruppe von Leuten, 'Straßenmob in übelster Form', die 'sicherlich wenig politi-sche Motive haben'". (Morgen-post, 5.5.87) Getroffene Hun-de bellten! Seit jeher haben die herrschenden Klassen alle, die sich gegen ihre Ordnung auflehnen, als 'vernunftloses kriminelles Gesindel' bezei-chnet und mit ähnlichen Eh-rentiteln bedacht.

Die bürgerliche Presse ver-steht das Stichwort wohl. Der Kommentator der 'Morgenpost' z.B. spricht im Zusammenhang mit den Ereignissen nur noch von "Alkoholismus und Drogen-sucht", von "schwer heilbaren Krankheiten", von "Lebensüber-drüssigen, Asozialen und pro-fessionellen Kriminellen", das "soziale Netz", es möge "so dick und dicht sein, wie es will. Es kann niemanden retten, der partout nicht le-ben will". (Morgenpost, 5.5.87) 'Der Kranke am gesunden Volks-körper muß ausgemerzt werden' - so die unausgesprochene Schlußfolgerung. Nicht mehr der Antichrist, sondern neuer-dings der "Antiberliner" geht um, so die offen faschi-stische Töne anschlagende Hetze, die in den Ruf nach einer weiteren Verstärkung des Polizeistaates mündet.

SPD-Momper äußert sich nicht

weniger entsetzt als die Re-gierungsparteien über den zeitweiligen Zusammenbruch des "Wertsystems" (Tagesspiegel, 5.5.87). Der westberli-

wallnacht', das weitreichende Folgen zeitige." (Morgenpost, 5.5.87) Momper wirft dem In-nensenator und der Polizei-führung "wegen der mangelnden Polizeipräsenz" Führungsschwäche und Versagen vor, präsentiert sich und seinesgleichen als die 'besseren Oberpolizi-sten'. (Tagesspiegel, 8.5.87)

Während die SPD für den 'realitätsnaheren' und 'tüchtigeren' Gebrauch des Polizeiknüp-pels eintritt, versucht sie sich auch auf sozialpoliti-schem Gebiet als die 'realisti-schere Kraft' zu profilie-ren. Momper wendet sich gegen die Äußerung "nur (!) Anti-berliner und Chaoten seien für die Krawalle verantwort-lich". (Tagesspiegel, 5.5.87)

AL: Reformprogramme zur 'Schadensbegrenzung'

Die AL reduziert den Kreuz-berger Aufruhr auf eine Art 'Hungerrevolte' und weist dem entscheidenden Element dieser Auseinandersetzung, dem Kampf gegen die politische Unter-drückung, eine nur nebenschä-liche Rolle zu:

"Alles weist darauf hin, daß sich einmal diejenigen, die sonst immer zu kurz kommen, selber bedient haben." (Kreuz-berger Stachel, Sonderausg. Mai 1987)

Sie macht dies, weil der Auf-ruhr eine ganz andere politi-sche Sprache angeschlagen hat, als es die AL, die im Sumpf des Parlamentarismus versun-ken ist, zulassen kann.

Ihr Rezept: Mehr Sozialarbei-ter nach Kreuzberg, mehr Hilfsprogramme zur Dämpfung der Wut der Unterdrückten, oder, wie sie einen Pfaffen sagen läßt:

"Es gibt nur einen Weg, sie

(die Armen, AdV) zu inte-grieren durch verstärkte Hilfsmaßnahmen." (ebd.)

Ihre Rolle: "Wir müssen den skandalösen Zustand dieser Gesellschaft immer wieder benennen. Wir können jedoch auch als Teil der Bezirks-verwaltung nur Mängel ver-walten und hier und da klei-nere Korrekturen bewirken." (ebd.)

Beklagen, jammern und Mängel-verwalter wie Minimalreformer dieses Staates sein, wo er die AL mitmischen läßt.

Und ganz loyal zu diesem un-seren Staat stehend, treibt die AL denn auch eine große Sorge: daß das Rezept von härterer Gangart und von mehr Polizei nach Kreuzberg nur zu stärkerem Widerstand, zu grö-ßerer Eskalation führt. Die AL möchte den gewaltsamen Widerstand mit Sozialarbei-ttern, Hilfsprogrammen und "Integration" ersticken.

ner Bundestagsabgeordnete Wartenberg spricht gar von einem "katastrophalen Versa-gen des Staates in der Kra-

Die "kritische Masse" von Ar-bbeitslosen und Sozialhilfeem-pfängern müsse auch "sozial stabilisiert" werden, um zu

Die SEW schreitet zum Äußersten ...

Nahezu die Auffassungsgabe eines Fußballreporters ist notwendig, um zu beobachten, wie fix die sogenannte "Partei der Arbeiterklasse", die SEW, die Parteifahne eingerafft und das Weite gesucht hat, sobald auf der Straße militant gegen die Polizei gekämpft wird. 'Salonfähig bleiben' heißt die Devise, selbst wenn es die eigenen Mitglieder sind, die, so beim Polizeiüberfall auf das Maifest am Lausitzer Platz, die Polizeigewalt zu spüren bekommen.

In sicherer Entfernung zu den Kämpfenden - die am 1./2. Mai die Polizei tatsächlich in gewisse Schranken wiesen -

verhindern, daß sich Ähnliches wiederholt.(ebd)

Nahezu gleichlautend äußern sich auch, an den Rockschößen der SPD hängend, Sprecher der AL. Da wurde der "Rückzug der Polizei" aus den umkämpften Gebieten kritisiert, welcher Ausschreitungen provoziert habe.(SF Beat am 4.5.87) AL-Fraktionsvorsitzender Wieland erklärte, daß die "Gewaltausbrüche ... für alle eine Warnung sein" und nun lange ausstehende Sozialreformen folgen müßten.(TAZ-Extra, 2.5.87)

Und auch die SEW darf da nicht fehlen:"Versuch der Einschüchterung ließ die Gewalt eskalieren" - so der Titel einer Stellungnahme des Parteivorsstands, in der Aufruhr und militanter Kampf nicht etwa als probates Gegenmittel begrüßt, sondern als unheilvolle Folgewirkung der Polizeiprovokation disqualifiziert wird. Das Ganze mündet in der Forderung:"Es muß sichergestellt werden, daß sich ein solcher Exzeß nicht wiederholt."(DW, 4.5.87)

Mit einem Wort: quer durch das Lager der Bourgeoisie, quer durch das System ihrer Parteien von CDU bis SPD, bis hin zu ihren "links"liberalen Schleppenträgern der AL im Abgeordnetenhaus, bis hin zur SEW als reformistischem Hilfs-

erfolgt dann ein Statement gegen Polizeiprovokationen, wobei routinemäßig jede militante Gegenwehr als Werk von Provokateuren denunziert, zumindest aber in den Schatten und die Verantwortung der Polizei gestellt wird nach dem Grundsatz:'Jede Gewalt ist von Übel'.

Die Kehrseite all dessen ist parlamentarischer Kretinismus reinsten Wassers.

Was ist die zentrale Schlußfolgerung aus den Ereignissen des 1./2. Mai? Das Wort hat die SEW:

"Wir fordern, daß ein Untersuchungsausschuß des Abgeordnetenhauses eingesetzt

wird, der die Vorgänge prüft und die Verantwortlichen benennt. Es muß sichergestellt werden, daß sich ein solcher Exzeß nicht wiederholt."

(DW, 4.5.87)

Selbständiger Kampf auf der Straße gegen Polizeiterror?
- Bewahre! Die Hoffnungen auf Maßnahmen von oben gerichtet, auf das Abgeordnetenhaus! Und nun wird einmal gezeigt, was radikal sein heißt: 'Wir fordern einen Untersuchungsausschuß'!

Seit 30 Jahren die alte sozialdemokratische Leier versuchen mit "marxistisch-leninistischem" Etikett, mit anderen Worten: moderner Revisionismus, tiefe Verneigung vor den parlamentarischen Institutionen der Diktatur der Bourgeoisie!

trupp der Herrschenden in der Arbeiterbewegung, hallt ein einziger Ausruf:

'Aufruhr - so etwas darf sich niemals wiederholen!'

So tönt und hämmert es jenseits der Barrikaden.
Diesseits kann die Schlußfol-

gerung nur direkt entgegengesetzt sein:

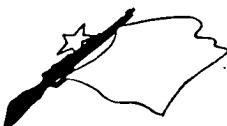
AUFRUHR - DAS MUSS SICH UNBEDINGT WIEDERHOLEN,

mit neuen Kräften und auf höherer Ebene. Die Arbeiterklasse Westberlins wird wieder kämpfen lernen!

Studiert den Marxismus - Leninismus !

MARXISTISCH - LENINISTISCHE SCHriftenreihe

LENIN-STALIN ZU EINIGEN FRAGEN DES BEWAFFNETEN KAMPFES DER MASSEN UND DES INDIVIDUELLEN TERRORS



- Über die objektiven und subjektiven Bedingungen einer revolutionären Situation
- Über den bewaffneten Kampf und seine Formen
- Ökonomismus und Terrorismus
- Der ökonomische Terror und die Arbeiterbewegung

MARXISTISCH - LENINISTISCHE SCHriftenreihe

LENIN-STALIN

über
URSACHEN UND
NOTWENDIGKEIT DER

ZWEI PHASEN DES PARTEIAUFBAUES

VOR
DER MACHTERGREIFUNG

WAS HAT SIE SO IN SCHRECK VERSETZT - SO PLÖTZLICH ÜBER NACHT?

Was beunruhigt sie so tief, was verursacht ihre Nervosität, was ihr Geschrei, was diesen Schwall von Drohungen und Hetzreden, gefolgt von allerlei Versprechungen?

★ Vorhergehende Polizeiprovokationen wurden nicht mit verbaler Entrüstung, sondern tatkräftig, militant und offensiv beantwortet.

Die Durchsuchung des Mehringhofs und die Beschlagnahme von Agitationsmaterial für den Volkszählungsboykott im Morgengrauen, das freche und paradesmäßige Auffahren von Polizeikräften rund um das Straßenfest am Lautsitzer Platz und schließlich der Überfall auf das Fest mit Tränengasgranaten, Hineinfahren der Wannen in die Menge und die anschließenden Prügelorgien brachten das von der tagtäglichen Unterdrückung rand-

voll gefüllte Faß zum Überlaufen: Polizeikordon, willkürliche Prügeleinsätze und Verhaftungen bei fast jeder Demonstration, Mißhandlungen, Hausdurchsuchungen, massive Polizeipräsenz im Stadtteil, Wannen, Zivilstreifen und KOBs an jeder Ecke, alltägliche Schikanen auf der Straße, U-Bahn-Terror der AGA (Arbeitsgruppe Ausländerüberwachung) gegen ausländische Kolleginnen und Kollegen, unaufhörliche Abschiebedrohung gegen hunderte von politisch Verfolgten und vollzogene Abschiebungen. Und die tausendfachen Gemeinheiten der Bürokratie, auf Arbeits- und Sozialämtern, auf der Ausländerpolizei. Kurz: Die tagtägliche politische Unterdrückung, viel zu oft schon Gewohnheit, schlug gewaltig und gewalttätig zurück gegen die Bourgeoisie und ihren Staat, gegen eine der "heiligsten Säulen"

der bürgerlichen Gesellschaft, die Polizei. Auf all dies waren die Steinwürfe auf Polizeiketten und -fahrzeuge und die brennenden Barrikaden eine treffliche Antwort!

★ Die Kämpfenden und alle, die sie unterstützt haben, - die da unten -, haben für einen Augenblick und weithin sichtbar den 'normalen Lauf der Dinge' unterbrochen und die Ordnung der da oben in Frage gestellt. Sie drängten, da die "Themen" auf der Straße liegen, auch energisch und vehement auf die Straße. Das parlamentarische Betrugsmanöver, mit dem die sozialen und politischen Proteste immer wieder in parlamentarische Bahnen, als den angeblich einzigen legitimen, gelenkt werden soll, dieses Manöver verlor für einen Moment seine Wirkung auf jene, die in dieser Nacht zu selbstständigem Handeln schritten.

★ Die Isolierung der Kämpfenden von der Bevölkerung fand nicht statt. Selbst bürgerliche Politiker mußten zugeben, daß sich an den Ereignissen "ganz normale Bürger" (Morgenpost, 5.5.87) beteiligt haben, daß "fast der ganze Querschnitt der Kreuzberger Bürger" vertreten war, Junge und Rentner.(ebd.) Ein Vertreter der Staatsanwaltschaft beklagte: "Ein bestimmter Tätertyp ist unter den festgenommenen Frauen und Männern nicht erkennbar."(ebd.) Viele, die nicht selbst unmittelbar zu den Aktivisten gehörten, leisteten ihnen Unterstützung, folgten ihren Vorwärts- und Rückwärtsbewegungen gegenüber der Polizei, oder waren einfach da, standen auf Straßen und vor Hauseingängen. Die Hetze gegen den 'Straßenmob', der Appell an alle 'rechtschaffenen Berliner' zielt gerade auf diese Solidarität auf der Straße. Sie zielt gegen die aus der Ohnmacht des Einzelnen erwachende Aktivität der Massen, gegen Selbstvertrauen und Ermutigung zu neuen Kämpfen.

★ Bekräftigt wurde, daß der Rassismus und die chauvinistischen Spaltungsmanöver der herrschenden Klasse im gemeinsamen Kampf überwindbar sind. Deutsche und ausländische Jugendliche kämpften Seite an Seite. Dies, sowie die herzliche und brüderliche

Ein 'autonomes' Lamento ...

Eine Gruppe der westberliner sog. "Autonomen" sah sich nach dem 1./2. Mai 1987 veranlaßt, die Ereignisse folgender Kritik zu unterziehen:

"Die Power auf der Straße führte dazu, daß die Bullen lange Zeit wie die Hasen rennen mußten. Der lang aufgestaute Haß und der Alk aus den Supermärkten haben dazu geführt, daß ab Mitternacht einige blind um sich geschlagen haben. Wir finden es beschissen, wenn kleine Läden plattgemacht werden, Leute aus dem Kiez zu Schaden kommen und mit Feuer leichtsinnig umgegangen wird. Wir fordern alle auf, darauf zu achten, daß so etwas in Zukunft unterbleibt!"(nach TAZ, 4.5.87)

Ausgerechnet jene Kräfte, die die Spontaneität zum Prinzip erhoben haben und z.B. nach dem erklärten Motto "Sei schlau und klau!" - "Sei schlau beim Klau!" die individuelle 'Enteignung' als

Kampfstrategie gegen den Kapitalismus propagieren und praktizieren, sind nun konsterniert und rufen in Generalstabsmanier 'zur Ordnung', wenn die spontane Bewegung solche Mittel massenhafter zur Anwendung bringt und sich nicht an die von den "Autonomen" vorgegebenen Regeln hält. Die von den Verfassern dieser Stellungnahme verfolgte politische Strategie und ihre ideologischen Grundlagen zeichnen selbst mitverantwortlich für die von ihnen gerügten 'Übertreibungen' des spontanen Kampfes, dem heute ein bewußter, langfristig auf den gewaltsamen Sturz des imperialistischen Systems hin arbeitender politischer Kampfstab fehlt.

Darüberhinaus läßt die unspezifische Verteidigung der "Leute aus dem Kiez" keinen Platz mehr für völlig gereffertigte Selbsthilfaktionen z.B. gegen faschistische Elemente, ob sie nun einen kleinen oder großen Laden besitzen.

Aufruhr hält sich nicht an Tanzschulregeln

Begleiterscheinungen der Kreuzberger Straßenkämpfe waren Plünderungen und verschiedene Zerstörungsaktionen, die mit den Kämpfen nicht notwendigerweise in Verbindung standen. Solche Vorgänge treten mehr oder weniger zwangsläufig bei jedem spontanen unorganisierten Aufruhr von unten auf. Sie sind Folgen der sich bahnbrechenden Empörung oder auch der günstigen Gelegenheit, die Glasscheibe, die vom nur käuflichen Reichtum der kapitalistischen Gesellschaft trennt,

einzuenschlagen und zuzugreifen. Solche Ereignisse können sicher nicht als beispielgebend für künftige Auseinandersetzungen propagiert werden, darüber kann aber gerade in der heutigen Situation nur verwundert sein oder gar lamentieren, wer nicht versteht, daß nur eine starke, bewußte und organisierte Arbeiterbewegung in der Lage ist, z.B. anstelle von individuellen Plünderungen Lebensmittel-Beschlagsnahmaktionen mit gezielter Verteilung durchzuführen.

Stimmung zwischen Deutschen und Ausländern auf den Straßen war ein wirklicher Schlag gegen rassistische und chauvinistische Hetze.

★ Mit einem Schlag fiel Licht auf die Eiterbeulen des imperialistischen Systems, wurde aufgedeckt, daß es keine der Lebensfragen der Massen lösen kann. 50 Prozent der Schulabgänger in Kreuzberg SO 36 ohne Arbeits- und Ausbildungsplatz; 70 Prozent sogar unter den Jugendlichen aus der Türkei! Im letzten Winter zu wenig Geld und Stütze für ausreichend Heizmaterial - das hat vielen die eigene Armut vor Augen geführt und den gerechten Haß auf die Sozialbürokratie geschürt. Demgegenüber die Aber-Millionen, die für das "750 Jahr"-Spektakel verpulvert werden, - dieser offenkundige Gegensatz hat für viele greifbar gemacht, daß der wachsende Reichtum der Herrschenden auf der zunehmenden Verarmung der Ausgebeuteten und Unterdrückten beruht.

★ Nicht zuletzt beunruhigt den westdeutschen Imperialismus zutiefst die Signalwirkung der Ereignisse. So erklärte der westdeutsche SPD-Bundestagsabgeordnete Nöbel, es sei zu befürchten, "daß diese Taten in Kreuzberg auch an deren Brennpunkten in der Bundesrepublik Nachahmung finden könnten": (Tagesspiegel, 6.5.87) Der Kreuzberger Aufruhr ist also nicht nur aktuell, er weist zugleich über

sich selbst hinaus. Er zeigt durch lebendige Anschauung, daß kämpferischer Widerstand auf der Straße, ohne die Zwangsjacke von Recht und Ge-

setz, ohne das Gängelband reformistischer, sozialpartnerschaftlicher Kräfte, möglich ist.

Erste Konsequenz der herrschenden Klasse ist daher: Schadensbegrenzung. Dieses Geschäft betreiben sie wie eh und je auf doppelte Weise: mit der polizeilichen und der Pfaffen-Methode. Auf der einen Seite Verstärkung der Polizeipräsenz mit gezielten Provokationen und Massenverhaftungen wie am 16.5.87 im SO 36, gefolgt von mehr verdeckten, sozialpolizeilichen Maßnahmen z.B. zur Vertreibung unbehagter Bevölkerungsteile aus dem Stadtteil; auf der anderen Seite Betrug durch Reformversprechungen.

Die Konsequenz aller, die dafür den Buckel hinhalten müssen, kann nur sein, sich weder einschüchtern noch einlullen zu lassen, sondern am Kampf festzuhalten!

Die Antwort der Herrschenden: Mehr Polizei- und 'soziale' Knüppel!

Die Herrschenden und ihre Exekutive trommeln Revanche und tun das, was man von ihnen erwartet: die Schlappe der Polizei wird nach preußischer Art mit einem Bündel von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen "Sicherheit und Ordnung" beantwortet: Verlegung eines zusätzlichen Einsatzkommandos von 70 Mann nach Kreuzberg; Verlegung eines Spezialkommandos, das bei Demonstrationen als Festnahmetrupp agiert, dorthin; Verstärkung der Zivilstreifen, die vor Ort Erkenntnisse sammeln, um gezielt und mehr Verhaftungen vornehmen zu können; verbesserte Kommandostruktur; Beschleunigung der Zusammenführung von Kräften am Einsatzort; und alles das, damit die "Bürger nicht nur in Spandau und Zehlendorf, sondern auch in Kreuzberg ruhig schlafen können!" (Kewenig im SF Beat am 4.5.87)

Der Senat und die Kreuzberger CDU greifen darüberhinaus die Forderung der SPD, daß die "kritische Masse" in Kreuzberg

nicht nur polizeilich, sondern auch "sozial stabilisiert" werden müsse, auf und entwickelt eine Reihe beachtlicher Vorstellungen:

- * Auf die "Fehlbelegungsabgabe für gut verdienende Mieter von Sozialwohnungen" solle verzichtet werden, um 'gutsituierter' Mieter im Stadtteil zu halten und anzulokken; (Tagesspiegel, 6.5.87)
- * die Modernisierung heruntergekommener Häuser solle beschleunigt werden, um "sozial gefährdete" aus dem Viertel zu vertreiben; (ebd.)
- * die Angriffe richten sich sogar gegen die Suppenküche der katholischen St. Mariengemeinde, - durch solche Einrichtungen würden "soziale Randgruppen" nach Kreuzberg geholt! (ebd.)

Der Vorsitzende der Polizei-gewerkschaft, Franke, setzt dem ganzen die Krone auf und fordert einen "entsprechenden Arbeitseinsatz für Randgruppen" - im Klartext: ARBEITS-DIENST! (ebd.)

HABT MUT ZU KÄMPFEN!

Einmal mehr beklagt die Bourgeoisie den Angriff auf das "Gewaltmonopol des Staates". Diese ständig strapazierte Formel sagt nichts anderes, als daß die herrschende Klasse es nur natürlich findet, das Volk gewaltsam anzugreifen. Es sind die reaktionären Klassen selbst, die die Gewalt auf die Tagesordnung setzen.

Für diesen Staat und die Polizei gilt grundsätzlich, daß sie immer frecher und provokativer werden, wenn sie nicht auf harte, konsequente Gegenmaßnahmen der Antifaschisten bzw der kämpfenden Massen treffen. Was die Polizei sich alles leisten kann und leisten wird, hängt nicht nur von der Polizei ab, sondern gerade auch von der Kampfkraft und der Bewußtheit der Unterdrückten. Gerade deshalb wird ja auch nichts unversucht gelassen, diese zu diffamieren und zu isolieren. Welche entmutigende Wirkung furchtloses und entschlossenes Auftreten beim "allmächtigen" Gegner erzeugt, zeigte sich auch in Kreuzberg: so war Kewenig gezwungen, auf die sinkende Kampfmoral der Beamten hinzuweisen, die sich nicht aus ihren Wannen herauswagten, und sie daran zu erinnern, daß die Dienstfahrzeuge lediglich Mittel "zur Fortbewegung, aber nicht als Aufenthaltsräume am Einsatzort" gedacht sind. (SF Beat am 4.5.87)

Mit Hilfe des Oberraschungsmoments und gestützt auf die zunehmende Solidarität der Bevölkerung können dem Polizeistaat empfindliche Schläge versetzt werden. Das zeigte sich Pfingsten 1986 in Wackersdorf. Das zeigte sich erneut in Kreuzberg, als unter Anwendung einer beweglichen Straßenkampftaktik der hochgerüstete, aber weniger bewegliche Koloß der Staatsmacht in große Bedrängnis geriet, als rund um den Görlitzer Bahnhof an vielen Orten gleichzeitig leichte und brennende Barrikaden entstanden, als der

Staatsapparat erhebliche Nachschub Schwierigkeiten hatte, die anfänglich 250 Polizisten erst in den Abendstunden auf 400 und erst gegen Morgen auf 900 verstärkt werden konnten, - auch wenn bewußt sein muß, das längst noch nicht alle zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt wurden.

★ Die wichtigste Erfahrung des 1./2. Mai 1987 ist, daß die kämpfenden breite Unterstützung und Sympathie aus der Bevölkerung erhielten und daß alle die scheinbar unbekämpfbare Staatsmacht viele Stunden

zum Sturz des imperialistischen Staatsapparats anzupacken und durchzuhalten. Bei aller Notwendigkeit, heute die aktuellen Kämpfe entschieden zu führen, muß doch bei diesen Teilkämpfen, Teilzielen und möglichen Teilerfolgen vor allem bewußt gemacht werden, daß der Kampf gegen das kapitalistische System insgesamt, der Kampf zum Sturz dieses Systems geführt werden muß. Der Sieg über so mächtige Feinde, wie sie dem westberliner Proletariat mit dem westdeutschen Imperialismus, aber auch mit den alliierten Truppen der franzö-



lang schwach und verletzbar gesehen haben.

★ Diese Erfahrung zeigt, daß Erfolge im Kampf gegen den hochgerüsteten imperialistischen Staatsapparat durchaus möglich sind, wenn es gelingt, die werktätigen Massen in den Kämpfen zu mobilisieren, auch wenn diese Erfolge heute erst nur zeitweilig und punktuell erzielt werden können.

★ Diese Erfahrung gibt Mut und Stärke, die über die heutigen Tages- und Teilkämpfe hinausreichende langfristige Perspektive des Heranarbeitens an die sozialistische Revolu-

sischen, englischen und US-Imperialisten gegenüberstehen, kann nicht mit Rebellenhaufen im spontanen Aufruhr erkämpft werden. Hierzu bedarf es vielmehr einer gut organisierten, zielklaren und planvoll arbeitenden revolutionären Bewegung, die im bewaffneten Kampf den imperialistischen Staatsapparat und seine bewaffneten Formationen zerstößt.

Die Tageskämpfe gegen Polizei-terror und politische Unterdrückung, gegen Rassismus und Chauvinismus und für die Durchsetzung unmittelbarer Forderungen müssen deshalb

v.a. eine Schule des revolutionären Klassenkampfes sein, um diese siegreiche proletarische Revolution vorzubereiten, um revolutionäre Erfahrungen zu sammeln, um die Reihen des Proletariats und der anderen Ausgebeuteten für den entscheidenden Sturm zu formieren und bewußt zu organisieren. Trotz des heute extrem niedrigen Standes von revolutionären Klassenkämpfen der Arbeiterklasse in Westberlin ist dennoch die Arbeiterklasse die einzige gesellschaftliche Kraft, die, insbesondere durch die organisierende Kraft der Industriearbeiterschaft, eine solche revolutionäre Bewegung hervorbringen und führen kann. Sie hat als einzige Klasse nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber in der sozialistischen Revolution alles zu gewinnen: die Befreiung der eigenen Klasse und darüber sämtlicher Werktätigen von Ausbeutung und Unterdrückung. Die Arbeiterklasse, deren Macht nicht vor allem im Wohn-

kämpfen zu lernen und den revolutionären Klassenkampf zu entfalten. Der revolutionäre Kampf der Arbeiterklasse wird dann auch Rückgrat sein können für die Kämpfe gegen Faschisierung, Militarisierung und Kriegsvorbereitung, für die Kämpfe der Jugend und der anderen Werktätigen, für die Kämpfe gegen imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung anderer Völker durch den westdeutschen Imperialismus, und wird ihnen wesentlich größere Durchschlagskraft verleihen.

★ Die Erfahrungen des 1./2. Mai 1987 bestärken in der Gewißheit, daß die kommenden Sieger über die Bourgeoisie, das klassenbewußte Proletariat Westberlins unter der Führung seiner wirklich kommunistischen Partei, die große Aufgabe der bewaffneten Zersetzung des mächtigen imperialistischen Staatsapparats in der sozialistischen Revolution bewältigen können. Die Bedeutung der heutigen militärtanten Kämpfe liegt über alle

tion und Propaganda, aber auch der unmittelbaren Aktionen auf der Straße benutzt werden, um die Arbeiterinnen und Arbeiter im Geist der Vorbereitung auf die bewaffnete proletarische Revolution zu erziehen, um Kampferfahrungen für den Aufstand auch in der unmittelbaren gewaltsamen Konfrontation mit der Staatsmacht zu sammeln und auszuwerten.

Jede Auseinandersetzung der Arbeiterinnen und Arbeiter mit dem Kapital und seinem Staatsapparat, so auch die Kämpfe des 1./2. Mai 1987 in Kreuzberg, birgt in sich die Möglichkeit der Erkenntnis, daß dieses ganze kapitalistische System völlig verfault ist, zerschlagen werden und durch eine neue Welt des Sozialismus und Kommunismus ersetzt werden muß. Das Ziel der Arbeiterklasse muß die Errichtung ihrer Diktatur auf den Trümmern des zerschlagenen alten Staatsapparats sein, denn nur so kann diese neue Welt aufgebaut und gegen die Restaurationsversuche der alten Ausbeuter und aller anderen Feinde verteidigt werden. Doch diese Erkenntnis kommt nicht von allein. Hier liegt gerade eine der großen Aufgaben einer wirklich marxistisch-leninistischen Partei, die nicht nur alle Kämpfe zusammenfassen, organisieren und führen, sondern gerade auch die nötige Klarheit und Zukunftsperspektive in die sich entwickelnde Arbeiterbewegung hineinragen muß.

Die größte Schwäche der westberliner Arbeiterbewegung ist heute, daß sie gegenwärtig über keine starke revolutionäre Vorhutspartei verfügt, eine solche Partei muß erst aufgebaut werden. Die Skepsis gegenüber verschiedenen Karikaturen einer kommunistischen Partei, die mittlerweile größtenteils wieder eingegangen sind, und auch gegenüber einer Partei wie der SEW, die mit dem Kommunismus und Sozialismus soviel gemein hat wie Diepgen mit dem Kampf gegen Korruption, macht diese Aufgabe nicht überflüssig, sondern um so dringlicher!



ort, sondern in den Betrieben liegt, ist objektiv Totengräber des Kapitalismus, ist die einzige konsequent revolutionäre Klasse, der die Zukunft gehört.

Die ganze Entwicklung dieses verfaulten, korrupten, absurd imperialistischen Profit-systems, seine Politik der Faschisierung, Vereindung und der Kriegstreiberei, die Vergiftung der natürlichen Lebensbedingungen, wird den Arbeiterinnen und Arbeitern früher oder später keine andere Wahl lassen, als wieder

Teilkämpfe hinausweisend gerade in dieser Perspektive. Ohne in opportunistisches Abenteuerertum, in kleinbürgliche 'Spielereien' mit dem bewaffneten Kampf und diversen "Stadtguerilla"-Taktiken zu verfallen, müssen alle sich bietenden Gelegenheiten der Überzeugungsarbeit, der Agita-

TOD DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS !
ES LEBE DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS
UND DER KOMMUNISMUS !

Flugblatt des WBK vom 27. Mai 1987

ZUM TOD VON NORBERT KUBAT:

DIESER STAAT GEHT ÜBER LEICHEN!

Am Morgen des 26. Mai fiel der 29 -jährige Gefangene Norbert Kubat feiger staatlicher Rache für den Kreuzberger Aufruhr vom 1./2. Mai 1987 zum Opfer. Erhängt mit einem Halstuch am Fensterkreuz seiner Zelle, wieviele sind in deutschen Gefängnissen schon so aufgefunden worden: 'Selbst'mord in Szene gesetzt oder in den 'Selbst'mord getrieben.

Die Aufgabe der Richter und Staatsanwälte, Anstaltsleiter bis hinunter zum Schließer ist es, die Gefangenen, die von der Polizei überstellt werden, seelisch und körperlich fertig zu machen, mit dem logischen Endpunkt der Vernichtung:

- 26 Tage Einzelhaft, bei täglich 23 Stunden Einschluß, Besuch nur alle 14 Tage - die Proteste der Rechtsanwälte wie der Mitgefangenen, die auf seine schlechte Verfassung verwiesen, wurden kaltschnäuzig ignoriert und damit sein Tod nicht nur in Kauf genommen, sondern direkt provoziert.
- Richter und Staatsanwälte kündigten ihm zwei Jahre Haft für das Werfen eines einzigen Steines gegen ein Feuerwehrauto an, was darüberhinaus noch nicht einmal bewiesen war.
- Die Staatsanwaltschaft widerspricht seit dem 1.5. stereotyp allen Anträgen auf Haftverschonung.

Es ist ganz offensichtlich, daß die Vorgehensweise der Justiz der Linie des Senats, 'hart durchzugreifen', entspricht. Der 'Selbst'mord in Moabit geht aber nicht nur auf das Konto des Polizeiseinators Kewenig und der zuständigen Richter und Staatsanwälte, er geht auf das Konto der Bourgeoisie und aller ihrer Werkzeuge und Parteien, ob nun in der Regierung oder in der 'Opposition'.

Er ist Ergebnis ihrer breiten Hetze gegen den sogenannten 'Straßenmob' nach der Nacht vom 1./2. Mai. Er ist das Ergebnis ihrer "parteiübergreifenden" Politik des Polizeiknüppels.

Es geht im Grunde genommen nicht um diesen oder jenen Politiker, nicht um diese oder jene Partei, es geht um das Finanzkapital und seinen Staatsapparat.

Norbert Kubat hat seinen angeblichen Steinwurf mit dem Leben bezahlt. Polizei- und Justizterror sind für diesen Staat charakteristisch. Das Ausmaß nimmt zu, d.h. die Faschisierung schreitet voran.

KEINE ILLUSIONEN IN DIE KLASSENJUSTIZ !

Weder Norbert Kubat, noch die Teilnehmer der kämpferischen Demonstration am Abend des 26.5. auf dem Ku'damm, die einer Übermacht der Polizei die Stirn boten, die in Trauer und Wut riefen: "Deutsche Bullen und Juristen - Mörder und Faschisten", hatten Illusionen über Polizei- und Justizapparat.

"Hier kann man nicht überzeugen, hier muß man um sein Leben kämpfen, wenn man selbst leben will!"

(Der 1974 in Duisburg von der Polizei erschlagene Arbeiter Günter Routhier)

Einem illusionslosen Kampf, der allein Erfolg verspricht, fallen wie auf

Kommando eine Meute sogenannter linker, alternativer Politiker und Schreiberlinge in den Rücken.

Der Vorsitzende der AL-Fraktion Wieland forderte z.B. die Justiz auf, sie solle sich der "law and order-Strategie" des Senats "nicht unterwerfen, sondern gegensteuern." (TAZ, 27.5.1987) Sie malen das verlogene Bild einer Justiz und eines Staates, die als "klassenneutral"e Institution auch für die Interessen der Massen, der Arbeiterklasse, in Bewegung gesetzt werden können, wenn nur die "richtige Politik" sich durchsetzt.

Damit wollen sie verhindern, daß alle, die auf die verbrecherische Realität des westdeutschen Imperialismus aufmerksam werden, den Kopf und beide Hände frei bekommen für den Kampf gegen den reaktionären imperialistischen Staat und alle seine Institutionen.

Keine Illusionen in die Justiz, die eine Klassenjustiz ist, deren grundsätzliche Aufgabe darin besteht, das Volk, die Arbeiterklasse, zu richten und zu knebeln, kämpferische Gegner der herrschenden Klasse mit Lügen, konstruierten Beweisketten, Meineiden und Terrorurteilen als "Kriminelle" in die Gefängnisse zu schicken.

In zynischer Offenheit bringt der zuständige Staatsanwalt Carlo Weber das, was ihn nach dem Tod Norbert Kubats bewegt, zum Ausdruck:

"Wir befürchten Unruhen."
(TAZ, 27.5.1987)

Die TAZ bringt dieselbe Befürchtung zum Ausdruck, sie ist das Sprachrohr aller sogenannten Linken, denen nach der Nacht vom 1./2. Mai die Knie weichgeworden sind. Ihr Kommentar:

"(Fast) niemand wünscht eine Wiederholung." (ebenda)

Die Forderung - so wie es sich für Pfaffen "gehört" - an Polizei und Militante:

"DeEskalierung". (ebenda)

Da sich bekanntermaßen die Polizei nicht an das Pfaffengeschwätz hält, ist diese Aufforderung eine Aufforderung zur Passivität und Wehrlosigkeit gegenüber Polizeiprovokationen und -knüppeln.

Nur wenn der Staat auf harte, konsequente Gegenmaßnahmen trifft, d.h. wenn der Kampf "eskaliert", werden der Reaktion wirkliche Schläge versetzt und unmittelbar auch bestimmte Teilerfolge erkämpft werden können. (Die Nacht des 1. Mai steckt dem Staatsapparat immer noch in den Knochen, wie u.a. seine Schwierigkeiten mit der "Volkszählung" in Kreuzberg zeigen.)

Diese Justiz wie der gesamte Staatsapparat leisten ihre Arbeit in der Tradition des Hitlerfaschismus und verdienen es, zerschlagen zu werden.

Benno Ohnesorg, Thommy Weisbecker, Georg von Rauch, Klaus Rattay, Cemal Altun, die 6 Flüchtlinge vom Augustaplatz, Günther Sare und nun Norbert Kubat - es wird keiner vergessen !

"Es kommt der Tag, da wir uns rächen, dann werden wir die Richter sein."

Dieser Tag wird Wirklichkeit werden, wenn die Arbeiterklasse unter Führung ihrer kommunistischen Partei auf den Plan tritt !

**DIE TRAUER IN WUT UND KRAFT VERWANDELN !
FREIHEIT FÜR ALLE GEFANGENEN DES "KREUZBERGER MAI" !
KAMPF DEM JUSTIZTERROR ! TOD DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS !**

W. I. LENIN

ÜBER DEN STAAT

VORLESUNG AN DER SWERDLOW—UNIVERSITÄT
11. JULI 1919



Genossen! Gegenstand unserer heutigen Aussprache ist nach dem bei Ihnen beschlossenen Plan, der mir mitgeteilt wurde, die Frage des Staates. Ich weiß nicht, wieweit Sie mit dieser Frage schon vertraut sind. Wenn ich nicht irre, haben Ihre Kurse eben erst begonnen, und Sie werden sich zum erstenmal mit dieser Frage systematisch zu befassen haben. Wenn dem so ist, so kann es sehr wohl sein, daß es mir in dieser ersten Vorlesung über eine so schwierige Frage nicht gelingen wird, eine genügende Klarheit der Darlegung zu erreichen, so daß viele der Hörer noch nicht zum vollen Verständnis dieser Frage gelangen werden. Sollte das der Fall sein, so bitte ich Sie, sich darüber nicht zu beunruhigen, denn die Frage des Staates ist eine der verwickeltesten und schwierigsten Fragen, eine Frage, die von den bürgerlichen Gelehrten, Schriftstellern und Philosophen wohl am schlimmsten verwirrt worden ist. Darum soll man niemals erwarten, daß in einer kurzen Aussprache auf den ersten Anhieb eine völlige Klärung dieser Frage erreicht werden könnte. Nach der ersten Aussprache über dies Thema wird man sich die unverständlichen oder unklaren Stellen notieren müssen, um zu ihnen ein zweites, drittes und viertes Mal zurückzukehren, um das, was unverständlich geblieben ist, später sowohl durch Lektüre als auch durch besondere Vorlesungen und Aussprachen zu ergänzen und weiter zu klären. Ich hoffe, daß wir Gelegenheit haben werden, noch einmal zusammenzukommen, und dann wird man in einen Meinungsaustausch über alle zusätzlichen Fragen eintreten und prüfen können, was ganz besonders unklar geblieben ist. Ich hoffe auch, daß Sie in Ergänzung zu den Aussprachen und Vorlesungen eine gewisse Zeit der Lektüre wenigstens einiger der wichtigsten Werke von Marx und Engels widmen werden. Zweifellos werden Sie in dem Literaturnachweis und in den Lehrbüchern, die den Studierenden der Sowjet- und Parteischule in Ihrer Bibliothek zur Verfügung stehen, zweifellos werden Sie hier diese Hauptwerke finden. Und wenn nun wiederum die Schwierigkeit der Darlegung vielleicht den einen oder anderen zunächst abschreckt, so sei nochmals darauf hingewiesen, daß man sich darüber nicht weiter beunruhigen soll: was beim ersten Lesen unverständlich ist, wird bei nochmaligem Lesen, oder wenn man später an die Frage

von einer etwas anderen Seite herantritt, verständlich werden. Die Frage, ich wiederhole das nochmals, ist so verwickelt, ist von den bürgerlichen Gelehrten und Schriftstellern so verwirrt worden, daß jeder Mensch, der sie ernsthaft durchdenken und selbständig bewältigen will, mehrmals an sie herantreten, immer wieder zu ihr zurückkehren und sie von verschiedenen Seiten durchdenken muß, um zu einer klaren und festen Auffassung zu gelangen. Zu dieser Frage zurückzukehren wird Ihnen um so leichter fallen, als dies eine so grundlegende, so fundamentale Frage der gesamten Politik ist, daß Sie jederzeit, nicht nur in einer so stürmischen, revolutionären Zeit, wie wir sie jetzt durchleben, sondern auch in der friedlichsten Zeit, Tag für Tag in jeder beliebigen Zeitung bei jeder beliebigen ökonomischen oder politischen Frage auf die Frage stoßen werden: Was ist der Staat, worin besteht sein Wesen, worin liegt seine Bedeutung, und welche Stellung nimmt unsere Partei, die Partei, die für den Sturz des Kapitalismus kämpft, die Partei der Kommunisten, welche Stellung nimmt sie zum Staat ein? Tag für Tag werden Sie aus diesem oder jenem Anlaß auf diese Frage zurückkommen. Das Wichtigste dabei ist, daß Sie durch Ihre Lektüre, durch die Aussprachen und die Vorlesungen, die Sie über den Staat hören werden, die Fähigkeit erwerben, selbständig an diese Frage heranzugehen, die Ihnen bei den verschiedensten Anlässen, bei jeder noch so kleinen Frage, in den unerwartetsten Zusammenhängen, in Aussprachen und Auseinandersetzungen mit den Gegnern entgegentreten wird. Erst dann, wenn Sie gelernt haben, sich selbständig in dieser Frage zurechtzufinden, erst dann können Sie annehmen, in Ihren Überzeugungen genügend gefestigt zu sein, können Sie sie genügend erfolgreich vertreten, vor wem und wann es auch sein möge.

Nach diesen kurzen Bemerkungen will ich zu der Frage selbst übergehen, was der Staat ist, wie er entstand und welches im wesentlichen die Stellung der für den völligen Sturz des Kapitalismus kämpfenden Partei der Arbeiterklasse, der Partei der Kommunisten, zum Staat sein muß.

Ich habe schon davon gesprochen, daß sich wohl kaum eine andere Frage finden wird, die von den Vertretern der bürgerlichen Wissenschaft, Philosophie, Jurisprudenz, politischen Ökonomie und Publizistik absichtlich und unabsichtlich so verwirrt worden ist, wie die Frage des Staates. Heute noch

wird diese Frage sehr oft mit religiösen Fragen vermengt; nicht nur Vertreter religiöser Lehren (von diesen ist das ja ganz naturgemäß zu erwarten), sondern auch Leute, die sich für frei von religiösen Vorurteilen halten, vermengen häufig die besondere Frage des Staates mit Fragen der Religion und versuchen eine Lehre — sehr oft eine verwickelte Lehre mit ideeller philosophischer Betrachtungsweise und Begründung — zu konstruieren, daß der Staat etwas Göttliches, etwas Übernatürliche sei, eine gewisse Kraft, durch die die Menschheit lebe, die den Menschen etwas gebe oder zu geben habe, die etwas enthalte, was nicht vom Menschen stamme, was ihm von außen gegeben worden, daß er eine Kraft göttlichen Ursprungs sei. Und es muß gesagt werden: Diese Lehre ist so eng verbunden mit den Interessen der Ausbeuterklassen — der Gutsbesitzer und Kapitalisten —, dient so sehr deren Interessen, hat so tief alle Gewohnheiten, alle Anschauungen, die gesamte Wissenschaft der Herren Vertreter der Bourgeoisie durchdrungen, daß Sie Resten dieser Lehre auf Schritt und Tritt begegnen, selbst in der Auffassung vom Staat bei den Menschewiki und Sozialrevolutionären, die mit Entrüstung den Gedanken von sich weisen, in religiösen Vorurteilen befangen zu sein, und überzeugt sind, daß sie den Staat nüchtern zu betrachten vermögen. Diese Frage ist deshalb so verworren und kompliziert, weil sie (in dieser Beziehung nur den Grundlagen der ökonomischen Wissenschaft nachstehend) die Interessen der herrschenden Klassen stärker berührt als irgendeine andere Frage. Die Lehre vom Staat dient dazu, die gesellschaftlichen Vorrrechte, das Bestehen der Ausbeutung, die Existenz des Kapitalismus zu rechtfertigen — darum eben wäre es der größte Fehler, in dieser Frage Unparteilichkeit zu erwarten und so an die Sache heranzugehen, als könnten Ihnen Leute, die die Wissenschaftlichkeit mit Beschlag belegen, hier den Standpunkt der reinen Wissenschaft vermitteln. In der Frage des Staates, in der Lehre vom Staat, in der Theorie des Staates werden Sie, wenn Sie sich mit der Frage vertraut machen und genügend in sie eindringen, stets den Kampf der verschiedenen Klassen untereinander wahrnehmen, einen Kampf, der sich im Kampf der Ansichten über den Staat, in der Einschätzung der Rolle und der Bedeutung des Staates widerspiegelt oder darin seinen Ausdruck findet.

Um an diese Frage so wissenschaftlich wie möglich heranzugehen, muß man einen wenn auch nur flüchtigen Blick in die Geschichte, auf die Entstehung und Entwicklung des Staates werfen. Das Allersicherste in der Gesellschaftswissenschaft, das Allernotwendigste, um wirklich die Fertigkeit zu erwerben, an diese Frage richtig heranzugehen, um sich nicht in einer Masse von Kleinkram oder in der ungeheuren Mannigfaltigkeit der einander bekämpfenden Meinungen zu verlieren, das Allerwichtigste, um an diese Frage vom wissenschaftlichen Standpunkt heranzugehen, besteht darin, den grundlegenden historischen Zusammenhang nicht außer acht zu lassen, jede Frage von dem Standpunkt aus zu betrachten, wie eine bestimmte Erscheinung in der Geschichte entstanden ist, welche Hauptetappen diese Erscheinung in ihrer Entwicklung durchlaufen hat, und vom Standpunkt dieser ihrer Entwicklung aus zu untersuchen, was aus der betreffenden Sache jetzt geworden ist.

Ich hoffe, daß Sie sich im Hinblick auf die Frage des Staates mit der Schrift von Engels „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ bekannt machen werden. Es ist das eines der grundlegenden Werke des modernen Sozialismus, worin man zu jedem Satz Vertrauen haben, worin man sich darauf verlassen kann, daß kein ein-

ziger Satz aufs Geratewohl ausgesprochen, daß jeder auf der Grundlage eines riesigen historischen und politischen Materials niedergeschrieben ist. Kein Zweifel, nicht alle Teile dieses Werks sind in der Darstellung gleichermaßen faßlich und verständlich: Manche setzen einen Leser voraus, der bereits über gewisse historische und ökonomische Vorkenntnisse verfügt. Ich muß jedoch abermals sagen: Man darf sich nicht beunruhigen lassen, wenn man dieses Werk beim Lesen nicht gleich verstanden hat. Das gibt es fast niemals, bei keinem Menschen. Wenn Sie jedoch später, sobald Ihr Interesse rege geworden ist, auf dieses Werk zurückgreifen, so werden Sie erreichen, daß Sie es zum überwiegenden Teil, wenn nicht vollständig verstehen. Ich erinnere an dieses Buch, weil es lehrt, die Frage in dem angeführten Sinne richtig anzupacken. Es beginnt mit einer historischen Skizze der Entstehung des Staates.

Will man richtig an diese Frage, wie auch an jede andere, herangehen, so zum Beispiel an die Frage der Entstehung des Kapitalismus, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, an den Sozialismus, sein Aufkommen, die Verhältnisse, die ihn hervorgebracht haben — an jede derartige Frage kann man solide und zuversichtlich nur dann herangehen, wenn man vorher einen Blick auf ihre gesamte geschichtliche Entwicklung als Ganzes geworfen hat. In dieser Frage muß man die Aufmerksamkeit vor allem darauf richten, daß es nicht immer einen Staat gegeben hat. Es hat eine Zeit gegeben, wo kein Staat existierte. Er kommt dort und dann auf, wo und wann die Teilung der Gesellschaft in Klassen aufkommt, sobald es Ausbeuter und Ausbeutete gibt.

Bis zu der Zeit, wo die erste Form der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die erste Form der Teilung in Klassen — Sklavenhalter und Sklaven — entstand, bis zu dieser Zeit existierte noch die patriarchalische Familie oder, wie man sie mitunter nennt, die *Clanfamilie* (Clan — Geschlecht, Sippe, in der Zeit, wo die Menschen in Sippen, in Geschlechtsverbänden lebten), und die Spuren dieser Urzeiten sind in der Lebensweise vieler Urvölker deutlich genug erhalten. Wenn Sie ein beliebiges Werk über die Kultur der Urzeit zur Hand nehmen, so werden Sie stets auf mehr oder minder bestimmte Beschreibungen, Hinweise und Überlieferungen stoßen, die daran erinnern, daß es eine Zeit gegeben hat, die dem Urkommunismus, als es keine Teilung der Gesellschaft in Sklavenhalter und Sklaven gab, mehr oder minder ähnlich war. Damals gab es keinen Staat, gab es keinen besonderen Apparat zur systematischen Gewaltanwendung und Unterwerfung der Menschen unter die Gewalt. Ein solcher Apparat aber heißt eben Staat.

In der Urgesellschaft, als die Menschen in kleinen Geschlechtsverbänden lebten und sich noch auf den niedrigsten Stufen ihrer Entwicklung befanden, in einem an Wildheit grenzenden Zustand, in einer Epoche, von der die heutige zivilisierte Menschheit durch mehrere Jahrtausende getrennt ist — in jener Zeit sind noch keine Anzeichen für das Bestehen des Staates sichtbar. Wir sehen die Herrschaft der Sitten, wir sehen die Autorität, Achtung, Macht, die die Ältesten der Geschlechtsverbände genießen, wir sehen, daß diese Macht mitunter Frauen zuerkannt wird — die damalige Lage der Frau war nicht ihrer heutigen rechtlosen, unterdrückten Lage ähnlich —, nirgends aber sehen wir eine besondere *Kategorie* von Menschen, die herausgehoben werden, um andere zu regieren, die im Interesse und zum Zweck des Regierens planmäßig und ständig über einen gewissen Zwangspotential, einen Gewaltapparat verfügen, wie ihn heute, das verstehen Sie alle, die bewaffneten militärischen Formationen,

die Gefängnisse und sonstigen Mittel zur Unterwerfung des Willens anderer unter die Gewalt darstellen. Nirgends sehen wir das, was das Wesen des Staates ausmacht.

Wenn wir die sogenannten religiösen Lehren, Spitzfindigkeiten, philosophischen Konstruktionen, die mannigfaltigen Meinungen, die die bürgerlichen Gelehrten austüfteln, beiseite lassen und der Sache wirklich auf den Grund gehen, so sehen wir, daß der Staat auf nichts anderes hinausläuft als eben auf einen solchen, aus der menschlichen Gesellschaft herausgehobenen Regierungsapparat. Mit dem Aufkommen einer solchen besonderen Gruppe von Menschen, die nur damit beschäftigt ist zu regieren und die zum Regieren einen besonderen Zwangsapparat, einen Apparat zur Unterwerfung des Willens anderer unter die Gewalt benötigt — Gefängnisse, besondere Formationen von Menschen, das Heer u. a. —, taucht der Staat auf.

Es hat aber eine Zeit gegeben, da kein Staat existierte, da der allgemeine Zusammenhalt, die Gesellschaft selbst, die Disziplin, die Arbeitsordnung aufrechterhalten wurden durch die Macht der Gewohnheit, der Traditionen, durch die Autorität oder Achtung, die die Ältesten der Geschlechtsverbände oder die Frauen genossen, die zu dieser Zeit oftmals eine den Männern gleichberechtigte, ja nicht selten sogar höhere Stellung einnahmen, eine Zeit, da es keine besondere Kategorie von Menschen, keine Spezialisten gab, um zu regieren. Die Geschichte zeigt, daß der Staat als besonderer Apparat der Zwangsanwendung gegen Menschen erst dort und dann entstand, wo und wann die Teilung der Gesellschaft in Klassen in Erscheinung trat — also eine Teilung in Gruppen von Menschen, von denen die einen sich ständig die Arbeit der anderen aneignen können, wo der eine den anderen ausbeutet.

Diese geschichtliche Teilung der Gesellschaft in Klassen müssen wir uns als die grundlegende Tatsache stets klar vor Augen halten. Die jahrtausendlange Entwicklung aller menschlichen Gesellschaften in ausnahmslos allen Ländern zeigt uns eine allgemeine Gesetzmäßigkeit, Regelmäßigkeit, Folgerichtigkeit dieser Entwicklung derart, daß wir zuerst eine Gesellschaft ohne Klassen haben — die ursprüngliche, patriarchalische Urgesellschaft, in der es keine Aristokratien gibt; dann eine Gesellschaft, die auf Sklaverei beruht — die Gesellschaft der Sklavenhalter. Dieses Stadium hat das ganze moderne zivilisierte Europa durchlaufen: die Sklaverei war vor zweitausend Jahren durchaus herrschend. Auch die übergroße Mehrheit der Völker der übrigen Teile der Welt hat dieses Stadium durchschritten. Bei den am wenigsten entwickelten Volkern sind Spuren der Sklaverei auch jetzt noch erhalten, die Einrichtung der Sklaverei finden Sie zum Beispiel in Afrika noch heute. Sklavenhalter und Sklaven — das ist die erste große Klassenscheidung. Die erste Gruppe besaß nicht nur alle Produktionsmittel — den Grund und Boden, die Werkzeuge, wie wenig leistungsfähig und primitiv diese damals auch gewesen sein mögen —, zu ihrem Besitz zählten auch Menschen. Die Angehörigen dieser Gruppe hießen Sklavenhalter, diejenigen aber, die arbeiteten, die für die anderen Arbeit verrichteten, hießen Sklaven.

Auf diese Form folgte in der Geschichte eine andere Form: die Leibeigenschaft. In der übergrößen Mehrzahl der Länder verwandelte sich die Sklaverei im Zuge ihrer Entwicklung in Leibeigenschaft. Die grundlegende Teilung der Gesellschaft ist hier die in Fronherren und leibeigene Bauern. Die Form der Beziehungen zwischen den Menschen hat sich geändert. Die Sklavenhalter hatten die Sklaven als ihr Eigentum betrachtet, das Gesetz hatte diese Auffassung bekräftigt und

die Sklaven als eine Sache betrachtet, die sich völlig im Besitz des Sklavenhalters befand. Was den leibeigenen Bauern betrifft, so blieb hier die Klassenunterdrückung, die Abhängigkeit bestehen, aber der feudale Gutsbesitzer galt nicht als Besitzer des Bauern als einer Sache, er hatte lediglich Anrecht auf dessen Arbeit und konnte ihn zur Leistung einer bestimmten Fron zwingen. In der Praxis unterschied sich, wie Sie alle wissen, die Leibeigenschaft, besonders in Rußland, wo sie sich am längsten hielt und die rohesten Formen annahm, in nichts von der Sklaverei.

Weiterhin entstand in der Gesellschaft der Leibeigenschaft in dem Maße, wie sich der Handel entwickelte, wie sich ein Weltmarkt herausbildete, in dem Maße, wie sich die Geldzirkulation entfaltete, eine neue Klasse, die Klasse der Kapitalisten. Aus der Ware, aus dem Warenaustausch, aus der aufkommenden Macht des Geldes entstand die Macht des Kapitals. Im Laufe des 18. Jahrhunderts, genauer vom Ende des 18. Jahrhunderts an, und im Laufe des 19. Jahrhunderts fanden in der ganzen Welt Revolutionen statt. Die Leibeigenschaft wurde aus allen Ländern Westeuropas verdrängt. Am spätesten geschah das in Rußland. In Rußland kam es 1861 ebenfalls zu einer Umwälzung, die die Ablösung einer Gesellschaftsform durch eine andere zur Folge hatte — die Ersetzung der Leibeigenschaft durch den Kapitalismus, unter dem die Teilung in Klassen sowie verschiedene Spuren und Überreste der Leibeigenschaft zwar bestehenblieben, die Klassenteilung aber im wesentlichen eine andere Form erhielt.

Die Kapitalbesitzer, die Grundbesitzer, die Fabrikbesitzer stellten und stellen in allen kapitalistischen Staaten eine verschwindende Minderheit der Bevölkerung dar, die restlos über die gesamte Arbeit des Volkes verfügt und folglich die ganze Masse der Werktätigen, von denen die Mehrzahl Proletarier, Lohnarbeiter sind, die ihren Lebensunterhalt im Produktionsprozeß nur durch den Verkauf ihrer Arbeitshände, ihrer Arbeitskraft erwerben, unter der Fuchtel hält, sie unterdrückt und ausbeutet. Die Bauern, die schon zur Zeit der Leibeigenschaft zersplittert und niedergedrückt waren, verwandelten sich mit dem Übergang zum Kapitalismus zu einem Teil (in ihrer Mehrzahl) in Proletarier, zum andern Teil (in ihrer Minderheit) in wohlhabende Bauern, die selbst Arbeiter dienten und die Dorfbourgeoisie darstellten.

Diese grundlegende Tatsache — den Übergang der Gesellschaft von den Urformen der Sklaverei zur Leibeigenschaft und schließlich zum Kapitalismus — müssen Sie stets im Auge behalten, denn nur wenn Sie dieser grundlegenden Tatsache eingedenkt sind, nur wenn Sie alle politischen Lehren in diesen grundlegenden Rahmen hineinstellen, werden Sie imstande sein, diese Lehren richtig einzuschätzen und festzustellen, worauf sie hinauslaufen, denn jede dieser großen Perioden der menschlichen Geschichte — die Sklaverei, die Leibeigenschaft und der Kapitalismus — umfaßt Hunderte und Tausende von Jahren und bietet eine solche Fülle von politischen Formen, verschiedenartigen politischen Lehren, Meinungen, Revolutionen, daß man sich in all dieser außerordentlichen Buntheit und ungeheuren Mannigfaltigkeit — besonders im Zusammenhang mit den politischen, philosophischen und sonstigen Lehren der bürgerlichen Gelehrten und Politiker — nur dann zurechtfinden kann, wenn man als Hauptrichtschnur stets die Teilung der Gesellschaft in Klassen, die Formveränderungen der Klassenherrschaft nimmt und von diesem Standpunkt aus alle gesellschaftlichen Fragen, die ökonomischen, politischen, geistigen, religiösen usw. untersucht.

Wenn Sie vom Standpunkt dieser grundlegenden Teilung den Staat betrachten, so werden Sie sehen, daß es vor der Teilung der Gesellschaft in Klassen, wie ich schon gesagt habe, auch keinen Staat gab. In dem Maße jedoch, wie die gesellschaftliche Teilung in Klassen entsteht und sich durchsetzt, in dem Maße, wie die Klassengesellschaft entsteht, in demselben Maße entsteht der Staat und setzt sich durch. Wir haben in der Geschichte der Menschheit Dutzende und Hunderte von Landern, die Sklaverei, Leibeigenschaft und Kapitalismus durchgesetzt haben oder jetzt durchmachen. In jedem von ihnen werden Sie ungeachtet der gewaltigen geschichtlichen Veränderungen, die sich vollzogen haben, ungeachtet aller politischen Wandlungen und aller Revolutionen, die mit dieser Entwicklung der Menschheit, mit dem Übergang von der Sklaverei über die Leibeigenschaft zum Kapitalismus und zum jetzigen Weltkampf gegen den Kapitalismus verbunden waren, stets die Entstehung des Staates erkennen. Der Staat war immer ein bestimmter Apparat, der sich aus der Gesellschaft heraustrug und aus einer Gruppe von Menschen bestand, die sich nur oder fast nur oder doch hauptsächlich damit beschäftigten, zu regieren. Die Menschen teilen sich in Regierte und in Spezialisten im Regieren, die sich über die Gesellschaft erheben und die man Herrschende, Vertreter des Staates nennt. Dieser Apparat, diese Gruppe von Menschen, die andere regieren, bemächtigt sich stets einer gewissen Einrichtung zur Ausübung von Zwang, von physischer Gewalt — gleichviel, ob diese Gewalt über die Menschen ihren Ausdruck findet im Knüttel des Urmenschen oder, in der Epoche der Sklaverei, in einer vervollkommen Art der Bewaffnung oder in der Feuerwaffe, die im Mittelalter aufkam, oder schließlich in den modernen Waffen, die im 20. Jahrhundert zu technischen Wunderwerken geworden sind und ganz auf den letzten Errungenschaften der modernen Technik beruhen. Die Methoden der Gewalt änderten sich, doch existierte stets, insofern es einen Staat gab, in jeder Gesellschaft eine Gruppe von Personen, die regierten, die kommandierten, die herrschten und zur Aufrechterhaltung ihrer Macht einen Apparat zur Ausübung von physischem Zwang, einen Gewaltapparat in Handen hatten, ausgerüstet mit denjenigen Waffen, die dem technischen Niveau der jeweiligen Epoche entsprachen. Und nur wenn wir in diese allgemeinen Erscheinungen Einblick gewinnen, wenn wir uns die Frage vorlegen, warum kein Staat da war, solange es keine Klassen gab, solange es keine Ausbeuter und Ausgebeuteten gab, und warum er ins Leben trat, als die Klassen entstanden, nur dann finden wir eine bestimmte Antwort auf die Frage nach dem Wesen des Staates und seiner Bedeutung.

Der Staat ist eine Maschine zur Aufrechterhaltung der Herrschaft einer Klasse über eine andere. Solange es in der Gesellschaft keine Klassen gab, solange die Menschen vor der Epoche der Sklaverei unter den urzeitlichen Bedingungen einer größeren Gleichheit, einer noch ganz niedrigen Arbeitsproduktivität arbeiteten, solange der Urmensch sich mühselig die zur karglichsten, allerprimitivsten Existenz notwendigen Mittel verschaffte, solange entstand keine besondere Gruppe von Menschen, konnte sie nicht entstehen, die speziell zum Zwecke des Regierens herausgehoben worden waren und über die ganze übrige Gesellschaft geherrscht hatten. Erst als die erste Form der Teilung der Gesellschaft in Klassen, als die Sklaverei aufkam, als es einer bestimmten Klasse von Menschen, die sich auf die grobstens Formen der landwirtschaftlichen Arbeit konzentriert hatten, möglich wurde, einen gewissen Überschuß zu produzieren, als dieser Überschuß

für die allerarmseligste Existenz des Sklaven nicht mehr absolut notwendig war und in die Hände des Sklavenhalters fiel, als sich auf diese Weise die Existenz dieser Klasse von Sklavenhaltern festigte und eben damit sie sich festigte, wurde das Entstehen des Staates zu einer Notwendigkeit.

Und so entstand er denn — der Staat der Sklavenhalter —, ein Apparat, der den Sklavenhaltern die Macht, die Möglichkeit in die Hand gab, alle Sklaven zu regieren. Gesellschaft wie Staat waren damals bedeutend kleiner als jetzt, verfügten über einen unvergleichlich schwächeren Verbindungsapparat, denn damals gab es die heutigen Verkehrsmittel nicht. Berge, Flüsse und Meere bildeten ungleich größere Hindernisse als jetzt, und die Bildung des Staates vollzog sich in viel engeren geographischen Grenzen. Ein technisch schwächer Staatsapparat stand einem Staat zu Diensten, der sich innerhalb verhältnismaßig enger Grenzen hielt und auf einen engen Wirkungskreis erstreckte. Immerhin war aber ein Apparat da, der die Sklaven zwang, in Sklaverei zu verbleiben, der einen Teil der Gesellschaft der Gewalt des anderen Teils auslieferte, seine Unterdrückung durch den anderen Teil ermöglichte. Ohne standigen Zwangsapparat kann der eine, der überwiegende Teil der Gesellschaft nicht zur systematischen Arbeit für den anderen Teil gezwungen werden. Solange es keine Klassen gab, gab es auch keinen solchen Apparat. Als die Klassen aufkamen, erschien mit dem Fortschreiten und der Festigung dieser Teilung stets und überall auch eine besondere Institution — der Staat. Die Formen des Staates waren außerordentlich mannigfaltig. Im Zeitalter der Sklaverei haben wir in den nach damaligen Begriffen fortgeschrittensten, kultiviertesten und zivilisiertesten Landern, zum Beispiel im alten Griechenland und im alten Rom, die ganz auf der Sklaverei beruhten, schon verschiedene Staatsformen. Schon damals entsteht der Unterschied zwischen Monarchie und Republik, zwischen Aristokratie und Demokratie. Die Monarchie — als Herrschaft eines einzelnen, die Republik — mit der Wahlbarkeit der Staatsmacht, die Aristokratie — als Herrschaft einer verhältnismaßig kleinen Minderheit, die Demokratie — als Herrschaft des Volkes (wörtlich aus dem Griechischen übersetzt heißt „Demokratie“ eben Volksherrschaft). Alle diese Unterschiede entstanden in der Epoche der Sklaverei. Ungedacht dieser Unterschiede war der Staat in der Epoche der Sklaverei ein Sklavenhalterstaat, gleichviel, ob das eine Monarchie oder eine aristokratische oder demokratische Republik war.

In jedem Lehrgang über die Geschichte des Altertums werden Sie in Vorlesungen über dieses Thema von dem Kampf hören, der zwischen monarchischen und republikanischen Staaten geführt wurde, das Grundlegende aber war, daß die Sklaven nicht als Menschen betrachtet wurden, sie galten nicht als Bürger, ja nicht einmal als Menschen. Das romische Gesetz betrachtete sie als eine Sache. Das Gesetz über Mord, von anderen Gesetzen zum Schutz der menschlichen Person ganz zu schweigen, hatte keine Geltung für die Sklaven. Es schützte nur die Sklavenhalter, die allein als vollberechtigte Bürger anerkannt wurden. Wurde eine Monarchie errichtet, so war es eine Monarchie der Sklavenhalter; wurde eine Republik errichtet, so war es eine Republik der Sklavenhalter. In beiden genossen die Sklavenhalter alle Rechte, während die Sklaven laut Gesetz eine Sache waren, ihnen gegenüber war nicht nur jede beliebige Gewaltanwendung erlaubt, auch die Ermordung eines Sklaven galt nicht als Verbrechen. Die Republiken der Sklavenhalter waren ihrer inneren Organisation nach verschieden: es gab aristokratische und demokratische Republiken. In der aristokrati-

schen Republik nahm eine kleine Zahl von Privilegierten an den Wahlen teil, in der demokratischen nahmen alle, jedoch wiederum die Sklavenhalter, daran teil, alle, mit Ausnahme der Sklaven. Diesen grundlegenden Umstand muß man vor Augen haben, da er auf die Frage des Staates ein besonders helles Licht wirft und das Wesen des Staates deutlich zeigt.

Der Staat ist eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, eine Maschine, um alle unterworfenen Klassen in der Botmäßigkeit der einen Klasse zu halten. Die Form dieser Maschine ist verschieden. Im Sklavenhalterstaat haben wir die Monarchie, die aristokratische Republik oder sogar die demokratische Republik. Mochten in der Praxis die Regierungsformen außerordentlich mannigfaltig sein, das Wesen der Sache blieb das gleiche: die Sklaven hatten keinerlei Rechte und blieben eine unterdrückte Klasse, sie galten nicht als Menschen. Das gleiche sehen wir auch im Leibeigenschaftsstaat.

Der Wechsel in der Form der Ausbeutung verwandelte den Sklavenhalterstaat in den Leibeigenschaftsstaat. Das war von ungeheurer Bedeutung. In der auf Sklaverei beruhenden Gesellschaft haben wir die völlige Rechtlosigkeit des Sklaven, er galt nicht als Mensch; in der auf Leibeigenschaft beruhenden Gesellschaft haben wir die Fesselung des Bauern an den Boden. Das Hauptmerkmal der Leibeigenschaft besteht darin, daß die Bauernschaft (und damals bildeten die Bauern die Mehrheit, die Stadtbevölkerung war äußerst schwach entwickelt) als zum Boden gehörig galt, woraus auch der Begriff selbst — Hörigkeit — hervorging. Der Bauer konnte eine bestimmte Anzahl von Tagen für sich selbst auf dem Acker arbeiten, den ihm der Gutsbesitzer überlassen hatte; die übrige Zeit arbeitete der leibeigene Bauer für den Herrn. Das Wesen der Klassengesellschaft blieb bestehen: die Gesellschaft beruhte auf Klassenausbeutung. Vollberechtigt konnten nur die Gutsbesitzer sein, die Bauern galten als rechtlos. Ihre Lage unterschied sich in der Praxis nur sehr wenig von der der Sklaven im Sklavenhalterstaat. Immerhin aber öffnete sich zu ihrer Befreiung, zur Befreiung der Bauern, ein breiterer Weg, da der leibeigene Bauer nicht als direktes Eigentum des Gutsbesitzers galt. Er konnte einen Teil seiner Zeit auf seinem Acker zubringen, er konnte sozusagen bis zu einem gewissen Grade sich selbst gehören, und mit den größeren Entwicklungsmöglichkeiten für den Austausch, für Handelsbeziehungen zersetzte sich die Leibeigenschaft immer mehr, erweiterte sich immer mehr der Spielraum für die Befreiung der Bauernschaft. Die Gesellschaft der Leibeigenschaft war immer komplizierter als die Sklavenhaltergesellschaft. Es gab in ihr ein starkes Element kommerzieller und industrieller Entwicklung, was schon damals zum Kapitalismus führte. Im Mittelalter herrschte die Leibeigenschaft vor. Auch hier waren die Staatsformen verschiedenartig, auch hier haben wir die Monarchie wie die Republik, wenn auch viel schwächer ausgeprägt, aber immer galten einzeln und allein die Gutsbesitzer, die Fronherren, als die Herrschenden. Die leibeigenen Bauern waren von allen politischen Rechten gänzlich ausgeschlossen.

Sowohl unter der Sklaverei wie unter der Leibeigenschaft kann die Herrschaft einer kleinen Minderheit über die ungeheure Mehrheit der Menschen des Zwangs nicht entbehren. Die ganze Geschichte ist erfüllt von unausgesetzten Versuchen der unterdrückten Klassen, die Knechtschaft abzuschütteln. Die Geschichte der Sklaverei kennt Kriege um die Befreiung von der Sklaverei, die sich viele Jahrzehnte hinzogen. Übrigens ist der Name „Spartakusleute“, den die deutschen Kommunisten jetzt tragen, diese einzige Partei in Deutschland,

die wirklich gegen das Joch des Kapitalismus kämpft, von diesen gewählt worden, weil Spartakus einer der hervorragendsten Helden eines der größten Sklavenaufstände vor ungefähr zweitausend Jahren war. Eine Reihe von Jahren hindurch war das, wie es schien, allmächtige Römische Reich, das ganz auf der Sklaverei beruhte, Erschütterungen und Schlägen ausgesetzt durch einen gewaltigen Aufstand von Sklaven, die sich bewaffnet und unter dem Kommando von Spartakus zu einer riesigen Armee zusammengeschlossen hatten. Schließlich wurden sie aber geschlagen, ergriffen und von den Sklavenhaltern grausam gefoltert. Solche Bürgerkriege ziehen sich durch die ganze Geschichte, seitdem die Klassengesellschaft besteht. Ich habe soeben das Beispiel des größten dieser Bürgerkriege in der Epoche der Sklaverei angeführt. In gleicher Weise ist die ganze Epoche der Leibeigenschaft von ständigen Baueraufständen erfüllt. In Deutschland beispielsweise nahm im Mittelalter der Kampf zwischen den beiden Klassen, den Gutsbesitzern und den Leibeigenen, große Ausmaße an, er schlug um in den Bürgerkrieg der Bauern gegen die Gutsbesitzer. Sie alle kennen Beispiele ähnlicher wiederholter Aufstände der Bauern gegen die Gutsbesitzer, die Fronherren, auch in Rußland.

Zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft, zur Behauptung seiner Macht brauchte der Gutsbesitzer einen Apparat, der eine ungeheure Zahl von Menschen in seiner Botmäßigkeit hielt, sie bestimmten Gesetzen, Regeln unterwarf, und alle diese Gesetze ließen im Grunde auf das eine hinaus — die Macht des Gutsbesitzers über die leibeigenen Bauern aufrechtzuerhalten. Ein solcher Apparat war denn auch der Leibeigenschaftsstaat, beispielsweise in Rußland oder in den völlig rückständigen asiatischen Ländern, wo die Leibeigenschaft heute noch herrscht — der Form nach war er verschieden, war er republikanisch oder monarchisch. War der Staat monarchisch, so wurde die Herrschaft eines einzelnen anerkannt; war er republikanisch, so wurde mehr oder minder die Mitwirkung von Erwählten der Gesellschaft der Gutsbesitzer zugestanden. So war es in der auf Leibeigenschaft beruhenden Gesellschaft. Sie stellte eine Klassenteilung dar, in der die ungeheure Mehrheit — die leibeigene Bauernschaft — sich in völliger Abhängigkeit von einer verschwindenden Minderheit — den Gutsbesitzern — befand, die den Grund und Boden besaßen.

Die Entwicklung des Handels, die Entwicklung des Warenaustauschs führte zur Heraushebung einer neuen Klasse, der Kapitalisten. Das Kapital entstand gegen Ende des Mittelalters, als nach der Entdeckung Amerikas der Weltmarkt eine riesige Entwicklung erfuhr, als die Menge der Edelmetalle zunahm, als Silber und Gold zu Tauschmitteln wurden, als der Geldumlauf die Möglichkeit bot, ungeheure Reichtümer in den Händen einzelner festzuhalten. Silber und Gold wurden in der ganzen Welt als Reichtum anerkannt. Die wirtschaftlichen Kräfte der Klasse der Gutsbesitzer verfielen, und es entwickelte sich die Kraft einer neuen Klasse — der Vertreter des Kapitals. Die Umgestaltung der Gesellschaft vollzog sich so, daß nunmehr alle Bürger sozusagen gleich wurden, die frühere Teilung in Sklavenhalter und Sklaven fortfiel, alle vor dem Gesetz als gleich galten, unabhängig davon, über welches Kapital der einzelne verfügt, ob er Grund und Boden als Privateigentum besitzt, oder ob er ein Habenichts ist, der nichts hat als seine Arbeitshände: alle sind vor dem Gesetz gleich. Das Gesetz schützt alle in gleicher Weise, schützt das Eigentum, wenn einer solches besitzt, vor den Anschlägen jener Masse, die kein Eigentum besitzt und nichts anderes hat als ihre Arbeitshände, die all-

mählich vereinigt, die ruiniert wird und sich in Proletarier verwandelt. Das ist die kapitalistische Gesellschaft.

Ich kann darauf nicht ausführlich eingehen. Sie werden auf diese Frage noch zurückkommen, wenn Sie über das Parteiprogramm sprechen — dort werden Sie die Charakteristik der kapitalistischen Gesellschaft finden. Als sich diese Gesellschaft gegen die Leibeigenschaft, gegen das alte Leibeigenschaftssystem wandte, geschah das unter der Lösung der Freiheit. Das aber war die Freiheit für denjenigen, der über Eigentum verfügt. Als die Leibeigenschaft zerschlagen war, was Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts der Fall war — in Rußland geschah das später als in anderen Ländern, im Jahre 1861 —, da trat an die Stelle des Leibeigenschaftsstaates der kapitalistische Staat, der die Freiheit des ganzen Volkes als seine Lösung verkündet und erklärt, er bringe den Willen des ganzen Volkes zum Ausdruck, ein Staat, der leugnet, daß er ein Klassenstaat ist. Und hier beginnt der Kampf zwischen den Sozialisten, die für die Freiheit des ganzen Volkes kämpfen, und dem kapitalistischen Staat, ein Kampf, der jetzt zur Schaffung der sozialistischen Sowjetrepublik geführt hat und der die ganze Welt erfaßt.

Um den Kampf zu verstehen, der gegen das Weltkapital begonnen hat, um das Wesen des kapitalistischen Staates zu begreifen, muß man sich erinnern, daß der kapitalistische Staat den Kampf gegen den Leibeigenschaftsstaat unter der Lösung der Freiheit aufnahm. Die Aufhebung der Leibeigenschaft bedeutete Freiheit für die Vertreter des kapitalistischen Staates und leistete ihnen insoweit einen Dienst, als die Leibeigenschaft zerstört wurde und die Bauern die Möglichkeit erhielten, über den Boden als unbeschränktes Eigentum zu verfügen, den sie durch Loskauf oder, zu einem Teil, gegen Zahlung von Fronzinsen erwarben. Das kümmerte den Staat nicht: Er schützte das Eigentum, in welcher Weise es auch immer entstanden sein möchte, denn er beruhte auf dem Privateigentum. Die Bauern verwandelten sich in allen modernen zivilisierten Staaten in Privateigentümer. Der Staat schützte das Privateigentum auch dort, wo der Gutsbesitzer einen Teil des Landes an den Bauern abgab, er entschädigte ihn durch den Loskauf, durch den Verkauf für Geld. Der Staat erklärte gleichsam: Wir werden das volle Privateigentum beibehalten, und ließ ihm jede Unterstützung und jede Förderung angedeihen. Der Staat gestand jedem Kaufmann, jedem Industriellen und Fabrikanten dieses Eigentum zu. Und diese Gesellschaft, die auf dem Privateigentum, auf der Macht des Kapitals, auf der völligen Unterwerfung aller besitzlosen Arbeiter und der werktätigen Bauermannschaft beruht, diese Gesellschaft erklärte, ihre Herrschaft beruhe auf der Freiheit. Im Kampf gegen die Leibeigenschaft erklärte sie das Eigentum für frei und war besonders stolz darauf, daß der Staat angeblich aufgehört habe, ein Klassenstaat zu sein.

Indes blieb der Staat nach wie vor eine Maschine, die den Kapitalisten hilft, die arme Bauernschaft und die Arbeiterklasse in Botmäßigkeit zu halten. Äußerlich aber war er frei. Er verkündet das allgemeine Wahlrecht, erklärt durch den Mund seiner Apologeten und Verfechter, der Gelehrten und Philosophen, er sei kein Klassenstaat. Sogar gegenwärtig, wo der Kampf der sozialistischen Sowjetrepubliken gegen ihn begonnen hat, werfen sie uns vor, wir verletzten die Freiheit, wir errichteten einen Staat, der auf Zwang, auf Unterdrückung der einen durch die anderen aufgebaut sei, während sie den Staat des ganzen Volkes, den demokratischen Staat, repräsentierten. Diese Frage nun, die Frage des Staates, hat jetzt, zu Beginn der sozialistischen Revolution in

der ganzen Welt, und gerade jetzt, während des Sieges der Revolution in einigen Ländern, wo der Kampf gegen das Weltkapital sich besonders verschärft hat, die größte Bedeutung gewonnen und ist, kann man sagen, zur brennendsten Frage, zum Mittelpunkt aller politischen Fragen und aller politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart geworden.

Welche Partei wir auch nehmen, sei es in Rußland oder in einem beliebigen zivilisierteren Land, fast alle politischen Auseinandersetzungen, Meinungsverschiedenheiten und Ansichten drehen sich jetzt um den Begriff des Staates. Ist der Staat in einem kapitalistischen Land, in einer demokratischen Republik — besonders in einer solchen wie die Schweiz oder Amerika —, in den freiesten demokratischen Republiken, ist der Staat Ausdruck des Volkswillens, Zusammenfassung der Entscheidung des ganzen Volkes, Ausdruck des nationalen Willens usw. — oder aber ist der Staat eine Maschine, die es den dortigen Kapitalisten ermöglichen soll, ihre Macht über die Arbeiterklasse und die Bauernschaft aufrechtzuerhalten? Das ist die Grundfrage, um die sich jetzt in der ganzen Welt die politischen Auseinandersetzungen drehen. Was wird über den Bolschewismus gesagt? Die bürgerliche Presse schimpft auf die Bolschewiki. Sie werden keine Zeitung finden, die nicht die landläufige Anschuldigung gegen die Bolschewiki wiederholte, sie verstießen gegen die Volksherrschaft. Wenn unsere Menschewiki und Sozialrevolutionäre in der Einfalt ihres Herzens (vielleicht nicht nur in ihrer Einfalt, oder vielleicht ist das eine Einfalt, von der man sagt, daß sie schlimmer ist als Dieberei) glauben, sie wären die Entdecker und Erfinder der gegen die Bolschewiki erhobenen Beschuldigung, sie verletzten die Freiheit, sie verstießen gegen die Volksherrschaft, so irren sie sich in der lächerlichsten Weise. Gegenwärtig gibt es unter den reichsten Zeitungen der reichsten Länder, die viele Millionen für ihre Verbreitung aufwenden und in vielen Millionen Exemplaren bürgerliche Lügen und imperialistische Politik unter die Leute bringen, keine einzige, die diese Hauptargumente und Anschuldigungen gegen den Bolschewismus nicht wiederholte: Amerika, England und die Schweiz, das sind fortschrittliche Staaten, die auf der Herrschaft des Volkes beruhen, die bolschewistische Republik dagegen ist ein Räuberstaat, er kennt keine Freiheit, und die Bolschewiki verstößen gegen die Idee der Volksherrschaft, ja sie sind sogar so weit gegangen, die Konstituante auseinanderzuzagen. Diese schrecklichen Anschuldigungen gegen die Bolschewiki werden in der ganzen Welt nachgeplappert. Diese Anschuldigungen führen uns unmittelbar an die Frage heran: Was ist der Staat? Um diese Beschuldigungen zu verstehen, um sie zu durchschauen, wirklich begründet zu ihnen Stellung zu nehmen, um nicht nur nach Gerüchten zu urteilen, sondern zu einer festen Meinung zu gelangen, muß man klar erkennen, was der Staat ist. Wir haben es hier mit allen erdenklichen kapitalistischen Staaten und all den Lehren zu ihrer Verteidigung zu tun, wie sie vor dem Krieg entstanden. Um die Frage richtig zu lösen, muß man allen diesen Lehren und Anschauungen kritisch entgegentreten.

Ich nannte Ihnen schon als Hilfsmittel die Engelssche Schrift „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“. Hier heißt es eben, daß jeder Staat, in dem das Privateigentum am Grund und Boden und an den Produktionsmitteln besteht, in dem das Kapital herrscht, wie demokratisch er auch sein mag, ein kapitalistischer Staat ist, eine Maschine in den Händen der Kapitalisten, um die Arbeiterklasse und die arme Bauernschaft in Botmäßigkeit zu halten. Das allgemeine Wahlrecht aber, die Konstituierende Versammlung, das Parlament — das ist nur die Form, eine

Art Wechsel, der am Wesen der Sache nicht das mindeste ändert.

Die Form der Herrschaft des Staates kann verschieden sein: Das Kapital äußert seine Macht auf die eine Weise dort, wo die eine Form, und auf eine andere Weise, wo eine andere Form besteht, aber dem Wesen nach bleibt die Macht in den Händen des Kapitals, gleichviel, ob es ein Zensuswahlrecht gibt oder ein anderes, ob es sich um eine demokratische Republik handelt; ja, je demokratischer sie ist, um so brutaler, zynischer ist die Herrschaft des Kapitalismus. Eine der demokratischsten Republiken der Welt sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika, und nirgends äußert sich so wie in diesem Lande (wer dort nach 1905 gewesen ist, hat sicherlich eine Vorstellung davon) — nirgends äußert sich die Macht des Kapitals, die Macht eines Häufleins von Milliardären über die ganze Gesellschaft so brutal, ist sie mit so unverhüllter Bestechung verbunden, wie gerade in Amerika. Das Kapital, ist es einmal da, herrscht über die ganze Gesellschaft, und keinerlei demokratische Republik, keinerlei Wahlrecht ändern etwas am Wesen der Sache.

Die demokratische Republik und das allgemeine Wahlrecht waren im Vergleich mit dem Leibeigenschaftssystem ein gewaltiger Fortschritt: Sie gaben dem Proletariat die Möglichkeit, jene Vereinigung, jene Geschlossenheit zu erreichen, die es jetzt aufzuweisen hat, jene wohlorganisierten, disziplinierten Reihen zu bilden, die den systematischen Kampf gegen das Kapital führen. Nichts auch nur annähernd Gleisches gab es bei den leibeigenen Bauern, von den Sklaven ganz zu schweigen. Die Sklaven, wie wir wissen, erhoben sich, meuterten, begannen Bürgerkriege, aber niemals konnten sie eine zielbewußte Mehrheit, den Kampf leitende Parteien schaffen, niemals vermochten sie klar zu erkennen, welchem Ziel sie zustreben, und selbst in den revolutionärsten Augenblicken der Geschichte blieben sie stets Schachfiguren in den Händen der herrschenden Klassen. Die bürgerliche Republik, das Parlament, das allgemeine Wahlrecht — all das stellt vom Standpunkt der weltgeschichtlichen Entwicklung der Gesellschaft einen riesigen Fortschritt dar. Die Menschheit entwickelte sich zum Kapitalismus, und erst der Kapitalismus gab, dank der städtischen Kultur, der unterdrückten Klasse der Proletarier die Möglichkeit, sich ihrer selbst bewußt zu werden und jene internationale Arbeiterbewegung zu schaffen, jene Millionen der in der ganzen Welt in Parteien organisierten Arbeiter, jene sozialistischen Parteien, die bewußt den Kampf der Massen leiten. Ohne Parlamentarismus, ohne Wahlrecht wäre diese Entwicklung der Arbeiterklasse unmöglich gewesen. Darum hat das alles in den Augen der breitesten Massen der Menschen so große Bedeutung erlangt. Darum scheint der Umschwung so schwierig. Nicht nur bewußte Heuchler, Gelehrte und Pfaffen unterstützen und verteidigen die bürgerliche Lüge, daß der Staat frei und berufen sei, die Interessen aller zu vertreten, sondern auch Massen von Menschen, die ganz aufrichtig an den alten Vorurteilen festhalten und den Übergang von der alten, kapitalistischen Gesellschaft zum Sozialismus nicht begreifen können. Nicht nur Leute, die direkt von der Bourgeoisie abhängig sind, nicht nur diejenigen, die unter dem Druck des Kapitals stehen oder von diesem Kapital bestochen sind (im Dienst des Kapitals steht eine Menge aller möglichen Gelehrten, Künstler, Pfaffen usw.), sondern auch Leute, die einfach dem Einfluß solcher Vorurteile wie der bürgerlichen Freiheit unterliegen, sie alle sind in der ganzen Welt gegen den Bolschewismus zu Felde gezogen, weil die Sowjetrepublik bei ihrer Gründung diese bürgerliche Lüge beiseite geworfen und offen erklärt

hat: Ihr nennt euren Staat frei, in Wirklichkeit aber ist euer Staat, solange das Privateigentum besteht, und sei er auch eine demokratische Republik, nichts anderes als eine Maschine in den Händen der Kapitalisten zur Unterdrückung der Arbeiter, und je freier der Staat ist, um so deutlicher kommt das zum Ausdruck. Ein Beispiel dafür sind in Europa die Schweiz, in Amerika die Vereinigten Staaten. Nirgends herrscht das Kapital so zynisch und rücksichtslos, und nirgends kann man das mit solcher Klarheit sehen wie gerade in diesen Ländern — obwohl das demokratische Republiken sind —, wie prächtig ihre Fassade auch ausgemalt sein mag, wieviel man auch von der Arbeitsdemokratie, von der Gleichheit aller Bürger reden mag. In Wirklichkeit herrscht in der Schweiz und in Amerika das Kapital, und alle Versuche der Arbeiter, eine einigermaßen ernsthafte Verbesserung ihrer Lage zu erreichen, werden sofort mit dem Bürgerkrieg beantwortet. In diesen Ländern gibt es weniger Soldaten, ein kleineres stehendes Heer — in der Schweiz gibt es eine Miliz, und jeder Schweizer hat ein Gewehr zu Hause, in Amerika gab es bis in die letzte Zeit hinein kein stehendes Heer —, wenn also ein Streik ausbricht, so bewaffnet sich die Bourgeoisie, stellt Söldlinge ein und schlägt den Streik nieder, und nirgends wird dabei die Arbeiterbewegung so schonungslos brutal unterdrückt wie in der Schweiz und in Amerika, nirgends macht sich im Parlament der Einfluß des Kapitals so stark geltend wie gerade hier. Die Macht des Kapitals ist alles, die Börse ist alles, das Parlament, die Wahlen, das sind Marionetten, Drahtpuppen . . . Aber je länger, desto mehr gehen den Arbeitern die Augen auf, desto weiter breitet sich der Gedanke der Sowjetmacht aus — besonders nach dem blutigen Gemetzel, das wir eben erst durchgemacht haben. Immer klarer wird für die Arbeiterklasse die Notwendigkeit des schonungslosen Kampfes gegen die Kapitalisten.

In welche Formen immer die Republik sich hüllt, mag sie die allerdemokratischste Republik sein, wenn sie jedoch eine bürgerliche Republik ist, wenn in ihr das Privateigentum am Grund und Boden, an den Fabriken und Werken bestehengeblieben ist und das Privatkapital die ganze Gesellschaft in Lohnsklaverei hält, d. h., wenn in ihr nicht das durchgeführt wird, was das Programm unserer Partei und die Sowjetverfassung verkünden, dann ist dieser Staat eine Maschine, um die einen durch die anderen zu unterdrücken. Und diese Maschine legen wir in die Hände der Klasse, die die Macht des Kapitals stürzen soll. Wir werden all die alten Vorurteile, daß der Staat allgemeine Gleichheit bedeute, über Bord werfen. Das ist ein Betrug: solange es Ausbeutung gibt, kann es keine Gleichheit geben. Der Gutsbesitzer kann dem Arbeiter nicht gleich sein, der Hungrige nicht dem Satten. Die Maschine, die Staat genannt wurde, angesichts derer die Menschen in abergläubischer Verehrung haltmachen und den alten Märchen glauben, daß sie die Macht des ganzen Volkes verkörpere — diese Maschine wirft das Proletariat beiseite und erklärt: Das ist eine bürgerliche Lüge. Wir haben diese Maschine den Kapitalisten genommen, haben sie an uns gebracht. Mit dieser Maschine oder diesem Knüttel werden wir jede Ausbeutung ausmerzen, und wenn auf der Welt keine Möglichkeit zur Ausbeutung mehr geblieben ist, wenn es keine Grundbesitzer, keine Fabrikbesitzer mehr gibt, wenn es nicht mehr so sein wird, daß die einen schlemmen, während die anderen hungern — erst dann, wenn dafür keine Möglichkeiten mehr bestehen, erst dann werden wir diese Maschine zum alten Eisen werfen. Dann wird es keinen Staat, wird es keine Ausbeutung mehr geben. Das ist der Standpunkt

unserer Kommunistischen Partei. Ich hoffe, daß wir in den folgenden Vorlesungen auf diese Frage zurückkommen werden, und zwar des öfteren.

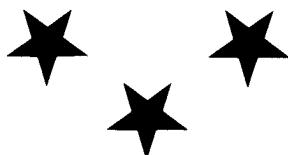
Zuerst veröffentlicht
am 18. Januar 1929
in der „Prawda“ Nr. 15.

Nach dem Stenogramm.

ANMERKUNGEN

¹ Die Kommunistische J.-M.-Swerdlow-Universität ging aus Agitator- und Instrukteurliegägen hervor, die 1918 beim Gesamt russischen Zentralkomitee organisiert und dann zur Schule für Sowjetarbeit umgewandelt wurden. Nach dem Beschuß des VIII. Parteitags der KPR(B), beim ZK eine Hochschule zur Heranbildung von Parteikadern zu organisieren, wurde die Schule zur Zentralen Schule für Sowjet- und Parteiarbeit umgebildet. In der zweiten Hälfte des Jahres 1919 erhielt sie auf Beschuß des Orgbüros des ZK der KPR(B) den Namen „Kommunistische J.-M.-Swerdlow-Universität“.

Lenin hielt zwei Vorlesungen über den Staat. Die Niederschrift der zweiten Vorlesung vom 29. August 1919 ist nicht erhalten. 1

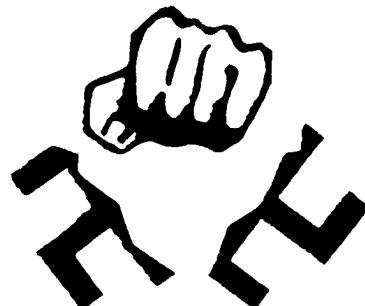


DER SCHLOSS IST FRUCHTBAR NOCH, AUS DEM DAS KROCH

- ZUM TOD VON RUDOLF HESS -

Am 17.8.1987 starb Rudolf Heß. 40 Jahre zu spät fand damit einer der Hauptverantwortlichen für die Verbrechen der faschistischen Diktatur des deutschen Imperialismus, der "Stellvertreter des Führers", im Spannender Kriegsverbrechergefängnis sein Ende.

Niemals darf vergessen werden,
welch furchtbare Verbrechen für
seinen Namen stehen:



Bereits nach Gründung der NSDAP 1920 gehörte er zu deren führenden Kräften. Er sekundierte Hitler bei der Abfassung von "Mein Kampf" und wurde 1933 in Anerkennung seiner Dienste für das deutsche Finanzkapital zum "Reichsminister ohne Ge-

schäftsbereich" ernannt, was bedeutete, daß kein Gesetz ohne seine ausdrückliche Unterschrift in Kraft treten konnte.

Er war verantwortlich für tausendfachen Mord an Arbeitern, Antifaschisten und Kommunisten. Er war verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung des Massenmordes an Juden, Sinti und Roma, für unsägliches Leid in den Konzentrationslagern und den Folterkellern der Gestapo.

Heß steht für die barbarischen Überfälle der faschistischen Wehrmacht auf Österreich, die Tschechoslowakei, Polen, Belgien, die Niederlande, Frankreich und andere Länder, nach denen der deutsche Imperialismus seine Hand ausstreckte. Sein gezielt mit Legenden geschmückter Flug nach England 1941, wenige Wochen vor dem geplanten Überfall auf die sozialistische Sowjetunion Stalins, diente dem Versuch, einen Separatfrieden mit dem englischen Imperialismus auszuhandeln. Damit sollte der Rücken für den Feldzug gegen das damalige Vaterland aller Werktätigen freigehalten werden.

Heß, der bis zu seinem Tod "nichts bereut" hat und "wieder so handeln" würde, entging im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess seiner gerechten Strafe, weil die Westalliierten dafür sorgten, daß er milde Richter fand. Der sowjetische Ankläger Nikitschenko hatte dagegen vor dem Militärgerichtshof die Todesstrafe für Heß gefordert mit "Rücksicht darauf, ... daß er (Heß - AdV) eine entscheidende Rolle bei der Begehung der Verbrechen des Naziregimes spielte." (in: "Das Urteil von Nürnberg 1946, München 1971, S. 282)

Kaum war die Todesnachricht verbreitet, setzte ein widerliches Theater mit verteilten Rollen ein. Vor dem Spandauer Kriegsverbrechergefängnis wurden von alten und neuen Faschisten Trauerwachen abgehalten, Nazi-Lieder gesungen und die "Reichskriegsfahne" geschwenkt.

Während die offenen Faschisten "Flagge zeigten", hielt sich die Polizei des westdeutschen Imperialismus verständnisvoll zurück und nahm von Faschisten sogar Blumen entgegen, um sie vor das Eingangstor zu legen - es war die gleiche Polizei, die die für den von Polizeiknüppeln in den Tod getriebenen K.J. Rattay niedergelegten Blumen zertrampelten und die trauern- den und wütenden Antifaschisten auseinanderprügelte.

Die Braunhemden, die nach dem Tod von Heß überall aus ihren Löchern krochen, können seit jeher auf den Schutz der Grün-uniformierten rechnen, insbesondere dann, wenn Antifaschisten auf den Plan treten. Keiner sollte sich von den Verhaftungen einiger Neonazis in Wunsiedel täuschen lassen, die im wesentlichen dazu dienten, gegenüber antifaschistischen Protesten, gerade auch aus dem Ausland, das Gesicht zu wahren.

Noch aufschlußreicher als die Aktionen der braunen Horden sind jedoch die offiziellen Verlautbarungen des westdeutschen Imperialismus. Der westberliner Senat ließ nach dem Tod von Heß seinen Senatssprecher Fest die folgende Ungeheuerlichkeit verkünden:

"Die Bundesregierung, der Senat und die westlichen Alliierten haben sich wiederholt aus humanitären Gründen um die Freilassung bemüht. Es gehört auch zur Tragik des Lebens dieses Mannes, daß er nicht im Kreis seiner Familie sterben konnte." (BZ, 18.8.1987)

Da wird - posthum - Humanität verlangt für eine Bestie in Menschengestalt, die für Kommunisten, Antifaschisten, Juden, Sinti, Roma und "nicht-arische" Völker nur "Vernichtung und Ausrottung" kannte. Welche Verhöhnung der Opfer des deutschen Imperialismus, die in Dachau, Auschwitz oder anderswo hingerichtet und verscharrt wurden, wenn es als "tragisch" bejammert wird, daß einer ihrer obersten Henker "nicht im Kreise seiner Familie sterben konnte."

Während die offiziellen Verlautbarungen noch zurückhaltend sein müssen, lassen die Medien des westdeutschen Imperialismus "einfache Leute von der Straße" zu Wort kommen, die dann noch ungeschminkter sagen, was die eigentliche Botschaft ist: "Er hat doch nach England gemacht, um Frieden zu stiften", wird ein "zerzautes Mütterchen mit grauem Haar" zitiert (Bild, 24.8.1987), da läßt man jemand sagen "der Falsche habe so schwer büßen müssen" (BZ, 18.8.1987) und überhaupt "hätte (er) längst begnadigt werden müssen" (ebd.).

Die Glorifizierung und Verharmlosung von Heß und Nazi-Deutschland durch Seitenlange Lebensläufe, garniert mit Bilderserien von Heß im Kreise seiner Familie und im Kreise anderer Nazigrößen, wird ergänzt durch die mehr oder weniger offen verbreitete Botschaft, daß nun endlich Schluß sein müsse mit dem "Wühlen in der braunen Vergangenheit". Mit dem Tod von Heß müsse dieses "dunkle Kapitel deutscher Geschichte" nun endlich zugeschlagen werden.

Der Rummel um Heß hat Tradition. Unter dem Deckmantel von Humanität hat sich bisher jede Bundesregierung seit Adenauer für eine Begnadigung verwandt (Spiegel Nr. 35, 24.8.1987), und erst in jüngster Vergangenheit setzte sich Bundespräsident Weizsäcker, selbst Hauptmann der faschistischen deutschen Wehrmacht, in seiner Weihnachtsansprache 1986 für die Freilassung von Heß ein. Auch der stellvertretende SPD-Vorsitzende Rau forderte Amnestie - unverforen sogar auf einem Treffen mit Führern des Jüdischen Amerikanischen Kongresses (FR, 3.2.1986).

Damit sollte schon längst vor seinem Tod die Rehabilitierung von Heß und damit des Nazifaschismus durchgesetzt werden, denn nichts anderes hätte eine Freilassung bedeutet.

Ein Erfolg dieser ganzen Bemühungen des westdeutschen Imperialismus war die Aushändigung der Heß-Leiche an seine Familie, wodurch sein Grab zu einer faschistischen Wallfahrtsstätte werden wird. (*)

Ob offizielle Verlautbarung, ob lancierte Aussage von kleinen Faschisten, in den Köpfen soll hängen bleiben: Im Grunde war die Schuld nicht so groß, waren die Verbrechen nicht so schlimm, gab es auch gute Seiten an Nazideutschland, wir haben genug gesühnt, wir können den Kopf wieder oben tragen.

(*) Fußnote siehe S. 53

DIE BRAUNE PEST GEHT VOM STAAT AUS !

Der westdeutsche Imperialismus ist der Nachfolger des Hitler-Faschismus und bekennt sich auch immer offener zu dessen verbrecherischer Vergangenheit. Der Faden der Geschichte ist nicht durchgeschnitten.

Die Kampagne um Heß, die offizielle Rehabilitierung der Waffen-SS und der faschistischen Wehrmacht am 8.5.1986 im westdeutschen Bitburg, die unverhohlene Bewunderung für die "Leistungen" der faschistischen Wehrmacht, die der westdeutsche Imperialismus in seiner Bundeswehr seit ihrer Gründung pflegt, die routinemäßigen Freisprüche für Nazi-Verbrecher (der des Thälmann-Mörders Otto ist das beste Beispiel), die verstärkten antisemitischen Parolen, die rassistische und chauvinistische Hetze gegen ausländische Arbeiter und asylsuchende Flüchtlinge, all dies zeigt unmißverständlich: Der westdeutsche Imperialismus steht in der Tradition des Hitlerfaschismus und eifert ihm nach, wo er kann.

Der Staatsapparat der westdeutschen Imperialisten ist ihr Hauptmittel und entscheidendes Machtinstrument, um die Faschisierung voranzutreiben. Der konsequente antifaschistische Kampf darf sich daher nicht nur gegen die faschistischen Stoßtrupps wenden, die mit spektakulären Aktionen vorpreschen und dabei von Polizei und Justiz unterstützt und gedeckt werden, sondern muß sich vor allem auf den Kampf gegen die vom Staatsapparat betriebenen Faschisierung konzentrieren.

Auch wenn die westdeutschen Imperialisten heute eine faschistische Diktatur noch nicht für erforderlich halten (wobei sie die Instrumente dafür heute schon aufbauen und erproben, was für sie "taktisch" der günstigere Weg ist), so zeigt doch die offizielle Kampagne für die Rehabilitierung von Heß das offene Bekenntnis zu Wehrmacht und Waffen-SS, zeigt die Praxis der Abschiebung der Flüchtlinge in die Folterkeller, daß dieser Staatsapparat der westdeutschen Imperialisten MORALISCH VÖLLIG AUF DEM NIVEAU DES FASCHISMUS steht. Dieser Staat leistet seine Arbeit in der Tradition des Hitlerfaschismus, er verdient es, in der proletarischen Revolution z e r s c h l a g e n zu werden!

**KEINE GNADE UND REHABILITIERUNG FÜR NAZI-MÖRDER UND FASCHISTEN !
TOD DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS !**

(*) Von den vier alliierten Mächten war 1946 in Nürnberg festgelegt worden, daß die Leichen der hingerichteten Kriegsverbrecher verbrannt und die Asche an einem nicht benannten Ort in alle Winde zerstreut werden sollte, was auch so geschah. Dieser Beschuß war auch für den zu lebenslanger Haft verurteilten Heß gültig. Entgegen dem von der sozialistischen Sowjetunion Stalins eingenommenen Standpunkt haben die modernen Revisionisten, die heute in der Sowjetunion an der Macht sind, der Herausgabe der Heß-Leiche zugestimmt. Dies zeigt einmal mehr, daß diese Sozialimperialisten mit Antifaschismus, geschweige denn mit Sozialismus nicht das geringste zu tun haben.

UNGE BROCHENE TRADITION



ZU BLÜMS CHILE-REISE: HEUCHELEI UND IMAGEPFLEGE

Die parlamentarische Debatte um die 14 chilenischen Gefangenen, hervorgerufen durch den Chile-Besuch Blüms, erwies sich als ein kurzfristig angelegtes Spektakel der Herrschenden, vorgetragen auf der zynischen Grundlage, daß "kein Handlungsbedarf" bestehe.

Die Gefangenen in Chile sehen sich nach wie vor von der Todesstrafe bedroht. Ihnen, wie unzähligen anderen Kämpfern gegen die faschistische Diktatur, gehört unsere Solidarität. Für jeden Antifaschisten, Anti-imperialisten und Kommunisten ist es dringende Aufgabe, die 14 Gefangenen, die gegen das verhaßte Kompradorenregime in Chile kämpfen, vor dem Henker zu bewahren. Freiheit für die 14 chilenischen Gefangen!

DAS MANÖVER "FORTSETZUNG DES FASCHISMUS OHNE PINOCHET"

Mord, Folter, Terror und Verbannung sind seit Jahren Alltag des Faschismus in Chile. Zehntausende sind bisher ermordet, Hunderttausende gefoltert worden und über eine Million Menschen aus Chile geflohen.

Das ist die blutige Bilanz der faschistischen Diktatur Pinochets seit dem Militärputsch 1973. Doch dieses Kompradorenregime hätte sich niemals aus eigener Kraft, ohne seine imperialistischen Oberherren halten können, zu deren wichtigsten der westdeutsche Imperialismus gehört.

Zunehmende Unterdrückung und rapide Verelendung werden in Chile heute immer weniger widerstandslos hingenommen: Massendemonstrationen, Streiks bis hin zum beeindruckenden Generalstreik im Juli 1986, Barrikadenkämpfe und fast täglich bewaffnete Auseinandersetzungen zeugen von einem anwachsenden Klassenkampf und sind Zeichen einer herannahenden Revolution.

Das Pinochet-Regime beginnt ins Wanken zu geraten! Dies ist der eigentliche Grund dafür, daß die Herrschenden, daß imperialistische Politiker, ausgesprochene Reaktionäre und geschworene Arbeiterfeinde nun ihre "Sympathie für die Menschenrechte" bekunden. Es geht dabei nicht nur um innenpolitische Profilierung. Es geht ihnen gerade auch darum, sich schon heute bei den werktätigen Massen Chiles einzuschmeicheln und eine reaktionäre Ersatzmannschaft aufzubauen, um den Fuß in der Tür zu behalten, falls Pinochet stürzen sollte.

Die Interessen des westdeutschen Imperialismus in Chile sollen in jeder Hinsicht und für alle Fälle gesichert werden. Oberstes Ziel und Richtschnur für das Handeln dabei ist:

Keine echte Revolution mit Rausschmiss der Imperialisten!
Kein Verlust der Ausbeutungsmöglichkeiten in Chile!

Bei der Verfolgung dieses Ziels bilden Blüm und Strauß, Vogel und Zimmermann einen Chor, der mit verteilten Stimmen,



als offene Propagandisten Pinochets mit martialischen und reaktionärsten Sprüchen oder als "Kritiker" der "Verletzung der Menschenrechte", so oder so der Sicherung des Einflusses des westdeutschen Imperialismus in Chile dient.

DEMAGOGISCHE MANÖVER MIT DEN MENSCHENRECHTEN

Die Reise nach Chile, auf Einladung der christdemokratischen Schwesterpartei, brachte Blüm in die Schlagzeilen der Medien, als hätte die Weltöffentlichkeit durch Blüm etwas vernommen, was nicht seit Jahren offenkundig, bekannt und dokumentiert ist.

Blüms Feststellung, es werde dort "nicht nur gefoltert, sondern auch gemordet" (TAZ v. 27.7.1987), wurde als neueste Erkenntnis gehandelt und als "mutiges Auftreten" hochgespielt. Er kündigte dann großspurig hinsichtlich der 14 Gefangenen an: "Wir müssen die Leute hier rausholen." "Ich werde alles tun, um sie vor der Hinrichtung zu bewahren" (ebenda).

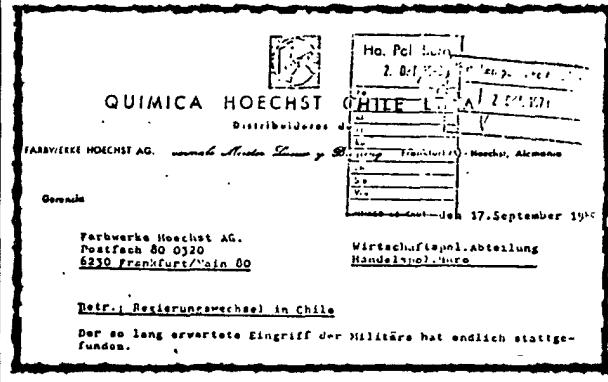
Ergebnis all dessen: Blüm ist mittlerweile verstummt, "kein Handlungsbedarf".

Es ist eine widerliche Heuchelei, wenn jene, die als politische Repräsentanten des westdeutschen Imperialismus zu den entscheidenden Stützen des Kompradorenregimes in Chile gehören und gehören, nun Krokodilstränen über die dortigen Verhältnisse vergießen.

Sie alle, die plötzlich ihre "Sympathie für die Menschenrechte" erklären, wissen seit Jahren, daß das Pinochet-Regime bis zum Hals im Blut der von ihm Gefolterten und Ermordeten steht.

DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS WAR EINER DER DRAHTZIEHER DES MILITÄRPUTSCHES 1973 IN CHILE:

"Der so lange erwartete Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden", schrieb - stellvertretend für den westdeutschen Imperialismus - die Firmenleitung der Farbwerke Hoechst am 17. September 1973.



Sie alle, die sich vorgeblich Sorgen um das Leben der 14 vom Tode Bedrohten machen, stehen dafür, daß Asyl in Westdeutschland und Westberlin praktisch nahezu unmöglich gemacht wurde, daß Menschen in die Folterkeller ihrer Heimatländer abgeschoben und ihren Henkern ausgeliefert werden.

Sie stehen dafür, daß Gerichte in Asylverfahren festgestellt haben, daß Folter kein Grund für Asyl und kein Hinderrungsgrund für Abschiebungen sei.

Wenn Strauß sich zu Wort meldet, Zimmermann sekundierend, daß die Gefangenen in Chile als "Terroristen" sicherlich "unfein behandelt" (TAZ v. 10.8.1987) wurden, so spricht er lediglich aus, was gängige Praxis ist, nämlich daß Folter kein Grund für Asyl in Westdeutschland und Westberlin ist.

ALS PINOCHET UND STRAUSS EINMAL DIE WAHRHEIT SAGTEN:

PINOCHET - "Was habt ihr in Stammheim gemacht?" (Frage an Blüm, bezogen auf dessen Foltervorwürfe, Spiegel 32/87)

STRAUSS - "Wenn Allende ermordet worden ist, sind Ensslin, Baader und Raspe ebenfalls ermordet worden. Der Wahrheitsgehalt ist der gleiche." (FR, 25.11.77)

Derlei dient dann Vogel und der SPD als willkommenes Stichwort, um sich angesichts der Verhältnisse in Chile als "empörte Demokraten" aufzuspielen. Sie wollen Punkte sammeln und davon ablenken, daß gerade die SPD der Pinochet-Diktatur bei der Stabilisierung ihres Terrorregimes geholfen hat.

Nach dem Militärputsch 1973 hat die SPD-geführte Regierung als Repräsentantin des

westdeutschen Imperialismus das Pinochet-Regime bereits zehn Tage nach dem Putsch diplomatisch anerkannt, während gleichzeitig die Tore der westdeutschen Botschaft in der brisantesten Zeit unmittelbar nach dem Putsch für asylsuchende Chilenen geschlossen blieben. Unter dem SPD-Kanzler Schmidt wurde die "Sicherheitsüberprüfung" für Chilenen eingeführt, an der die SPD bis heute festhält.

Fortsetzung auf S. 58

Die AL und die "andere Qualität" der Solidarität

Die AL/Grünen ließen sich voll auf das von Parlament und Medien veranstaltete Spektakel ein.

Die AL röhmt sich geradezu ihrer parlamentarischen Aktivitäten. Nicht nur dessen, daß sie "eine gemeinsame Erklärung der 4 Fraktionen im Ausländerausschuß" vorgestellt hat, sondern daß dadurch die Solidarität eine "andere Qualität" erhalten habe.

"Als die AL-Fraktion im Abgeordnetenhaus das Thema aufgriff, gewann die Solidaritätskampagne eine andere Qualität." (Stachel, Nr. 77, September 87, S. 3)

Die "andere Qualität" bestand darin, man höre:

"Nun wurde von der Bundesregierung gefordert, diesen Gefangenen die Aufnahme anzubieten." (ebd.)

Wo hier die andere Qualität liegt und wo sich diese von den "Qualitäten" Blüms unterscheidet, bleibt wohl das Geheimnis einer im parlamentarischen Wahn verfangenen AL. Es sei denn, eben dieser stellt schon eine "andere Qualität" dar.

Und genau dieser kommt zum Ausdruck, wenn die AL als Vorzug herausstreichet, daß nicht der Protest auf der Straße, sondern die Ausnutzung "institutioneller Kanäle", sprich der parlamentarische Rummel, als zeitgemäße "Solidarität" verstanden werden müsse.

"Im Unterschied zu den Chile-Solidaritätskampagnen der 70er Jahre hatte diese Kampagne nicht die Straße als Ort der politischen Auseinandersetzung. Im Gegenteil, sie ist Ergebnis effizienter Ausnutzung institutioneller Kanäle ..." (ebd.)

Der "lange Marsch durch die Institutionen" hat sich also am Ende doch ausgezahlt! Es bedarf nicht mehr der mühseligen Mobilisierung der Massenproteste auf der Straße, um die Solidarität zu organisieren, es genügt schon, einige "Kanäle", vor allem die parlamentarischen, "effizient" zu nutzen, um der Solidarität genüge zu tun.

All dies ist bei der AL freilich nicht weiter verwunderlich. Warum sollte sie ausgerechnet in diesem Fall von ihrem parlamentarischen Kretinismus abgehen, von dem sie durch und durch zerfressen ist?

Fortsetzung auf S. 57

Politisches Ziel der AL war dabei keinesfalls, die von den Parteien des westdeutschen Imperialismus betriebene Heuchelei um die "Menschenrechte" zu entlarven. Ganz im Gegenteil. Es ging ihr darum, die "Widersprüche" der "etablierten Parteien" auszunutzen, wodurch

"breite Bündnisse und gemeinsame Aktionen möglich" (ebd., Hervorhebung im Original)

würden.

"Bündnisse und gemeinsame Aktionen" mit jenen Parteien, u.a. durch "eine gemeinsame Erklärung", die als Sachwalter des westdeutschen Imperialismus die Pinochet-Diktatur seit Jahren stützen und heute mit ihrer demagogischen Kampagne an der Sicherung seiner Ausbeutungsmöglichkeiten in Chile arbeiten: wahrlich eine "andere Qualität" von Solidarität!

Stachels
Zzeitung der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz
AIDS

nr. 77, september 87

Chile: Der Kampf um das Leben der 14 zum Tode Verurteilten

Besonders in der internationalistischen Arbeit ist es jedoch möglich, die Widersprüche auszunutzen, die sich einerseits aus der Inkonsistenz zwischen der theoretisch-humanistischen Doktrin der etablierten Parteien und andererseits aus ihrer Rolle als pragmatische Kollaboratoren der unterdrückerischen Regime wirtschaftlich abhängiger Länder ergeben. Wenn der Schwerpunkt auf den doktrinären Aspekt (in diesem Fall die Menschenrechte) gesetzt wird, werden breite Bündnisse und gemeinsame Aktionen möglich. Dabei erlaubt uns die parlamentarische Anwesenheit einer Delegation aus dem Ausländerausschuss, die sich für die Aufnahme der Gefangenen aussprach, wurde vorgestellt; Zusagen für die Unterstützung ihres Anliegens erhielten die Angehörigen von Staatssekretär Müllenbrock, der ev. Kirche, Amnesty International, dem DGB und von vielen anderen.

West-Berlin gab es seit Jahren Aktivitäten, die sich für die Aufnahme der Gefangenen einsetzten. Über die Kampagne

Eine internationalistische Kampagne, die den Politikern nicht erlaubte, ihren Urlaub in Ruhe zu genießen. Sehr viel Wirbel verursachte der Besuch von Angehörigen der vom Tode bedrohten chilenischen Gefangenen in der Bundesrepublik. Als die von den Grünen eingeladene Delegation vor 3 Wochen erschöpft am Frankfurter Flughafen ankam, wurde sie sofort Mittelpunkt des Medieninteresses.

Auch in West-Berlin war das Echo groß. Eine gemeinsame Erklärung der Fraktionen im Ausländerausschuss, die sich für die Aufnahme der Gefangenen aussprach, wurde vorgestellt; Zusagen für die Unterstützung ihres Anliegens erhielten die Angehörigen von Staatssekretär Müllenbrock, der ev. Kirche, Amnesty International, dem DGB und von vielen anderen.

Als die AL-Fraktion im Abgeordnetenhaus das Thema aufgriff, gewann die Solidaritätskampagne eine andere Qualität. Nun ging es nicht mehr allein um den Protest, der sich gegen chilenische Instanzen richtete; nun wurde von der Bundesregierung gefordert, diesen Gefangenen die Aufnahme anzubieten. Nach chilenischem Recht kann eine Strafe in Verbannung umgewandelt werden, wenn ein anderes Land Visa zur Verfügung stellt.

e. Im Unterschied zu den Chile-Solidaritätskampagnen der 70er Jahre hatte diese Kampagne nicht die Straße als Ort der politischen Auseinandersetzung. Im Gegenteil, sie ist Ergebnis effizienter Ausnutzung institutioneller Kanäle, der engagierten Arbeit von Basisinitiativen (COSECH-Bln, DEUMECH-HH) und der guten Beziehungen zu Menschenrechtsorganisationen in Chile selbst.

DEUTSCHE WAFFEN, DEUTSCHES GELD MORDEN MIT IN ALLER WELT

U-Boot-Geschäft mit Chile perfekt

Howaldts-Werft liefert im April das erste der beiden bestellten Schiffe

SZ 6.3.84

Von unserer Bonner Redaktion

Sz. Bonn, 5. März
Die Kieler Howaldts-Werft will im April das erste der zwei von Chile bestellten U-Boote ausliefern. Wie in Bonn verlautete, wird der Bundes sicherheitsrat, ein Ausschuß des Kabinetts, bei der nächsten Sitzung Ende dieses Monats das umstrittene Geschäft mit dem diktatorischen Pinochet-Regime endgültig freigeben.

Die Werft hat dem zuständigen Bundeswirtschaftsministerium mitgeteilt, daß das erste Boot sei im April auslieferungsbereit. Zugleich wurde vergangene Woche der nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz erforderliche Antrag auf eine Transportgenehmigung, die in diesem Fall einer Exportlizenzen gleichkommt, gestellt. Das zweite Boot soll einige Wochen später nach Chile überführt werden.

Die Genehmigung zur Herstellung der beiden U-Boote der Klasse 209 hatte der Bundes sicherheitsrat am 19. Juni 1980 erteilt. Argumenten des damaligen Finanzministers Hans Matthöfer (SPD), man könne doch eine „Mörderbande“ nicht mit Waffen beliefern, wurde seinerzeit entgegen gehalten, mit U-Booten lasse sich nicht auf

Demonstrationen schließen. Die Kontroversen – vor allem in der SPD – um das U-Boot-Geschäft im Wert von rund 300 Millionen Mark sowie die Diskussion um Panzerexporte nach Saudi-Arabien führten noch in der sozial-liberalen Koalition zur Revision der Richtlinien für den Waffenexport. Statt der erhofften Verschärfung kam dabei jedoch eine Lockerung der Exportkriterien heraus. Während des Streits in den Jahren 1980 und 1981 hatte Bundeskanzler Helmut Schmidt zugesichert, es würden andere Abnehmer für die Chile-U-Boote gesucht. Indien war dafür im Gespräch. Es wurde aber auch geprüft, ob die Bundesmarine die Boote zum Einsatz in der Nordsee und der Norwegische See verwenden könnte. Die ohnehin eher halbherzige Suche endete mit dem Regierungswechsel im Herbst 1982.

Auch Argentinien, das sich mit Chile um Inseln im sogenannten Beagle-Kanal streitet, erhält weitere deutsche U-Boote. Sie befinden sich zur Zeit noch in der Werferprobung.

Hubschrauberlizenz für Chile

FR 2.7.85
SANTIAGO 1. Juli (AFP) Chile wird ab Januar 1986 militärische und zivile Hubschrauber nach einer westdeutschen Lizenz bauen. Das teilte der Luftwaffen general Caupolicán Boisset in Santiago mit. Der erste fertiggestellte Hubschrauber werde bei der internationalen Luftschau „FIDA-85“ Anfang März in Santiago vorgestellt.

Nach Angaben des Generals unterzeichnete das von ihm geleitete staatliche chilenische Flugzeugunternehmen ENAER-Chile kürzlich einen Vertrag mit der Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm. Dieser sieht die Lizenzerteilung, Technologietransfer, Dienstleistungen, Vertrieb und Industrieprogramm für die Herstellung von Bölkow-Hubschraubern des Typs Bo 105 CBS und BO-105 LS vor. Die Hubschrauber seien zu „vielseitiger Verwendung“ für die chilenische Luftwaffe und Zivilfliegfahrt sowie für den Export bestimmt.

Bei den Protesttagen 1984 wurden Demonstranten auch von Hubschraubern aus beschossen.

Hetzt Strauß gegen "Terroristen" in Chile, so drückt sich die SPD zwar etwas vornehmer aus, wenn sie die "Gewalttaten" der 14 Gefangenen als abzulehnen erklärt, doch ist dies nur Ausdruck der grundsätzlichen Übereinstimmung aller Parteien des westdeutschen Imperialismus, daß eine an die Wurzeln gehende Veränderung der Verhältnisse in Chile unter allen Umständen zu vermeiden ist.



Denn ohne revolutionäre Gewalt kann der Faschismus in Chile nicht beseitigt werden. Dieser ist nur von Grund auf zu vernichten, wenn die bürokratisch-militärische Staatsmaschinerie der herrschenden Klassen – und dies gilt für die Ausbeuterstaaten aller Länder – durch den bewaffneten Kampf der revolutionären Volksmassen gewaltsam zerschlagen wird.

Einen solchen Kampf mit allen Mitteln zu verhindern, dazu dienen auch die demagogischen Manöver und die Imagepflege der politischen Repräsentanten des westdeutschen Imperialismus, denn dieser würde

auch das Ende der Ausbeutungsmöglichkeiten in Chile bedeuten. Wobei ein Nebeneffekt der Blüm-Aktion in Chile ist, das im Hinblick auf demokratische Rechte angeschlagene Image des westdeutschen Imperialismus in der Weltöffentlichkeit etwas aufzupolieren.

Nüchtern muß festgestellt werden, daß dies in dem erlebten Ausmaß auch deshalb möglich war, weil die Solidaritätsbewegung für das kämpfende chilenische Volk in Westberlin und Westdeutschland sehr kläglich ist. Und dies, obwohl die Situation für die 14 Inhaftierten bedrohlich ist, obwohl der westdeutsche Imperialismus ein demagogisches Spektakel inszeniert und über entscheidenden Einfluß in Chile verfügt.

DEN "EIGENEN" IMPERIALISMUS BEKÄMPFEN!



Der westdeutsche Imperialismus hat in Chile viel zu verlieren. Er ist schon lange eine imperialistische Großmacht und heute in Chile hinter den USA das zweitwichtigste Export- und das dritt wichtigste Importland. Fast alle großen Konzerne des westdeutschen Imperialismus wie z.B. Siemens, AEG, Bayer, Hoechst, BASF beteiligt

gen sich am Chile-Geschäft. Die großen Banken vergeben großzügig Kredite.

Auch das Waffengeschäft mit Chile blüht: Panzerabwehraketen, Kampfhubschrauber und Bodenraketen von MBB, automatische Waffen von Heckler und Koch, logistische Hilfe usw.

Gegen wen dieses Kriegsgerät eingesetzt wird, steht außer Zweifel: Das faschistische Pinochet-Regime braucht diese Waffen in erster Linie gegen das eigene Volk, zur Sicherung seiner faschistischen Herr-

schaft, im Dienste der Imperialisten zur Erhaltung ihrer Ausbeutungsmöglichkeiten.

Eine klare, eindeutige Haltung zum "eigenen", zum westdeutschen Imperialismus und seiner Rolle in Chile ist daher eine Grundvoraussetzung für die proletarisch-internationalistische Unterstützung des revolutionären Kampfes in Chile.

TOD DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

TOD DEM FASCHISTISCHEN KOMPRADORENREGIME IN CHILE!



SOEBEN ERSCHIENEN

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

Nr. 40

September 1987

4 DM

DIE REVOLUTION IN CHILE UNTERSTÜTZEN!

In den letzten Jahren haben der Protest und der Kampf der chilenischen Volksmassen gegen das verhältnis Pinochet-Regime einen ungeheuren Aufschwung genommen. Im November 1985 demonstrierten 1 Millionen Menschen gegen den Faschismus. Im Juli 1986 kam es unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur zu einem beeindruckenden Generalstreik. Schien in den ersten Jahren nach dem Militärputsch von 1973 die Lage des Pinochet Regimes stabil zu sein, so hat sich dies nun grundlich geändert. Das Pinochet-Regime schwankt. Gerade die Jugend Chiles will den bewaffneten Kampf und lehnt eine Beteiligung am Manöver einer "Fortsetzung des Faschismus ohne Pinochet" ab. Bewaffnete Auseinandersetzungen gibt es fast täglich. Es wird spürbar, daß ein neuer Sturm der Revolution heranläuft.

chen oder als "Kritiker" der "Übergriffe" Pinochets "Menschenrecht, Menschenrecht" säuseln, die Interessen des westdeutschen Imperialismus in Chile bestmöglich und mit



12. Februar 1987: Rund 100.000 Demonstranten in Chile

Das ist auch der Grund, warum sich auf einmal geschworene Arbeiterfeinde und Reaktionäre aufschwingen, um ihre "Sympathie für die Menschenrechte" zu verkünden. Nicht nur um innenpolitische Reklame geht es dabei. Nein, es geht auch darum, schon sozusagen vorbeugend für die Zeit nach Pinochet sich bei den werktätigen Massen Chiles einzuschmeicheln, schon wieder den Fuß in der Tür zu haben, wenn Pinochet stürzen sollte.

Blüm und Strauß, Vogel und Zimmermann, bilden jeweils ein Gespann, das so oder so, entweder als offene Propagandisten Pinochets mit martialischen, reaktionären Sprü-

Philippinen: Das Aquino-Regime in den Fußstapfen von Marcos..... S.19

Indien: Über die gerechten Kämpfe der Sikhs gegen den reaktionären und faschistischen indischen Staat..... S.27

Mexiko: Streik der VW-Arbeiter in Puebla..... S.41

Westdeutschland: Kampf dem "alltäglichen" Rassismus und Faschismus. S.44

DEN VERRAT DER MODERNNEN REVISIONISTEN NIE VERGESSEN

(siehe S.1)



INHALT

DER STAAT SCHLÄGT ZU!

Zu den Ereignissen in Kreuzberg und beim Reagan-Besuch 1

Polizei- und Justizterror gehören zum bürgerlichen Staat wie die Wolke zum Regen	3
Die voranschreitende Faschisierung ist offenkundig	11
CDU, FDP, SPD: Streit um den optimalen Polizeieinsatz	14
Lüge und Hetze - Begleitmusik des staatlichen Terrors	18
Wer nicht kämpft, hat schon verloren	21
Dem Geschrei von der "Sicherung von Ruhe und Ordnung" das Ziel des Kommunismus entgegenstellen!	22
Die westberliner Arbeiterklasse braucht vor allen Dingen ihren revolutionären Kampfstab	23

Im Rahmen des Artikels werden neben anderem behandelt:

* Chronik der Ereignisse	4
* Dem Polizeiterror folgt der Justizterror	7
* Augenzeugenberichte	13
* Bürgerliche Demokratie und Faschismus sind keine unversöhnlichen Gegensätze	15
* Die SPD ist nicht das "kleinere Übel" - Der Betrug vom "kleineren Übel" dient der Faschisierung	16
* Die Hetze gegen "Gewalttäter mit Masken" bekämpfen	20

AL: FEUERWEHR IM DIENSTE DER HERRSCHENDEN 24

LUFTBRÜCKE UND KNÜPPELTRANSIT - Westdeutsche Polizei in Westberlin 28

DIE LAGE UND DIE AUFGABEN DER REVOLUTION IN WESTBERLIN (Nachdruck aus WBK Nr. 14, April 1980) 30

REBELLION GEGEN DIESEN UNTERDRÜCKERSTAAT IST BERECHTIGT - Die Hetze gegen den Kreuzberger Aufruhr bekämpfen (Flugblatt des WBK, Mai 1987) 34

DIESER STAAT GEHT ÜBER LEICHEN - Zum Tod von Norbert Kubat (Flugblatt des WBK, Mai 1987) 41

W.I. LENIN: "ÜBER DEN STAAT" 43

DER SCHOSS IST FRUCHTBAR NOCH, AUS DEM DAS KROCH - Zum Tod von Rudolf Heß ... 50

HEUCHELEI UND IMAGEPFLEGE - Zu Blüms Chile-Reise 54

* Die AL und die "andere Qualität" der Solidarität 56

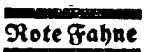
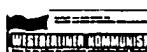
Vertrieb für INTERNATIONALE LITERATUR

- Schriften von Marx, Engels, Lenin und Stalin, in den Sprachen:

Deutsch Farsi Englisch Italienisch
Türkisch Spanisch Französisch

- Schriften des Kommunismus, Komintern, teilweise in verschiedenen Sprachen

- Veröffentlichungen von:



teilweise in verschiedenen Sprachen

- Antiimperialistische und antifaschistische Veröffentlichungen, lbs. über den westdeutschen Imperialismus

BRUNHILDSTR. 5,1 WESTBERLIN 62, U 7, BUS 48 84 83 75

ÖFFNUNGSZEIT:

SA. 10-14 Uhr